



BAND 15

STUDIEN DES AACHENER KOMPETENZZENTRUMS
FÜR WISSENSCHAFTSGESCHICHTE



Jens Lohmeier

MEDIZIN IN NATIONALSOZIALISTISCHEN TAGESZEITUNGEN

Vergleichende Untersuchung von
„Westdeutscher Beobachter“ und
„Völkischer Beobachter“

**Studien des Aachener Kompetenzzentrums
für Wissenschaftsgeschichte**

Band 15

Herausgegeben von
Dominik Groß

Jens Lohmeier

Medizin in nationalsozialistischen Tageszeitungen

Vergleichende Untersuchung von
„Westdeutscher Beobachter“ und
„Völkischer Beobachter“

Aus dem Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin
(Direktor Univ.-Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Dr. phil. Dominik Groß)

Medizin in nationalsozialistischen Tageszeitungen
Vergleichende Untersuchung von „Westdeutscher Beobachter“ und „Völkischer
Beobachter“

Von der Medizinischen Fakultät
der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen
zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Theoretischen Medizin
genehmigte Dissertation

vorgelegt von

Magister Artium

Jens Lohmeier

aus Hannover

Berichter: Universitätsprofessor Dr. med. Dr. med. dent. Dr. phil. Dominik Groß
Universitätsprofessor Dr. med. Thomas Kraus

Tag der mündlichen Prüfung: 14.01.2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

D 82 (Diss. RWTH Aachen, 2015)
ISBN: 978-3-86219-862-7 (print)
ISBN: 978-3-86219-863-4 (e-book)
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-38633>

© 2015, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Umschlaggestaltung: Jörg Batschi Grafik Design, Kassel
Umschlaggrafik:
Teilgrafik Völkischer Beobachter: Stiftung Saarländischer
Kulturbesitz, Sammlung Deutsches Zeitungsmuseum,
<http://www.best-of-dzm.de/html/014ga.html>

Printed in Germany

Inhalt

1. Einleitung	7
1.1 <i>Quellenmaterial und Fragestellung</i>	7
1.2 <i>Methodik</i>	10
1.3 <i>Forschungsstand</i>	12
1.4 <i>Konzeption</i>	13
2. Eckpunkte der Medizin im <i>Dritten Reich</i>	15
2.1 <i>Eugenik und Rassenhygiene</i>	15
2.2 <i>Volksgesundheit und Prävention</i>	18
2.3 <i>Akteure und Institutionen</i>	20
3. NS-Medien	23
3.1 <i>Grundzüge der NS-Medienpolitik</i>	23
3.1.1 <i>Vor 1933</i>	25
3.1.2 <i>Nach 1933</i>	28
3.2 <i>Medizin in den NS-Medien</i>	34
3.2.1 <i>Film</i>	35
3.2.2 <i>Zeitschriften</i>	36
3.2.3 <i>Sonstige Medien</i>	36
4. Die NS-Zeit in Aachen – Ein kurzer Überblick	37
4.1 <i>Die Region Aachen</i>	37
4.2 <i>Die NSDAP und NS-Organisationen in der Region Aachen</i>	42
5. Ergebnisse	45
5.1 <i>Der „Westdeutsche Beobachter“ und seine Eigenschaften als Untersuchungsgut</i>	45
5.2 <i>Der „Völkische Beobachter“ und seine Eigenschaften als Untersuchungsgut</i>	47
5.3 <i>Quellenanalyse</i>	50
5.3.1 <i>Chronologische Verteilung der Artikel</i>	51
5.3.2 <i>Thematische Verteilung der Artikel</i>	52
5.3.3 <i>Chronologische Schlagwortverteilung</i>	53
5.3.4 <i>Presseanweisungen und Artikelzahlen</i>	58

6. Diskussion und Synopse	61
<i>6.1 Methodenkritik</i>	61
<i>6.2 Verlaufsentwicklung der Artikelproduktion</i>	61
<i>6.3 Synopse</i>	69
7. Zusammenfassung und Summary	71
<i>7.1 Zusammenfassung</i>	71
<i>7.2 Summary</i>	72
8. Literaturverzeichnis	75

1. Einleitung

Die zwölf Jahre andauernde Herrschaft des Nationalsozialismus war geprägt von einem totalitären Geist, der sich nicht nur auf politischen Machtwillen beschränkte. Vielmehr war der Aufbau des *Dritten Reichs* auch ein Versuch, die nationalsozialistische Ideologie durchzusetzen und große Bereiche des Gesellschaftslebens mit ihr zu durchdringen. Das betraf auch das weite Feld der Medizin. Dabei ging mit der institutionellen Gleichschaltung des Gesundheitsbereichs eine größtenteils kritiklose Übernahme der gesundheitspolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten einher, da kollektivethische und rassistische Überzeugungen längst Eingang in die Gedankenwelt der Mediziner gefunden hatten. Die medizinische Gesetzgebung spiegelte die rassistische Ideologie der Nationalsozialisten wider, dem Gesetz zur Zwangssterilisation kam der Charakter eines „Grundgesetz der Nationalsozialisten“¹ nahe.

Mittlerweile sind die Medizin im Nationalsozialismus sowie die Einbindung der Ärzte und des medizinischen Apparates bereits vielfach Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gewesen. Dabei wurde auch immer wieder und zumeist sehr allgemein auf die Wirksamkeit der gesundheitspolitischen Propaganda hingewiesen. Weitgehend unbeachtet ist bislang allerdings die propagandistische Indoktrination der *Volksgenossen* mit der themenbezogenen „Berichterstattung“ im Massenmedium der damaligen Zeit, den Tageszeitungen, geblieben. Die vorliegende Arbeit ist in diesem Themenfeld zu verorten.

Da die Nationalsozialisten in der Medizin eine zentrale Bezugsdisziplin ihrer Ideologie und eines der wichtigsten Instrumente für deren Umsetzung sahen, wird im Folgenden zu fragen sein, inwieweit diese faktische Bedeutung der Medizin ihren Niederschlag auch in der medialen Indoktrination des Regimes fand. Das gilt besonders für zentrale Gesichtspunkte der nationalsozialistischen Ideologie wie die „Rassenhygiene“, die das Fundament der neuen Gesundheitspolitik sein sollte.

Darüber hinaus sind aber auch die Wirksamkeit der nationalsozialistischen Propaganda und die Reaktionsweise des Propagandaapparats von großem Interesse. Allerdings ist die Frage nach diesen beiden Aspekten mithilfe der vorhandenen Quellen nicht einfach zu beantworten. Eine Möglichkeit, sich einer Antwort anzunähern, ergibt sich aber aus der verschiedenartigen Sozialstruktur des Deutschen Reichs. In der Gegenüberstellung von Reich und Region bzw. von zeitweise weit verbreiteter Zustimmung auf der einen und partieller Skepsis oder Ablehnung der Bevölkerung auf der anderen Seite finden sich vielleicht Hinweise auf Strategien, Einschätzung und Reaktionen des nationalsozialistischen Propagandaapparats und damit indirekt auch Indizien für die Wahrnehmung der Bevölkerung in einer bestimmten Region.

1.1 Quellenmaterial und Fragestellung

Um diesen zentralen Fragen an einem konkreten Beispiel nachzugehen, wird im Folgenden in zweierlei Hinsicht eine Fokussierung vorgenommen:

Zum einen konzentriert sich die Arbeit auf zwei verschiedene Tageszeitungen, die als Propagandaorgane eine offiziöse oder offizielle Funktion für das Regime wahrnahmen,

¹ Dörner (1988), S. 24.

nämlich den „Westdeutschen Beobachter“ und den „Völkischen Beobachter“.² Zum anderen ist bei der Auswahl der Quellen ein regionaler Schwerpunkt zu wählen, der die oben genannten Kriterien erfüllt. Da Aachen beispielhaft ist für eine stark katholisch geprägte Region, in der die polarisierende Gesundheitspolitik der Nationalsozialisten auf ein zurückhaltendes oder sogar resistentes Publikum traf, wird der „Westdeutsche Beobachter“, als Regionalzeitung ausschließlich in seiner Aachener Ausgabe betrachtet. Die Untersuchung soll auf diese Weise zeigen, wie die nationalsozialistischen Machthaber propagandistisch auf ein solches Umfeld reagierten. Um diese Reaktionsweise in Relation setzen zu können, dient als weitere Quelle der „Völkische Beobachter“, der eine von regionalen Einflüssen ungefärbte Wiedergabe der Regimepropaganda darstellt.

Die zwei untersuchten Zeitungen wurden also ausgewählt, weil sie sich in ihrer Reichweite deutlich voneinander unterscheiden. Während der „Völkische Beobachter“ als überregionales Parteiblatt der NSDAP reichsweit erhältlich war und sich trotz verschiedener Regionalausgaben seinem Inhalt nach in erster Linie an ein reichsweites Publikum richtete, war der „Westdeutsche Beobachter“ die größte Regionalzeitung der NSDAP. Er bediente mit seinen lokalen und regionalen Ausgaben den Gau Köln-Aachen. In der Forschung blieb dieses Medium bisher weitgehend unbeachtet, allein für die Euskirchener Region existiert eine Studie, deren Fragestellung allerdings nicht der gesundheitspolitischen Propaganda gilt.³

Da beide Blätter im Besitz der Partei waren, ist davon auszugehen, dass die Stoßrichtung ihrer Propaganda nicht aufgrund ideologischer Differenzen voneinander abwich. Vielmehr dürften mögliche Unterschiede in der jeweiligen „Berichterstattung“ aufgrund äußerer Faktoren wie etwa der unterschiedlichen Adressatengruppen ihre Ursache finden. Da für diese Arbeit also die Aachener Ausgabe des „Westdeutschen Beobachters“ ausgewertet wurde, dürften dort Propagandamuster zu erkennen sein, die sich zumindest tendenziell an den Alltagserfahrungen und der gesellschaftlichen Vorprägung der westdeutschen Leserschaft orientieren. Denn auch den nationalsozialistischen Pressefunktionären war klar, dass eine Propaganda, die an solche Prägungen anknüpfen konnte, deutlich bessere Erfolgchancen aufwies.⁴

Untersucht werden sollen anhand der Quellen im Einzelnen sowohl die tatsächliche Präsenz der gesundheitspolitischen Propaganda im Medium der nationalsozialistischen Presse als auch ihre Schwerpunktthemen. Die Arbeit setzt sich des Weiteren zum Ziel, herauszustellen, ob – und wenn ja – welche Unterschiede in der propagandistischen Darstellung von Medizin und Gesundheitspolitik zwischen einem überregionalen und einem regionalen Organ der Propagandapresse bestanden bzw. welche Schlussfolgerungen solche Unterschiede erlauben.⁵ Dabei stellt sich auch die Frage, inwieweit der „Westdeutsche Be-

² Basis der Untersuchung war der im Stadtarchiv Aachen erschlossene Bestand ZTG 1, „Westdeutsches Grenzblatt“/„Westdeutscher Beobachter“, Bezirksausgabe Aachen auf der einen Seite und der im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln in Form von Mikrofilmen vorliegenden des „Völkischen Beobachters“ auf der anderen Seite.

³ Sommersberg (2005).

⁴ Bussemer (2000), S. 13.

⁵ Sie knüpft damit an einen Aufsatz von 2010 an, in dem bereits erste Erträge der vorliegenden Promotionsschrift in wörtlicher oder paraphrasierter Form veröffentlicht wurden: Schreiber/Lohmeier (2010).

obachter“ gleichzeitig oder zeitlich versetzt zum „Völkischen Beobachter“ einschlägige Themen aus dem Bereich Medizin und Gesundheit aufgriff. Ein Blick auf die Presseanweisungen des *Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda*, das den Zeitungen wöchentlich die gewünschte Stoßrichtung der Berichterstattung diktierte,⁶ ermöglicht in diesem Zusammenhang Schlüsse über eine mehr oder weniger zentralistische Lenkung der nationalsozialistischen Gesundheitspropaganda, Initiativen des „Westdeutschen Beobachters“ oder den regional spürbaren Einfluss des „Völkischen Beobachters“ als reichsweites Leitmedium.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich über die Jahre 1931/1932 bis 1935. Es wird damit sowohl die thematisch relevante „Berichterstattung“ vor der Machtübernahme als auch danach analysiert, was einen Vergleich der propagandistischen Bedeutung des Themas über die Zäsur der Machtübernahme hinweg zulässt und Erkenntnisse zu Unterschieden zwischen nationalsozialistischer Oppositions- und Regierungspresse ermöglicht. So kann unter anderem nachgezeichnet werden, wie die Propaganda die gesundheitspolitische Agenda des Regimes medial vorbereitete und begleitete.

Stichtag für die zeitliche Begrenzung der Quellenauswahl ist der 31. Dezember 1935, da die maßgeblichen gesundheitspolitischen Kampagnen und Gesetzesinitiativen des Regimes, vor allem das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und das „Ehegesundheitsgesetz“, bis zu diesem Datum abgeschlossen waren. Da die Überlieferung des „Westdeutschen Beobachters“ in seiner Aachener Ausgabe für das Jahr 1932 derart bruchstückhaft ist, dass eine Auswertung unmöglich erscheint, wurde für den „Westdeutschen Beobachter“ als Vergleichsjahr für die Zeit nach 1933 das Jahr 1931 gewählt. Das bedeutet allerdings auch, dass für die Zeit vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten kein direkter Vergleich zwischen „Westdeutschem“ und „Völkischem Beobachter“ möglich ist.

Der Untersuchungsraum Aachen war zu jener Zeit von gesellschaftlichen und politischen Kräften geprägt, die der nationalsozialistischen Bewegung oder ihrer Ideologie skeptisch bis feindselig gegenüberstanden. Wichtigste Faktoren waren die katholische Kirche und ihr politischer Arm, die Zentrumspartei. Letztere blieb bis 1933 die stärkste politische Kraft in der Region. Aber auch im gesellschaftlichen Leben war der Katholizismus stark verankert. Hinzu kam eine in der Stadt Aachen wie auch im Umland verbreitete Anhängerschaft der KPD. In Konfrontation mit dem politisch organisierten Katholizismus und der Arbeiterbewegung verlief der Aufstieg der NSDAP im Raum Aachen schleppender als im restlichen Reichsgebiet. Während die Arbeiterbewegung mit dem Jahr 1933 allerdings stark an Einfluss verlor und im Untersuchungszeitraum fast gänzlich in den Untergrund gedrängt oder zerschlagen wurde, konnte die katholische Kirche ihre gewachsene Deutungshoheit in vielen Lebensbereichen der Menschen erhalten. Hierauf mussten die neuen Machthaber in irgendeiner Form propagandistisch reagieren. Wie sie dies im kontroversen Themenfeld von Medizin und Gesundheit taten, wird die Analyse der beiden nationalsozialistischen Presseorgane zeigen. Mithin ermöglicht der Blick auf Aachen Erkenntnisse über die Propagandastrategien in einem für die NSDAP besonders schwierigen Umfeld.

⁶ Bohrmann, mehrbändig.

Gerade die „Rassenhygiene“, ein wichtiges Thema im medizinischen Diskurs jener Tage, mit dem die Nationalsozialisten erste Pflöcke einschlugen, die den Weg in Richtung eines homogenen „Rassenstaates“ markieren sollten, wurde von der katholischen Kirche vehement abgelehnt. Päpstliche Vorgaben, die seinerzeit noch einen deutlich größeren Einfluss auf die Lebenswirklichkeit der Katholiken ausübten als dies heute der Fall ist, standen nationalsozialistischen Vorstellungen diametral entgegen. Der Papst hatte sich bereits 1930 gegen jede Form des eugenisch indizierten Eingriffs in die menschliche Fortpflanzung gestellt.⁷ In diesem Zusammenhang wird zu untersuchen sein, ob der „Westdeutsche Beobachter“ stärker agitierte als der „Völkische Beobachter“, um seine Leser auf Linie der Partei zu bringen oder ob er das kontroverse Thema im Gegenteil zurückhaltender präsentierte.

Die inhaltliche Auswahl des Quellenmaterials erfolgte in einem sehr weit gefassten Rahmen: Alle Artikel, die sich dem Thema Medizin und Gesundheitspolitik in irgendeiner Weise widmeten, werden in die Auswertung einbezogen. Dies umfasst beispielsweise auch Berichte, die beispielsweise einen Seuchenausbruch in einem weit entfernten Land thematisierten oder sich mit Maßnahmen zur kindlichen Zahnhygiene befassten.⁸ Sie bilden gewissermaßen das Hintergrundrauschen der alltäglichen Berichterstattung, vor der spezifisch ideologische Gesundheitsthemen wie die „Rassenhygiene“ behandelt wurden. Diese war neben der zunehmenden Umorientierung der Medizin von der Pflege des Einzelnen zur Sorge um das *Volksganze* sicherlich der prägendste Aspekt der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik. Hier manifestierte sich bereits früh und für alle sichtbar die Radikalität der Partei in der Durchsetzung ihres ideologischen Ziels vom „rassereinen“ Staat.⁹ Zugleich traf dieses Thema insbesondere im katholisch-rheinischen Umfeld auf große ideologische Vorbehalte.

1.2 Methodik

Um die Fülle an medizinisch und gesundheitspolitisch relevanten Artikeln methodisch sinnvoll auswerten zu können, richtet sich die Aufmerksamkeit in dieser Untersuchung nicht in erster Linie auf die qualitative Auswertung, sondern auf eine quantitative Analyse der Quellen. Konkret wird das Verfahren der Frequenzanalyse angewendet. Dabei wird die Häufigkeit von Schlagworten ausgewertet, die zuvor festgelegt wurden. Diese Auszählung von thematischen Schlagworten über einen festgelegten Untersuchungszeitraum ermöglicht, Konjunktoren verschlagworteter Themen zu erkennen. Hierfür wurden nach einer ersten Durchsicht des Materials Kategorien gebildet, die eine Einordnung der Artikel nach verschiedenen Themen ermöglichen. Für die Analyse wurden die folgenden Kategorien gebildet: „Berufspolitik“¹⁰, „Deutsches Rotes Kreuz“¹¹, „Erbgesundheitspolitik“¹², „For-

⁷ Enzyklika von Papst Pius XI.: *Casti connubii*. Über die christliche Ehe im Hinblick auf die gegenwärtigen Lebensbedingungen und Bedürfnisse von Familie und Gesellschaft und auf die diesbezüglich bestehenden Irrtümer und Missbräuche, vom 31. Dezember 1930.

⁸ „Völkischer Beobachter“ vom 07. September 1934: „Cholera in Indien; Westdeutscher Beobachter“ und vom 17. Juli 1935: „Schulzahnpflege und Krankenstation in jedem Ort“.

⁹ Frei (1991), S. 7-32.

¹⁰ Hierunter fallen Aspekte der medizinischen Aus- und Weiterbildung wie Lehrgänge und Prüfungen, Bezüge zur Reichsärzterordnung oder zum weltanschaulich begründeten Ärztebild im Dritten Reich, aber auch Personalia.

schung¹³, „Gesetzesbezug“¹⁴, „Gesundheitsratgeber“¹⁵, „Seuchenhygiene“¹⁶, „Kriminalpolitik“¹⁷, „Medizinische Versorgung“¹⁸, „NS-Organisation“¹⁹, „Sozialpolitik“²⁰, „Verwaltungspolitik“²¹ und „Veranstaltungen“²².

Mit Hilfe dieser Schlagwörter werden nahezu alle Felder der Gesundheitspolitik erfasst, die sich bei einer ersten Sichtung des Quellenmaterials finden ließen. Zudem werden unter diesen Rubriken auch alle Aktivitäten, welche die Nationalsozialisten im Bereich Medizin im Untersuchungszeitraum unternahmen, verschlagwortet. Beispielhaft hierfür ist das Schlagwort „Erbgesundheit“. Im Folgenden werden nicht alle so im Vorfeld der Erhebung und Untersuchung aufgestellten Schlagwörter ausgewertet und interpretiert werden, dennoch erschien zumindest die Erhebung für ein möglichst umfassendes Bild der gesundheitspolitischen Propaganda in den untersuchten Medien notwendig zu sein.

¹¹ Dies betrifft sämtliche Artikel, die einen Bezug zum „Deutschen Roten Kreuz“ aufweisen.

¹² Gemeint sind hierbei Artikel, die einen Bezug zur theoretischen oder praktischen Erbgesundheitspolitik aufweisen, wie z. B. die Ankündigung rassenhygienischer Ausstellungen, Berichte über entsprechend relevante Propagandareden, Erläuterungen zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und zur Einrichtung von Eheberatungsstellen oder Meldungen zur Sterilisationspolitik anderer Staaten.

¹³ Dies beinhaltet sowohl wissenschaftlich wie wissenschaftspolitisch relevante Aspekte, so z. B. Meldungen über neue Forschungsergebnisse, Therapiemethoden und wissenschaftliche Kongresse mit Forschungsbezug.

¹⁴ Unter Gesetzesbezug sind sämtliche gesundheitspolitisch relevanten Gesetze zu verstehen wie das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das „Ehegesundheitsgesetz“, das Gesetz über die „Reichsärzteordnung“, das „Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ oder Hinweise auf internationale Sterilisationsgesetze.

¹⁵ Hierunter fallen z. B. Erläuterungen zu einer gesunden Ernährung oder Informationsveranstaltungen zur gesundheitlichen Vorsorge. Ein häufig auftauchendes Beispiel ist die Rubrik „Der ärztliche Fragekasten“ im „Völkischen Beobachter“.

¹⁶ Hierunter subsumiert wurden sowohl Artikel zur Erläuterung oder statistischen Erfassung von Infektionskrankheiten als auch Impf-Aufrufe, wobei das Gros einen konkreten Bezug zur Diphtherie und der ihr gewidmeten Impf-Kampagne aufweist.

¹⁷ Unter dieser Rubrik werden Nennungen von Kriminalität oder Kriminalistik in Zusammenhang mit medizinischen Themen erfasst, z. B. „Völkischer Beobachter“ vom 11. Februar 1934: „Großfeuer in Heilanstalt“, das laut dem Artikel von Insassen gelegt wurde. Ebenfalls hierunter fallen Artikel, die sich mit dem „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung“ vom 24. November 1933 befassen, welches die Kastration von derselben regelte.

¹⁸ Hierunter fallen beispielsweise Artikel, die einen Bezug zur beruflichen Tätigkeit der Ärzteschaft, zu klinischen Einrichtungen, Beratungsstellen, zur Impf-Kampagne oder zu schulärztlichen und arbeitsmedizinischen Untersuchungen aufweisen.

¹⁹ Berücksichtigung fanden hier alle NS-Organisationen, die in medizinischen Zusammenhängen erwähnt wurden, so etwa die SA im „Völkischen Beobachter“ vom 09. Mai 1934: „Sanitäts-SA in Potsdam“, bei dem eine Übung der genannten Gruppe stattfand.

²⁰ Gemeint sind hier alle medizinischen Aspekte, die auch die Sozialpolitik betreffen, wie beispielsweise Fragen der Krankenkasse.

²¹ Hierunter fallen primär Erläuterungen zur Organisation des Gesundheitswesens, die Erwähnung von Gesundheitsämtern sowie in geringerem Maße Bezüge zur Organisation und Tätigkeit der Krankenkassen.

²² Als Veranstaltung wurden sowohl Vorträge und Propagandareden als auch Kongresse, Tagungen und Ausstellungen klassifiziert.

Da bei der Auswahl der Artikel sämtliche Beiträge mit medizinischem Bezug ohne Ausnahme aufgenommen wurden, fächert sich die Liste der Kategorien entsprechend auf. Bei jedem Artikel wurde überprüft, welche Themenkategorie im jeweiligen Beitrag im Vordergrund stand oder auch nur angerissen wurde. Hierdurch kam es bei verschiedenen Beiträgen zu einer Mehrfachzuweisung. Einem Artikel zur Gesundheitsfürsorge in der Hitlerjugend²³ beispielsweise wurden entsprechend die Kategorien *Versorgung* und *NS-Organisation* zugeordnet.

Die angestrebte chronologische Auswertung der Frequenz medizinbezogener Artikel im „Westdeutschen Beobachter“ und im „Völkischen Beobachter“ stößt dabei aufgrund der lückenhaften Überlieferung des „Westdeutschen Beobachters“ in seiner Aachener Ausgabe auf Probleme.²⁴ Eine direkte Spiegelung der Ergebnisse mit denjenigen aus dem „Völkischen Beobachter“ kann daher nur bedingt vorgenommen werden. Es sollte jedoch möglich sein, im Vergleich der beiden Tageszeitungen die sowohl gleichlaufenden als auch gegenläufigen Tendenzen der Veröffentlichungsentwicklung zu erkennen. Weiterhin ist auch für den Zeitraum vor der Machtübernahme zu berücksichtigen, dass die Jahre 1931 („Westdeutscher Beobachter“) und 1932 („Völkischer Beobachter“) nur schlaglichtartig die Dichte der medizinisch bezogenen Artikel vor der Machtübernahme beleuchten können.

1.3 Forschungsstand

Die Behandlung des Themenkomplexes Medizin und Gesundheit in der nationalsozialistischen Propaganda ist in der Wissenschaft lange Zeit nur am Rande betrachtet worden. Stattdessen standen die konkreten Ursachen, Bedingungen und Auswirkungen der NS-Gesundheitspolitik im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurden große Aktionen wie Wanderausstellungen zwar erwähnt, diese dienten zumeist aber nur der Illustration des Themas NS-Ideologie. Die alltägliche Berieselung der *Volksgenossen* mit der nationalsozialistischen Gesundheitsideologie fand demgegenüber weit weniger Beachtung. Das zentrale Medium zur täglichen Information und Beeinflussung breiter Massen war während des Untersuchungszeitraums die Tageszeitung. Dass hier eine „breit angelegte [...] publizistische [...] Offensive in der Tages- und Fachpresse sowie in Propaganda und Schulung“²⁵ stattgefunden hatte, ist zwar grundsätzlich festgestellt worden; ein empirischer Zugriff auf regionale Zeitungen und auch Forschungsarbeiten zur tatsächlichen Häufigkeit von medizinbezogener Propaganda in der nationalsozialistischen Tagespresse existieren aber kaum. Als Ausnahme ist hier unter anderem Ursula Singers Studie über die Gesundheitspolitik der Nationalsozialisten und ihre Berichterstattung in Nürnberg zu nennen.²⁶ Während für Großstadtzeitungen die Forschungslage insgesamt noch etwas besser ist²⁷, fehlen weitgehend Arbeiten zur Provinz und Regionalpresse, insbesondere unter der Frage-

²³ „Völkischer Beobachter“ vom 28. Juli 1934: „Gesundheitspflege der pommerschen HJ“.

²⁴ Im Einzelnen sind dies für 1933 drei Monate und 1934 zwei Monate. Für 1935 ist die Zahl der überlieferten Monate hingegen vollständig. Zudem lässt die Sichtung der Archivalien vermuten, dass auch das erschlossene Material in Einzelfällen Lücken aufweist, wobei sich die Zahl der fehlenden Seiten nicht exakt beziffern lässt. Unter Berücksichtigung der üblichen redaktionellen Gestaltung dürfte diese Zahl aber in der Summe betrachtet überschaubar bleiben.

²⁵ Bock (1986), S. 90.

²⁶ Singer (1979).

²⁷ Als Beispiele: Segeberg (2009), Frei (1980).

stellung, inwieweit die nationalsozialistische Propaganda hier Unterschiede zu den Ballungsgebieten aufwies.²⁸

Ein wenig anders sieht es für die Erforschung von Fachperiodika aus. Hier gibt es teils umfangreiche Studien zur Propagierung der nationalsozialistischen Gesundheitsideologie.²⁹ Doch handelt es sich dabei zu großen Teilen um einen medizinischen Binnendiskurs ohne größere propagandistische Außenwirkung.

Darüber hinaus hat der im Zentrum der Untersuchung stehende „Westdeutsche Beobachter“ ebenfalls bisher kaum im Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen gestanden.³⁰ Auch Untersuchungen zum „Völkischen Beobachter“ sind rar und zumeist bereits mehrere Jahrzehnte alt.³¹ Die vorliegende Arbeit begibt sich demnach zwar nicht auf wissenschaftliches Neuland, widmet sich aber einem bisher nur sehr sporadisch bearbeiteten Bereich in der Propaganda- und Medizingeschichte des Nationalsozialismus.

1.4 Konzeption

Die folgende Untersuchung gliedert sich in fünf Kapitel beginnend mit Kapitel 2.

Das erste dieser Kapitel, „Eckpunkte der Medizin im *Dritten Reich*“ widmet sich den Grundlinien und wichtigsten Maßnahmen der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik. Dabei geht es vor allen Dingen darum, mithilfe des historischen Hintergrunds auch die Ziele, die Einschätzung und die Reaktionsmuster des nationalsozialistischen Propagandaapparats bzw. seiner Presseorgane im Verlauf der Untersuchung besser nachvollziehen zu können. Entsprechend werden die Vorgeschichte der NS-Medizin kurz angerissen, die zentralen Gesetzesinitiativen vorgestellt und Paradigmenwechsel in Fürsorge, Krankheitsbildern und Standesethik dargestellt.

Das darauf folgende Kapitel zu den NS-Medien teilt sich in vier Unterkapitel auf, wovon das erste Kapitel chronologisch in zwei Hälften geteilt wurde: Es thematisiert die nationalsozialistische Medienpolitik unter dem speziellen Aspekt der Tageszeitung. Um Funktion und Entwicklung der Propagandapresse besser nachvollziehen zu können, wird zunächst die Entstehungsgeschichte der Medienpolitik vor 1933 detailliert dargestellt, bevor in einem weiteren Schritt die Entwicklungslinien nach 1933 nachgezeichnet werden.

Im Unterkapitel 3.2 wird der Blick auf die Darstellung medizinischer Themen in anderen NS-Medien der Zeit gerichtet, um Hinweise für einen Gesamteindruck von der pro-pagandistischen Handhabung des Themas Medizin in der Arbeit der nationalsozialistischen Agitatoren zu gewinnen.

In Kapitel 4 wird der Untersuchungsraum Aachen im Nationalsozialismus vorgestellt. Da der Ausgangsthese dieser Untersuchung zufolge die Propaganda Rücksicht auf gewachsene Strukturen und regionale Mentalitäten nehmen musste, werden hier sowohl die soziale Zusammensetzung der Region und das Wahlverhalten der Bevölkerung als auch der Aufstieg der NSDAP nachzuzeichnen sein.

Im fünften Kapitel werden die Ergebnisse der Frequenzanalyse der beiden Tageszeitungen dargelegt, während im darauffolgenden Kapitel die Ergebnisse diskutiert, mit den

²⁸ Oschinski (2009), S. 10.

²⁹ Makowski (1996).

³⁰ Sommersberg (2005).

³¹ u.a. Layton (1965); Mühlberger (2005).

Erwartungen verglichen und vor dem Hintergrund des historischen Kontextes eingeordnet werden. Zuvor werden die beiden zu untersuchenden Medien „Westdeutscher Beobachter“ und „Völkischer Beobachter“ dargestellt. Im Zentrum der Darstellung stehen dabei ihre geschichtliche Entwicklung, ihr Charakter als Propagandaorgane, ihre Auflagenstärke und ihre Verbreitungsgebiete.

Kapitel 6 bildet die Diskussion und Synopse aus den in Kapitel 5 erarbeiteten Fakten. Kapitel 7 bildet mit einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen den Abschluss der Arbeit.

2. Eckpunkte der Medizin im *Dritten Reich*

Die Medizin erlebte im *Dritten Reich* zwar keinen grundsätzlichen Umbruch, denn sie konnte an lang- und mittelfristige Entwicklungen innerhalb des Fachs und angrenzender Disziplinen anknüpfen. Die neuen Machthaber verhalfen diesen Tendenzen aber zu politischer Durchschlagskraft und ungeahnter Radikalität.

Im Folgenden werden die wichtigsten Akteure und Institutionen dieser politischen Entwicklung während der Jahre des Untersuchungszeitraums vorgestellt. Des Weiteren werden die entscheidenden Paradigmenwechsel, die die Medizin im Nationalsozialismus erfuhr, beleuchtet, wozu der praktische Wandel von der Individualfürsorge zur Idee der *Volksgesundheit*, die Ablösung der kurativen durch die Präventivmedizin und die Überformung der gesamten Medizin durch die Ideologie der *Erbgesundheit* gehören. Vollständig ausgeklammert bleibt angesichts des zeitlichen Untersuchungsrahmens der vorliegenden Arbeit dagegen die Entwicklung der Medizin im Nationalsozialismus nach 1935, wie etwa ihre Beteiligung an den „Euthanasie“-Verbrechen und am Verbrechenkomplex der Konzentrationslager.³² Auch die Frage der sogenannten „Neuen deutschen Heilkunde“ unter deren Banner sich der Schulmedizin kritisch gegenüberstehende, meist nationalsozialistische Kreise sammelten, bleibt hier unberücksichtigt.³³

2.1 *Eugenik und Rassenhygiene*

Dreh- und Angelpunkt der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik war die Eugenik bzw. ihre spezifische Ausformung als *Rassenhygiene*. Wissenschaftliche Vererbungslehre und die Idee der Menschenzüchtung gingen hier eine unheilvolle Verbindung ein, von der sich viele ihrer Protagonisten die Lösung der sozialen Probleme versprachen. Früh waren bereits Mediziner in diese Ideologie involviert.³⁴

Grundsätzlich war die Idee der Eugenik ein internationales Phänomen und eugenisch motivierte Gesetze gab es sowohl in einigen US-Bundesstaaten als auch in skandinavischen Ländern.³⁵ Auch die Eugeniker und *Rassenhygieniker* in Deutschland waren in ein internationales Netzwerk von Gesinnungsgenossen eingebunden.³⁶

In der nationalsozialistischen Ideologie verschmolz die Idee der Eugenik aber stärker als anderswo mit darwinistischen, nationalistischen und rassistischen Vorstellungen³⁷ zur spezifisch deutschen *Rassenhygiene*, die ein Kernelement der nationalsozialistischen Politik war. Die *Rassenhygiene* war dabei im Gegensatz zur Unterdrückungspolitik gegenüber sogenannten *Fremdrassigen*, also als „nicht-deutsch“ oder „nicht-arisch“ definierten Personen, eine Aufgabe, deren Durchführung man in erster Linie in die Verantwortung der Ärzte stellte.

³² Vgl. Schmuhl (1991), S. 296; Schmuhl (1992), S. 365.

³³ Vgl. dazu u.a.: Jütte (1996) und Wuttke-Groneberg (1983).

³⁴ Schneck (1994), S. 121.

³⁵ Braß (2004), S. 47.

³⁶ Kühl (1997), S. 48-63.

³⁷ Forsbach (2006), S. 17.

Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten verschiedene Protagonisten, z.B. Galton³⁸, das Fundament für die Eugenik gelegt. Zivilisationsentwicklungen wie die soziale Fürsorge und die verbesserte Gesundheitsversorgung wurden als kontraselektorisches Effekte wahrgenommen, deren negative Auswirkungen möglichst schnell korrigiert werden sollten.³⁹ Maßnahmen, die in den Kreisen der Eugeniker diskutiert wurden, umfassten positive wie negative Formen, darunter die Förderung der Vermehrung von sogenannten „Höherwertigen“, die Asylisierung und langfristige „Ausmerze“ der „Schwachen, Unglücklichen und Überflüssigen“⁴⁰ durch Fortpflanzungshemmnisse, wie das Heiratsverbot oder die Sterilisation der betroffenen Menschen.⁴¹ Dabei war schon in der Diskussion ein Ineinandergreifen sozialer und medizinischer Argumente zu beobachten, ein Phänomen, das auch die Sterilisationspraxis der Nationalsozialisten später bestimmte.⁴² Dieser Befund unterstreicht die Bedeutung der Eugenik als Programm zur Lösung der „Sozialen Frage“⁴³. Auch wenn die Ideologie schon länger existierte, blieb sie in Deutschland wie anderswo zunächst ohne durchschlagende Wirkung in der Gesellschaft.⁴⁴ Nach dem Ersten Weltkrieg, dessen Massensterben die Eugeniker und *Rassenhygieniker* als Katastrophe empfanden, da nach ihrer Ansicht die Gesunden und Leistungsfähigen gefallen waren und die „Minderwertigen“ überlebt hatten, trat die Eugenik aber aus diesem Schatten heraus und in das Licht der Öffentlichkeit. Die These der negativen Selektion durch den Ersten Weltkrieg beförderte die Idee der Eugenik auch in Kreisen, die sich an der Diskussion bisher weniger beteiligt hatten.⁴⁵ Nun äußerten sich auch die Kirchen zu dieser Frage und insbesondere die evangelischen Kirchen waren eugenischen Positionen gegenüber durchaus offen.⁴⁶ Es kam zu einer Übernahme und Verinnerlichung eugenischen Denkens in der evangelischen Kirche, auch wenn Zwangsmaßnahmen und Abtreibungen nach wie vor abgelehnt wurden. Die katholische Kirche lehnte aufgrund der Enzyklika „Casti Connubii“ von 1930 jede Form der Sterilisation und Abtreibung aus eugenischen Gründen ab, auch wenn die offizielle Lehrmeinung in den katholischen Organisationen nicht immer widerspruchsfrei geteilt wurde.⁴⁷

Auch in der politischen Landschaft des Deutschen Reichs hatte sich die Idee der Eugenik nach dem Ersten Weltkrieg immer weiter verbreitet und das nicht nur am rechten Rand. Selbst in der SPD wurden im Verlauf der 1920er Jahre eugenische Ideen hoffähig. Allein in der KPD war das Interesse gering, eine eigene Position zur Eugenik wurde nicht erarbeitet.⁴⁸

Auch extreme Positionen wurden im Dunst dieser Diskussionen immer offensiver vertreten. Karl Binding, einer der einflussreichsten Strafrechtslehrer seiner Zeit, und Alfred

³⁸ Galton (1869).

³⁹ Vgl. Labisch (1992), S. 196; Mann (1989), S. 17-19; Hitler (1936), S. 313+314.

⁴⁰ Schmuhl (1992), S. 43.

⁴¹ Schmuhl (1992), S. 43.

⁴² Braß (2004), S. 70 und Schmuhl (1992), S. 46.

⁴³ dazu u.a.: Ritter (1998).

⁴⁴ Schmuhl (1992), S. 31-33; Seidler, Rett (1988), S. 37-46.

⁴⁵ Vgl. Labisch (1992), S. 196+216; Jütte/ Eckart/ Schmuhl/ Süß (2011), S. 27; Baader (1989), S. 24.

⁴⁶ Hinz-Wessels (2005), S. 170.

⁴⁷ Hinz-Wessels (2005), S. 171 und Braß (2004), S. 51.

⁴⁸ Mocek (2002), S. 388.

Hoche, Ordinarius für Psychiatrie in Freiburg, traten mit ihrem Buch „Freigabe zur Vernichtung von lebensunwertem Leben“ 1920 an die Öffentlichkeit.⁴⁹ Derartige Vorstellungen, die vom Züchtungsansatz der Eugenik weg und zur unmittelbaren Tötung „Minderwertiger“ hinführten, fanden allerdings mehrheitlich kein positives Echo.

Demgegenüber konnte sich die Idee der *Rassenhygiene* immer weiter verbreiten und vor allem bei Medizinern Anklang finden. Die Nationalsozialisten brauchten mit ihrer sozialdarwinistischen Ideologie lediglich auf diesem Fundament aufzubauen.⁵⁰ Hitlers Kommentar zur *Rassenhygiene*, der bereits in den Zwanzigerjahren des 19. Jahrhunderts auf die Sterilisation von als „minderwertig“ definierten Menschen abzielte, traf den Nerv vieler Zeitgenossen: „Der völkische Staat hat die Rasse in den Mittelpunkt des allgemeinen Lebens zu setzen [...] Er muss dafür Sorge tragen, dass nur wer gesund ist, Kinder zeugt; dass es nur eine Schande gibt: bei eigener Krankheit und eigenen Mängeln dennoch Kinder in die Welt zu setzen, doch eine höchste Ehre: darauf zu verzichten.“⁵¹ Dass die Vorstellungen von der Reinhaltung der eigenen *Rasse* bei den Nationalsozialisten radikalerer Natur waren, als Hitler in seinem Buch andeutete, machen die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ noch vor der Machtübernahme klar: Darin wurde der Tod des lebensunwerten Lebens gefordert, mindestens aber das Ende der „Vermehrbarkeit verbrecherischer Charaktersubstanzen“.⁵² Diese radikalen Thesen verhinderten allerdings nicht, dass eine erste Annäherung zwischen tatfreudigen Eugenikern und der NSDAP noch vor der Machtübernahme begann.⁵³ Die NSDAP wurde von vielen Eugenikern als erste politische Partei begrüßt, die die *Rassenhygiene* explizit ins Parteiprogramm aufgenommen hatte.⁵⁴ Innerhalb der Parteienlandschaft der Weimarer Republik stand die NSDAP mit ihrer Forderung, die *Rassengesundheit* des deutschen Volkes mittels negativer Eugenik zu stärken, beinahe alleine da. Nichtsdestotrotz gab es am Ende der Weimarer Republik in Preußen, dem größten Staat innerhalb des Deutschen Reiches, Bestrebungen, ein Gesetz zu Sterilisation von sogenannten erbkranken Menschen durchzusetzen.⁵⁵ Allerdings sollte dies, im Gegensatz zu den Vorstellungen und späteren Maßnahmen der Nationalsozialisten, auf der freiwilligen Entscheidung der zu Sterilisierenden beruhen.

Mit Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde die radikale und rassistische Variante der Eugenik zur Staatsdoktrin. Gesetzliche Maßnahmen, die auf eine Etablierung der Eugenik im medizinischen Alltag abzielten, machten dies schnell deutlich. Ein erster Schritt war die Legalisierung der eugenisch motivierten Abtreibung durch eine Novellierung des entsprechenden Gesetzes⁵⁶ am 26. Mai 1933.⁵⁷ Auch ein Gesetz zur zwangsweisen Sterilisation auf Basis eugenischer Befunde wurde bald in Angriff genommen. Ob hinter dieser zügigen Umsetzung *rassenpolitischer* Ideen in deutsches Recht allerdings ein

⁴⁹ Binding, Hoche (1920).

⁵⁰ Rost (1987), S. 21.

⁵¹ Hitler (1936), S. 446, zitiert nach Kollmann (2006), S. 57.

⁵² Bock (1986), S. 25.

⁵³ Kühl (1997), S. 123.

⁵⁴ Schmuhl (1992), S. 48.

⁵⁵ Kaminsky (1995), S. 158.

⁵⁶ Vormbaum/Welp (2004), S. 133.

⁵⁷ Bock (1986), S. 83.

bereits vor der Machtübernahme vorbereitetes Konzept steckte, ist bis heute unklar.⁵⁸ Das erste Gesetz unter dem Vorzeichen des Nationalsozialismus in der Gesundheitspolitik trat mit dem 1. Januar 1935 in Kraft: das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Dieses Gesetz war die Basis für eine Welle von Zwangssterilisationen, die schon bald über das Land rollte. Bis zum Ende des *Dritten Reichs* wurden etwa 400.000 Menschen zumeist unter Zwang sterilisiert, etwa 1 Prozent der Bevölkerung im fortpflanzungsfähigen Alter.⁵⁹ Die Gesundheitsämter, Amts- und Anstaltsärzte, aber auch anderes medizinisches Personal und nicht-medizinische Denunzianten konnten nun ihre *rassenhygienisch* begründeten Bedenken gegenüber ihren Mitmenschen bei den neu eingerichteten *Erbgesundheitsgerichten* anmelden. Vor allem die Gesundheitsämter wurden genutzt, um vor einem Verfahren am *Erbgesundheitsgericht* ohne Wissen der Betroffenen Akten, medizinische Befunde und Gerichte zusammenzutragen.⁶⁰

Rassenhygienische Maßnahmen konnten aber auch im Gewand nicht unmittelbar medizinisch anmutender Verordnungen auftreten. Die „Durchführungsverordnung über die Gewährung von Ehestandsdarlehen“ vom 26. Juni 1933 fragte ebenso wie das „Ehegesundheitsgesetz“ vom 18. Oktober 1935 nach den *rassischen* Voraussetzungen der Ehepartner oder Verlobten. Und auch bei der *Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt* (NSV) spielten *rassenpolitische* Erwägungen eine Rolle. Die sozialen Wohltaten, die den *Volksgenossen* mithilfe dieser Organisation zuteilwerden konnten, waren auf diejenigen beschränkt, die unter eugenischen Gesichtspunkten einer Förderung wert waren.⁶¹ Der Zugriff der *Rassenhygieniker* auf das deutsche Volk wurde somit sukzessive ausgeweitet.

2.2 Volksgesundheit und Prävention

Das Feld der *Rassenhygiene* stand nicht als isolierter Teil der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik da. Es war eingebunden in einen gesamtmedizinischen Umdeutungsprozess: War die Medizin bisher in erster Linie auf die Gesundung des Einzelnen ausgerichtet gewesen, so stellten die Nationalsozialisten nunmehr den *Volkskörper* in den Mittelpunkt des ärztlichen Auftrags.⁶² Die Zuwendung des Mediziners sollte nicht länger dem einzelnen Patienten um seiner selbst willen zuteilwerden. Sein Interesse und seine Tätigkeit hatten stattdessen nun zuallererst dem *Volksganzen* zu gelten, auch um den Preis, dass die Interessen einzelner Patienten dahinter zurückzustehen hatten. Dieser Paradigmenwechsel, der ohne die Berücksichtigung der Wechselwirkung mit darwinistischen und rassistischen Ideen, den Patienten unterschiedliche Wertigkeiten zuwies, in seiner Radikalität kaum ganz zu erfassen ist, ist der eigentliche Kernpunkt der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik.⁶³ Dem NS-Motto folgend „Du bist nichts, dein Volk ist alles“ sollte der *Volksgenosse* seine Gesundheit zum Wohl von Volk und Reich fördern. Der Arzt entwickelte sich in dieser Vorstellung zum „Arzt der Nation“.⁶⁴

⁵⁸ Süß (2003), S. 32f., S. 32f.

⁵⁹ Bock (1985), S. 88-104.

⁶⁰ Braß, (2004), S. 71.

⁶¹ Gasten (1993), S. 110f.

⁶² Listen, S. 30 und Bruns (2009).

⁶³ Frei (1991), S. 7-32.

⁶⁴ Vgl. Lifton (1986), S. 30.

Dazu gehörte auch, dass nun verstärkt mehr auf kollektive Vorsorge denn auf individuelle Fürsorge Wert gelegt wurde. Für eine effektive Prävention sollten Mediziner und Volk Hand in Hand arbeiten. Nicht nur die Ärzte wurden dazu angehalten, sich um die gesundheitliche Vorsorge ihrer Patienten zu bemühen, auch der einzelne *Volksgenosse* wurde medial immer wieder auf den Wert seiner Gesundheit für die *Volksgemeinschaft* hingewiesen⁶⁵. Diese Forderung gipfelte in Formulierungen, die vom Einzelnen die „Pflicht zur Gesundheit“⁶⁶ abverlangten und dem Kranken so schon fast zwangsläufig Pflichtvergessenheit unterstellten.⁶⁷

Wenn auch sowohl unter Medizinerinnen als auch in Teilen der Bevölkerung bereits Zustimmung zu den Ideen der *Volksgesundheit*, *Rassenhygiene*, Arbeits- und Leistungsmedizin herrschte,⁶⁸ bediente sich das Regime eines weiteren Arguments, um seine Maßnahmen auch für die nach wie vor vorhandenen Zweifler zu begründen. Es zielte auf das Kostenargument. Tatsächlich hatte die medizinische Fortschrittsentwicklung in den Jahrzehnten seit Beginn der Industriellen Revolution zu einer Kostenexplosion geführt: Die Medizin erreichte immer breitere Bevölkerungsschichten und zeichnete sich durch stetig steigenden Forschungs- und Technikaufwand aus. Bevölkerungsexplosion und Verstädterung belasteten immer mehr Gesellschaft und Sozialsysteme, die mit der kostspieligen Einführung von Vorsorgeprogrammen wie z. B. der schulmedizinischen Versorgung auf die Gesundheitsrisiken einer schnell wachsenden Gesellschaft reagierten. Hinzu kam die kostenintensive Expansion der Psychiatrie in den vergangenen Jahrzehnten, deren Patienten nach 1933 zur bevorzugten Zielgruppe der gesundheitspolitischen Zwangsmaßnahmen des Regimes werden sollten.⁶⁹

Da die staatlichen Haushalte spätestens im Gefolge des Ersten Weltkrieges teilweise ruiniert waren, wurde insbesondere in Deutschland immer lauter die Frage nach der Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens gestellt. Was lag also näher, als nach Rezepten für eine Verringerung der Kosten zu suchen? Kostensenkungen waren ein Argument, das auch in gesellschaftlichen Kreisen überzeugen konnte, die der *Rassenhygiene* skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden.⁷⁰ So ist es auch nicht verwunderlich, dass in Ausstellungen, auf Plakaten und in Publikationen wie Schulbüchern die Frage nach den Kosten einer vermeintlich unkontrollierten Vermehrung von „Erbkranken“ eine zentrale Rolle spielte.⁷¹ Weitgehend unkommentiert blieb in der NS-Zeit dabei die Tatsache, dass die Zahl der Anstaltsinsassen trotz oder vielmehr aufgrund der nationalsozialistischen Maßnahmen nach der Machtübernahme noch weiter angestiegen war. Damit stand das Ergebnis im Widerspruch zur Zielvorgabe der Reduzierung von Anstaltsinsassen. Die Sparmaßnahmen, mit denen man unter anderem immer wieder das Sterilisationsgesetz begründet hatte, waren

⁶⁵ „Völkischer Beobachter“ vom 23. August 1935: „Mehr Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Nation.“

⁶⁶ Rost (1987), S. 25.

⁶⁷ „Völkischer Beobachter“ vom 29. August 1935: „Schutz der Volksgesundheit“.

⁶⁸ Vgl. Rütther (1997), S. 161; Bruns (2009), S. 176.

⁶⁹ Vgl. dazu auch: Westermann/Schäfer (2008), S. 218-231.

⁷⁰ Vgl. Roth (1986), S. 10.

⁷¹ Westermann (2010).

quantitativ bedeutungslos.⁷² Der dem von den Nationalsozialisten beabsichtigte Wegfall der eugenisch motivierten Asylierung kam finanziell nicht zum tragen.

2.3 Akteure und Institutionen

Ein besonderer Faktor bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 war die Durchdringung der Gesellschaft mit NS-Organisationen.⁷³ Ohne Träger staatlicher Gewalt zu sein, hatten diese Organisationen einen großen Einfluss auf das Leben der Menschen. Mit ihrer Hilfe wurden die ideologischen Vorstellungen des Regimes in breite Schichten getragen, oftmals über Gliederungen, die auf eine spezielle Bevölkerungsgruppe oder einen Berufsstand zugeschnitten waren. Für den Bereich der Medizin ist die wichtigste Gruppe der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund (NSDÄB). Er war wichtig für die offensive ideologische Agitation innerhalb der Ärzteschaft, sowohl vor als auch nach der Machtübernahme.⁷⁴ Außerdem fungierte der NSDÄB vor 1933 als Türöffner für die anfangs wenig bürgerlich verwurzelte NSDAP.⁷⁵ Erst 1929 gegründet, konnte der NSDÄB bereits 1931 eine erste reichsweite Konferenz organisieren, auf der Leitlinien zur NS-Gesundheitspolitik, in erster Linie zur Eugenik, diskutiert wurden.⁷⁶ Es folgten weitere Konferenzen, bei denen die Teilnehmerzahlen kontinuierlich anwuchsen. Seine Bedeutung innerhalb der medizinischen Gesellschaft blieb jedoch überschaubar. Dies lag sicherlich auch daran, dass sich der NSDÄB von den Standesorganisationen der Ärzteschaft unterschied und sich zudem um eine deutliche Abgrenzung bemühte. Er verstand sich nicht als klassische Standesorganisation, die sich der Durchsetzung von Berufsgruppeninteressen verschrieben hat; er stand somit nicht in Konkurrenz zu bestehenden Standesorganisationen. Der NSDÄB verstand sich stattdessen als Kampforganisation innerhalb der NSDAP, sah sein Wirken also unabhängig von den wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. Dies wurde auch vom Publikationsorgan des NSDÄB, „Weg und Ziel“ unterstrichen, das sich wie die Organisation selbst in erster Linie der Vermittlung nationalsozialistischer Ideologie verschrieben hatte.⁷⁷ Unter dem Motto „Der Arzt als Arzt der Nation“, wie es der spätere Leiter des Bundes und Reichsärztekammerchef Gerhard Wagner formulierte, versuchte der NSDÄB die althergebrachte Standespolitik sogar zurückzudrängen und durch die korporatistische nationalsozialistische Ideologie der *Volksgemeinschaft* zu ersetzen.⁷⁸

Die verbreitete Ideologie war streng nationalsozialistisch, traf in ihrer sozialdarwinistischen Ausprägung auf offene Ohren in der Ärzteschaft; aber auch antisemitische Gedanken fanden offenbar fruchtbaren Boden in der deutschen Ärzteschaft.⁷⁹

Die Rolle des NSDÄB veränderte sich nach der „Machtübernahme“ nur wenig. Die klassischen Standesorganisationen, wie etwa der Hartmannbund oder der Ärzteverein, wurden – ohne wesentliche ärztliche Gegenwehr – „gleichgeschaltet“ oder in neue Organi-

⁷² Kaminsky (1995), S. 243.

⁷³ Gasten (1993).

⁷⁴ Zapp (1979), S. 57-59.

⁷⁵ Mühlberger (2005), Bd. 1, S. 425.

⁷⁶ „Völkischer Beobachter“ vom 08. Dezember 1931, zitiert nach: Mühlberger (2005), Bd. 1, S. 450.

⁷⁷ Zapp (1979), S. 57-59.

⁷⁸ Müller (1996), S. 16.

⁷⁹ Fangerau (2011), S. 17.

sationen überführt und der NS-Ärztbund konnte seine Hauptbetätigung, die gesundheitspolitische Agitation innerhalb der Ärzteschaft, fortsetzen.⁸⁰ Zentrale Punkte dieser Tätigkeit waren die Propagierung der *Rassehygiene*, insbesondere die propagandistische Begleitung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Hier wurden in der allgemeinen und Fachpresse Artikel lanciert und der nationalsozialistische Standpunkt illustriert.⁸¹ Die Durchdringung der Ärzteschaft mit den gesundheitspolitischen Vorstellungen des Regimes, insbesondere der *Rassenhygiene*, war ein großer Erfolg für den NSDÄB. Sie reduzierte zugleich aber auch die Bedeutung des Bundes. Dessen Tätigkeit ließ im weiteren Verlauf des *Dritten Reichs* nach, wohl vor allem bedingt durch die weitgehende Akzeptanz des Regimes und seiner Gesundheitspolitik in der deutschen Ärzteschaft.⁸²

Das erste und eines der weitreichendsten rechtlichen Bestimmungen der NS-Regierung im Bereich des Gesundheitswesens war das bereits erwähnt „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Es regelte die zwangsweise Sterilisation von Menschen, die nach den Kriterien der Nationalsozialisten *erbkrank* waren.⁸³ Nach einer, von Behörden wie den kommunalen Gesundheitsämtern, Ärzten oder Einzelpersonen vorgebrachten Anzeige, ermittelten *Erbgesundheitsgerichte*, ob eine betroffene Person nach den Kriterien des Gesetzes als *erbkrank* galt. Wurde dies als gegeben angesehen, wurde eine Sterilisation angeordnet und gegebenenfalls mit polizeilichem Zwang durchgesetzt.⁸⁴

Ein weiterer Dreh- und Angelpunkt der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik war die Organisation der Gesundheitsämter, die mit dem „Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ vom 3. Juli 1934 auf zentralistischer Grundlage reorganisiert worden waren, mithin das Gesundheitswesen in den Kommunen in den Kompetenzbereich des Reiches eingegliedert wurde. Dieses Gesetz sollte sich als ein Kernstück rassistischer Gesellschaftspolitik erweisen.⁸⁵

Neben ihre bisherigen Kompetenzen als kommunale Sachwalter für Gesundheitsfragen traten nun vor allem Aufgaben im Bereich *Erbgesundheit* und *Rassenhygiene*. Dazu sollte die jeweilige Behörde im Zweifelsfall auch ermittelnd tätig werden und auf Hinweis oder auch nach Aktenlage die Frage von Erbkrankheiten und möglichen Konsequenzen für Betroffene herausarbeiten. Die Gesundheitsämter spielten also eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der *Erbgesundheitsideologie* der Nationalsozialisten. Ein Anlass, der die Behördenarbeit in Gang setzte, war die Ehetauglichkeitsprüfung. Nach dem „Ehegesundheitsgesetz“ vom 18. Oktober 1935, sollte die *Ehetauglichkeit*⁸⁶ mit Blick auf die *Erbgesundheit* der beiden Heiratswilligen von den Gesundheitsämtern überprüft werden. Am Beispiel Hannover zeigt sich, dass dies in beinahe der Hälfte aller Eheschließungen auch

⁸⁰ Zapp (1979).

⁸¹ Müller (1996), S. 72.

⁸² Müller (1996), S. 80.

⁸³ Gütt/Rüdin/Ruttke (1934).

⁸⁴ Schmuhl (1991), S. 296, Bergdolt (2004), S. 277, Westermann (2010), S. 51, Westermann/Schäfer (2008), S. 223.

⁸⁵ Jütte/Eckart/Schmuhl/Süß (2011), S. 43.

⁸⁶ Von den Nationalsozialisten unter dem Aspekt der Zeugung „erbgesunden“ Nachwuchses definiert.

der Fall war.⁸⁷ Der eugenisch motivierte Zugriff der Gesundheitsämter auf die deutsche Bevölkerung war also wenigstens in einzelnen Regionen des Reichs durchaus weitreichend. Zusammenfassend ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die nationalsozialistische Gesundheitspolitik verschiedene, oft kontrovers diskutierte Ideen aus den vergangenen Jahrzehnten aufgegriffen und zu einer eigenen Gesundheitspolitik umgeformt hatte und diese nach der Machtübernahme praktisch umzusetzen begann. Die Folgen wirkten in weite Bereiche der Gesellschaft hinein: Eheschließungen, Darlehen, das stark eingeschränkte Recht der körperlichen Unversehrtheit – alles stand nunmehr unter einem eugenischen Vorbehalt.

Auch die Hinwendung des ärztlichen Handelns zur Prävention und schnellen Wiederherstellung menschlicher Arbeitskraft sind markante Punkte dieser rassistisch und utilitaristisch gefärbten Gesundheitspolitik, die ihren Bezugspunkt nicht im einzelnen Patienten, sondern in der *Volksgemeinschaft* sah.

⁸⁷ Fleiter (2006), S. 330.

3. NS-Medien

3.1 Grundzüge der NS-Medienpolitik

Die NSDAP zeichnete sich, besonders seit ihrer Neugründung und der legalistischen Neuausrichtung im Jahr 1925, im öffentlichen Auftreten vor allem durch ihre intensiv betriebene Propaganda aus. Nach dem gescheiterten Putsch von 1923 war das Motto „Was durch Papierkugeln zu gewinnen ist, braucht dereinst nicht durch stählerne gewonnen zu werden“⁸⁸ zur handlungsleitenden Maxime der Partei geworden. Treffend ist somit die Einordnung der NSDAP als Propagandabewegung.⁸⁹ Sie trat offensiv als Gegnerin der Weimarer Republik auf, attackierte die Innen- und Außenpolitik der jeweiligen Regierung ebenso wie die übrigen politischen Parteien. Ein wichtiges Instrument für diese Attacken war die eigene Presse.

Hitler selbst hielt die Presse für ein wichtiges Machtinstrument. So fiel die Beantwortung der rhetorischen Frage „Ist die Errichtung einer die breiten Massen erfassenden völkischen Zeitung eine nationale Notwendigkeit?“ in einem von Hitler verfassten Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 25. und 28. Januar 1921 eindeutig aus. Der Artikel endete mit einem Aufruf an die *Volks-* und *Parteigenossen*, der Partei die notwendigen Mittel für den erfolgreichen Betrieb einer solchen Zeitung zur Verfügung zu stellen.⁹⁰ Ebenfalls 1921 bezeichnete er die Presse außerdem als den „Wecker unseres Volkes“⁹¹. Um diese „Weckfunktion“ zu erfüllen, griff die nationalsozialistische Presse regelmäßig auf spezifische Muster bzw. Feindbilder zurück.⁹² Typische Figuren dieser Rhetorik waren sowohl vor 1933 als auch in den späteren Jahren in erster Linie „Plutokratie“, „Bolschewismus“ und der innenpolitische Gegner,⁹³ wobei dieser Aspekt im Zuge der äußerst repressiv betriebenen Machtetablierung nach 1933 weitgehend entfiel. Darüber standen Antisemitismus und der mit ihm einhergehende Rassismus, die in nahezu alle Zeugnisse der NS-Propaganda eingeflochten wurden. Auch die Aspekte der *Rassenhygiene* gehörten zu diesem Themenkomplex. Das Repertoire der NS-Propaganda war also relativ überschaubar, sie lebte von Variationen der immer gleichen Themen. Allerdings änderte sich im Lauf der Zeit mehrfach die Tonart. Insgesamt gibt es drei Phasen, in die sich die Geschichte der nationalsozialistischen Propaganda unterteilen lässt.⁹⁴ Die erste Phase, für diese Arbeit von nachrangiger Bedeutung, umreißt die Jahre der NSDAP als Oppositionspartei bis zum Januar 1933. Die zweite Phase, auf der vor allem der Fokus dieser Arbeit liegt, lässt sich als Zeit der Integrationspropaganda beschreiben. Die dritte und letzte Phase war geprägt

⁸⁸ Zitiert nach Uzulis (1995), S. 66.

⁸⁹ Frei, Schmitz (1999), S. 20.

⁹⁰ Koszyk (1972), Teil III, S. 381.

⁹¹ Dussel (2004), S. 151. Allerdings blieb Hitler der Zeitung gegenüber in der Zeit vor der Machtübernahme trotz dieser Aussage immer skeptisch eingestellt. Er selbst bevorzugte die Rede als Mittel der Agitation. Bussemer (2000), S. 15.

⁹² Hagemann (1970), S. 119ff.

⁹³ Auch wenn die NSDAP zwischenzeitlich taktische Bündnisse einging, etwa bei der Bekämpfung des Young-Plans oder in der sogenannten „Harzburger Front“ blieben letztlich fast alle Parteien der Weimarer Republik Gegner, die aufs Schärfste bekämpft wurden. „Völkischer Beobachter“ vom 03. November 1932: „Achtung! Ärzte aufgepasst! Versteckte Wahlwerbung der DNVP“.

⁹⁴ Bussemer (2000), S. 14.

durch die Kriegspropaganda des Regimes. Die letzte Phase ist allerdings kein Gegenstand dieser Untersuchung.

Die jeweiligen Phasen unterscheiden sich voneinander teilweise in der Gewichtung der beschriebenen inhaltlichen Topoi ebenso wie im Tonfall. In der ersten Phase war letzterer besonders aggressiv. Nicht ohne Grund nannte Goebbels die von ihm in dieser Zeit erstmalig herausgegebene Berliner Gauzeitung „Der Angriff“. Ihre Kernthemen waren die Auseinandersetzung mit dem innenpolitischen Gegner und dem Versailler Vertrag. Die zunehmend gewalttätig ausgetragene Konfrontation mit dem politischen Gegner nahm ebenfalls viel Raum ein. Thymian Bussemer hat von einem „permanenten ‚call for action‘ und eine[r] radikale[n] Politik der Negation“⁹⁵ geschrieben, welche die NS-Propaganda dieser Phase bestimmten. Es war die Zeit der Opposition, des Aufstiegs der NSDAP von einer kleinen Splitterpartei zur stimmenstärksten Partei im Reichstag der Weimarer Republik. Diese „Kampfzeit“ wurde in der Lesart der Nationalsozialisten als Fortschrittsgeschichte gedeutet, an deren Ende geradezu zwangsläufig die „Machtergreifung“ der Bewegung stehen musste. Ähnlich verhält es sich auch mit der Interpretation der nationalsozialistischen Pressepolitik in dieser Phase durch die parteiamtliche Geschichtsschreibung zwischen 1933 und 1945.⁹⁶

Die darauffolgende Phase sah gänzlich anders aus. Schlagartig änderte sich mit Gewinn der Regierungsmacht die Ausrichtung der Propaganda. Der politische Gegner wurde zügig ausgeschaltet, so dass er nur noch wenig Raum in der Presse einnehmen konnte. Gleichzeitig fielen auch Staat und Regierung als Feindbilder weg. Diese pressepolitische Wendung schien allerdings einigen Propagandafunktionären schwerzufallen.⁹⁷ In der Frühphase des „Dritten Reiches“ herrschte innerhalb der NS-Bewegung noch kein absoluter Konsens über die Ausrichtung des neu zu gestaltenden Staates. Während Hitler bereits früh den Schulterchluss mit den alten Eliten, vornehmlich Industriellen, Militärs und dem Staatsapparat, suchte, beharrten besonders die SA und ihre Führung auf einer Fortführung der revolutionären Umgestaltung des Staates. Gegenstand des Streites war hierbei vor allem die Auslegung des Begriffs „Sozialismus“ im Namen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Einen radikalen Schnitt brachte in dieser Auseinandersetzung der sogenannte „Röhm-Putsch“ Anfang Juli 1934, in dessen Verlauf die Führung der NSDAP um Adolf Hitler die revolutionär gestimmte, innerparteiliche Konkurrenz um SA-Chef Ernst Röhm und verschiedene Gegenspieler aus dem rechts-konservativen Lager ausschalten ließ.⁹⁸ Nunmehr konnte sich die NSDAP ohne Widerstand aus den eigenen Reihen auf die Integration des deutschen Volkes in ihr neues „Drittes Reich“ konzentrieren. Entsprechend wurde die Propaganda bereits in der Phase der Machtkonsolidierung 1933 etwas „zahmer“ im Ton; richtiggehend staatstragend waren Tonfall und Themenwahl dann im Anschluss an die Ereignisse vom Juli 1934. Gleichwohl blieb sie in der

⁹⁵ Bussemer (2000).

⁹⁶ Dussel (2004), S. 156.

⁹⁷ Darauf weist das Beinahe-Verbot des NS-Blattes „Der Stürmer“ von 1935 hin, Oschinski (2009), Band 3, S. 442.

⁹⁸ dazu u.a.: Longerich (1999).

Formulierung ihrer Kernbotschaften, der antisemitisch-rassistischen Hetze gegen „Plutokratie“ und „Bolschewismus“, ihrem aggressiven Tonfall treu.⁹⁹

Die dritte Phase, die Zeit der Kriegspropaganda, setzte bereits vor Kriegsbeginn ein, um die Bevölkerung unauffällig auf das Kommende vorzubereiten. In dieser Zeit wurde die Agitation der NS-Bewegung wieder aggressiver und knüpfte damit an die Tradition vor 1933 an.¹⁰⁰ Dieser Zeitraum wird in der vorliegenden Arbeit allerdings keine Berücksichtigung finden. Die großen gesundheitspolitischen Maßnahmen, die öffentlichkeitswirksam propagiert werden konnten, waren zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend durchgesetzt; anstehende Aktionen wie der Verbrechenkomplex der „Euthanasie“ fanden unter Ausschluss der (medialen) Öffentlichkeit statt.

3.1.1 Vor 1933

Das Propagandamittel der ersten Wahl war, besonders in der Phase vor 1933, die politische Rede. Hitler und Goebbels, die Führungspersonen, die die NS-Propaganda sicherlich am meisten prägten, sahen im gesprochenen Wort das wichtigste Medium ihrer Botschaften.¹⁰¹ Sie verwiesen dabei u. a. auf den Sozialdemokraten Bebel und Kommunisten Lenin, ohne deren Agitation der Marxismus nie seine politische Wirkung erzielt hätte.¹⁰² Auch Aufmärsche, ja selbst Bilder, sei es auf Plakaten oder in Zeitschriften wie dem „Illustrierten Beobachter“, besaßen für die NS-Führung einen höheren propagandistischen Stellenwert als das geschriebene Wort.¹⁰³ Rationalität und das Moment des Intellektuellen waren aus Sicht der nationalsozialistischen Agitatoren und Propagandisten Aspekte, die dem geschriebenen Wort anhaften. Deren Ablehnung verschaffte dem geschriebenen Wort einen schweren Stand innerhalb der NS-Propaganda. Dies sahen selbst führende Parteimitglieder wie Robert Ley¹⁰⁴, seinerseits Herausgeber des „Westdeutschen Beobachters“, so.¹⁰⁵

Dessen ungeachtet waren Zeitungen unverzichtbar für die angestrebte Breitenwirkung der NS-Propaganda im Deutschen Reich, denn „Zeitungsleser waren Mitte der zwanziger Jahre die Nutzer von Massenmedien schlechthin“¹⁰⁶. Diese Bedeutung war bei aller Skepsis auch der NS-Führung bewusst, wie das oben erwähnte Hitler-Zitat über die Zeitung als Wecker belegt. Zwar musste die nationalsozialistische Pressearbeit inhaltlich den Bedürfnissen der Partei und ihrem Verständnis von Propaganda angepasst werden, aber die Notwendigkeit einer eigenen Presse wurde nicht bezweifelt. Und so wurden Zeitungen schon früh erworben oder neu gegründet. Die erste Zeitung im Besitz der Partei war der „Völkische Beobachter“, den die NSDAP 1920 gekauft hatte.¹⁰⁷ Er wurde zum Markenzeichen nationalsozialistischer Pressepropaganda und blieb bis zum Ende des *Dritten Reiches*

⁹⁹ Dies belegt eindrucksvoll die Durchsicht der Bestände des „Westdeutschen Beobachters“ und des „Völkischen Beobachters“. U.a.: „Völkischer Beobachter“ vom 21.Juni1933: „Das Verbot der S.P.D.: Wohlverdientes Ende der marxistischen Landesverräterpartei“.

¹⁰⁰ Dussel (2004), S. 176ff.

¹⁰¹ Frei, Schmitz (1999), S. 20ff.

¹⁰² Paul (1990), S. 49.

¹⁰³ Paul (1990), S. 133ff. und 146ff.

¹⁰⁴ Klee (2013), S. 370.

¹⁰⁵ Paul (1990), S. 180.

¹⁰⁶ Uzulis (1995), S. 67.

¹⁰⁷ Vgl. u.a. Dussel (2004), S. 154ff.

die bedeutsamste Zeitung der NSDAP, wenn auch bei weitem nicht die einzige. In ihrer Frühzeit war sie auf München und schon vor dem Putschversuch der Partei im November 1923 auch auf ganz Bayern zugeschnitten. Mit der Zeit wurde sie durch eine „Reichsausgabe“, eine Berliner und eine Norddeutsche Ausgabe erweitert. Bevor aber der „Völkische Beobachter“ diese überregionale Reichweite erreichte und quasi zum Zentralorgan der Partei werden konnte, waren bereits zahlreiche Partei- oder parteinahe Zeitungen auf Lokal- und Regionalebene gegründet worden. Hier ist die Unterscheidung mitunter nicht leicht zu treffen. Zudem muss immer wieder darauf verwiesen werden, dass eine große inhaltliche Diversität bei den der NS-Bewegung zugeschriebenen Blättern festzustellen ist.¹⁰⁸ Einige kleinere Blätter, von denen es während der Weimarer Republik zahlreiche gab, verbreiteten Propaganda und Ideologie der Partei, ohne im Besitz der NSDAP oder eines Parteimitglieds zu sein. Eine zentrale Steuerung der Propaganda, für die die Nationalsozialisten später bekannt waren, ist für die Zeit vor der „Machtergreifung“ noch nicht festzustellen. Dies ist insofern eine wichtige Erkenntnis, als bis heute die suggestive Erscheinungskraft der NS-Propaganda ihre tatsächliche Wirkungsfähigkeit bei weitem übersteigt. „Der Erfolg der NS-Propaganda, ihre Verführungskraft und Unwiderstehlichkeit ist ein Mythos, der tief in der deutschen Nachkriegsgeschichte verwurzelt ist.“¹⁰⁹ Zu diesem Bild trugen die Nationalsozialisten vor allem selbst bei, die nach der „Machtergreifung“ ihre eigene Propaganda in der Rückschau weitaus konsistenter und zielgerichteter darstellten als sie tatsächlich gewesen war.¹¹⁰ Vielmehr erscheint es so, dass zahlreiche Gauleiter und andere Herausgeber von NS-Zeitungen das Medium nutzten, um im Dunst der ohnehin nur unscharf konturierten NS-Ideologie auch ihre eigenen Ansichten zu vertreten.¹¹¹ Auch zeichnete sich die nationalsozialistische Zeitungslandschaft in der Zeit vor der sogenannten „Machtergreifung“ durch eine hohe Fluktuation aus. Immer wieder wurden neue Blätter gegründet und alte, oftmals aus wirtschaftlichen Gründen, eingestellt. Ökonomisch rentabel konnten die meist nur in geringer Auflage erscheinenden Zeitungen aus dem Umfeld der NSDAP selten herausgebracht werden. Um Kontinuität und Wirtschaftlichkeit zu stärken, setzte mit dem Beginn der 1930er Jahre eine zunehmende Zentralisierungstendenz innerhalb der nationalsozialistischen Presselandschaft ein. Zahlreiche Lokalausgaben wurden entweder eingestellt oder um einen überregionalen Mantel ergänzt.¹¹² Da aber nach wie vor immer noch weitere Kleinstzeitungen gegründet wurden, erreichte die Summe aller NS-Presserzeugnisse ihren höchsten Stand erst im November 1932 mit 219 Einzelorganen.¹¹³ Man kann also mehr als deutlich erkennen, dass die nationalsozialistische Presse in der sogenannten „Kampfzeit“ eine große regionale Vielfalt entwickelte. Dabei bestimmten primär die Ambitionen einzelner Gauleiter oder untergeordneter Instanzen das Erscheinungsbild der jeweiligen Zeitung, so dass neben den

¹⁰⁸ Stein (1987), S. 52ff.

¹⁰⁹ Bussemer (2000), S. 6.

¹¹⁰ Bussemer (2000).

¹¹¹ Dussel (2004), S. 156. Als Bsp. auch: Frei (1980), S. 101ff. über den Gauleiter Hans Schlemm und sein Engagement für die NS-Presse.

¹¹² Bei einer solchen Ausgabe wird nur der regionale Teil von einer lokalen Redaktion verfasst, während der Rest von einer überregionalen Ausgabe zur Verfügung gestellt wird. Vgl. Faulstich (2004), S. 363.

¹¹³ Dussel (2004), S. 157.

klassischen Themen der NSDAP, auf die später noch im Detail eingegangen wird, auch regionale Themen bzw. regionale Perspektiven auf überregionale Themenkomplexe Berücksichtigung finden konnten. Dies zeigt sich auch am Beispiel des hier behandelten „Westdeutschen Beobachters“, der dem Gauleiter des Gauess Rheinland, Robert Ley, im Vergleich zu anderen NS-Politikern ähnlicher Prominenz, immer wieder breiten Raum für seine Artikel gab.¹¹⁴

Bei der Analyse der nationalsozialistischen Presse vor 1933 muss selbstverständlich auch ihre Zielgruppe bedacht werden. Die Presse der Weimarer Republik war allgemein sehr stark an politischen Parteien oder Gruppierungen ausgerichtet, unabhängige Berichterstattung kein Charakteristikum der damaligen Zeitungslandschaft. Von über 4.000 Zeitungen, die 1932 im Deutschen Reich erschienen, waren über 2.000 deutlich einer bestimmten politischen Richtung zuzuordnen.¹¹⁵ Die Zahl der Klein- und Kleinstzeitungen, die nur sehr ausgesucht, das heißt sehr tendenziös über die politischen Vorgänge im Land berichteten, muss noch einmal deutlich höher ausgefallen sein.¹¹⁶ Es ist daher wenig verwunderlich, dass die politisch stark eingefärbte Berichterstattung sich in erster Linie an Unterstützer und Sympathisanten der entsprechenden Parteien, Verbände und Gruppierungen wandte. Daher kann man für die NS-Presse vor 1933 konstatieren, dass auch sie zuvorderst eine Binnenwirkung entfalten sollte. Sie war als „Kampfpresse“ an die eigene Partei- und Organisationsbasis gerichtet.¹¹⁷ Die Leserschaft erhielt über die Zeitungslektüre Einblick in die jeweils aktuellen politischen Vorgänge aus Sicht der eigenen Partei und zugleich die Argumentationsmuster für die eigene Agitation im persönlichen und beruflichen Umfeld an die Hand gegeben. Dies wiederum kam der nationalsozialistischen Propagandaidee von der Wirkkraft des gesprochenen gegenüber dem geschriebenen Wort entgegen. Während die eigene Mitgliedschaft durch die NS-Presse bekräftigt werden konnte, reduzierte die Formierung als „Kampfpresse“ im Gegenzug den Wirkungsradius der Blätter.¹¹⁸ Was an Rhetorik und Aufmachung bei der eigenen Gefolgschaft verfiel, konnte etwas weniger nationalsozialistisch orientierte Zeitgenossen schnell verunsichern. Aggressive Aufmachung und ein ebenso aggressiv geführtes Wort vermochten selbst nationalistische Kreise zu verschrecken. Es lässt sich also festhalten, dass der Wirkungsradius der NS-Presse in der sogenannten „Kampfzeit“ eher gering war.¹¹⁹ Dies ist ein interessanter Befund, vergleicht man ihn mit dem Mythos einer in ihrer Suggestionkraft kaum zu überschätzenden NS-Propaganda, der sich, ausgehend von der

¹¹⁴ Die Durchsicht des „Westdeutschen Beobachters“ ergab hier den Eindruck, dass Robert Ley auch in der Zeit nach 1933 besonders präsent war. Reden von ihm wurden ebenso abgedruckt, wie politische Kommentare. Das unterstreicht noch einmal die durchaus vorhandene regionale Prägung der NS-Presse, auch noch in Zeiten der inhaltlichen Monopolisierung durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.

¹¹⁵ Storek (1972), S. 28f.

¹¹⁶ Dussel (2004), S. 130.

¹¹⁷ Dussel (2004), S. 158.

¹¹⁸ In der Anfangsphase der NSDAP gab es bezüglich dieser Ausrichtung der Presse als reiner „Trommlerpresse“ Widerspruch von Gregor Strasser, der demgegenüber eine vollwertige nationalsozialistische Presse forderte. Letztlich siegte die von Hitler bevorzugte „Trommlerpresse“ im internen Richtungsstreit über die NS-Pressepolitik. Heidenreich/Neitzel (2010), S. 277.

¹¹⁹ Paul (1990), S. 145.

nationalsozialistischen Selbstdarstellung während der Jahre nach dem Ende des *Dritten Reiches* als Rechtfertigungsmuster für individuelles Fehlverhalten im *Dritten Reich* herausbilden sollte.¹²⁰

Abschließend lässt sich zur Geschichte der NS-Presse vor 1933 sagen, dass die Nationalsozialisten die parteieigenen Zeitungen als durchaus wichtiges Instrument betrachteten, sowohl auf dem Weg zur Macht, als auch bei ihrer Erhaltung – gemäß dem Diktum Joseph Goebbels‘, demzufolge galt: „Wer die Presse hat, der hat die öffentliche Meinung. Wer die öffentliche Meinung hat, der hat Recht. Wer Recht hat, der kommt in den Besitz der Macht.“¹²¹ Die stete Zunahme an parteinahen oder -eigenen Zeitungen unterstreicht dies. Der in späteren Jahren so bedeutsame Organisationsgrad der nationalsozialistischen Propaganda zeigte sich in der Pressepolitik zu dieser Zeit allerdings noch nicht.¹²²

3.1.2 Nach 1933

Nach dem 30. Januar 1933 stand der Propaganda der NSDAP ein inhaltlicher Wandel bevor. Vom revolutionären Angriff auf das System musste sie nach der Konsolidierung des Regimes in ruhigeres Fahrwasser wechseln, zur Regierungspresse des neuen Staates werden.¹²³ Mit der Gründung des *Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda* am 13. März 1933, also nur wenige Tage nach der letzten Wahl im März 1933, wurden die Weichen für die künftige Pressepolitik des *Dritten Reiches* gestellt. Das betraf nicht nur die Zeitungen, die den Nationalsozialisten bisher kritisch gegenübergestanden hatten, bei ihnen war der Wandel nur offensichtlicher.

Das Regime praktizierte die Gleichschaltung der deutschen Presselandschaft vor allen Dingen mithilfe der Übernahme von Zeitungen durch nationalsozialistische Pressetrusts und von Verboten.¹²⁴ Zunächst wurden Zeitungen und Druckereien der linken Gegner des Regimes zerschlagen. Dabei konnte das Regime auf juristische Mittel zurückgreifen, die bereits in der Spätphase der Weimarer Republik geschaffen worden waren.¹²⁵ Bei der Zerschlagung konnte sich das noch junge Regime außerdem auf die Zustimmung weiter, vor allem konservativer Kreise in der Bevölkerung verlassen.¹²⁶ Gebäude und Ausrüstung gingen meist in den Besitz nationalsozialistischer Zeitungen über, die so ihre eigene betriebliche Basis erheblich verbessern konnten. Den Lesern der zerschlagenen Zeitungen blieb somit nur die Wahl, auf ihre Zeitung zu verzichten oder die zu lesen, die es gab und deren Ausrichtung ihrer bisherigen Zeitung oftmals diametral entgegensand.¹²⁷

¹²⁰ Beispielhaft ist hier die Formulierung: „Zielsicher lenkte Goebbels diese tiefe Bereitschaft zur Gläubigkeit an ein politisches Wunderkind auf Hitler.“ Irsfeld (1974), S. 30. Insgesamt starke Mythologisierung der eigenen Kampfzeit, auch mit Blick auf spätere Ausrichtung der gesamten Presse in Deutschland am NS-Vorbild. Hagemann (1970), S. 115ff.

¹²¹ Joseph Goebbels, zit. nach Stein (1987), S. 75.

¹²² Stöber (2005), S. 253.

¹²³ Bussemer (2000), S. 17.

¹²⁴ Heidenreich/Neitzel (2010), S. 278.

¹²⁵ Fischer (1981), S. 100.

¹²⁶ Dussel (2004), S. 164.

¹²⁷ Das Wechselverhalten dieser Lesergruppe und ihre Rezeption der neuen Presselandschaft sind bisher ein Desiderat. Erkennbar wird bei Stöber, dass das Wechseln von der gewohnten Zeitung zu

Die verbesserte betriebswirtschaftliche Lage katapultierte die NS-Presse auf einen Schlag auf ein wirtschaftlich vergleichbares, in einigen Regionen sogar stabileres Niveau als das der verbliebenen bürgerlichen Konkurrenz. Um deren Wirtschaftlichkeit stand es vielfach, besonders jenseits der größeren Städte, sehr schlecht. Der deutsche Zeitungsmarkt war stark regional und inhaltlich zersplittert.¹²⁸ Die wenigsten Blätter erreichten noch nennenswerte Auflagen oder eine größere Reichweite. Viele formal unabhängige Kleinzeitungen bezogen ihre Inhalte bald außerdem von größeren, zentral gesteuerten Nachrichtenagenturen. Zudem waren nur die wenigsten tatsächlich überlebensfähig.¹²⁹ Während sich die NS-Presse also durch die Aneignung der kommunistischen und sozialdemokratischen Presseeinrichtungen aus den wirtschaftlichen Tiefen der provinziellen Kleinzeitungslandschaft erheben konnte, veränderten sich die ökonomischen Umstände für die übrige, meist konservative Kleinpresse nicht.

Die liberalen Zeitungen sahen sich mit vergleichbaren Problemen wie ihre linke Konkurrenz konfrontiert. Auch sie wurden mit Verboten überzogen und schließlich Stück für Stück gleich- oder ausgeschaltet. Aber nicht nur auf die offenkundigen Gegner des neuen Regimes blieb dieser Prozess beschränkt. Auch die Anfangs sympathisierenden konservativen Blätter sahen sich unter Druck gesetzt. Über ihr Schicksal ist bereits in zahlreichen Publikationen geschrieben worden.¹³⁰

Manche der großen konservativen Blätter blieben zwar erhalten, publizierten unter neuer Leitung aber letztlich auch nur NS-Propaganda. Insgesamt durften nur wenige Zeitungen als Feigenblatt des Regimes und unter dessen wachsamen Augen selbständig bleiben.¹³¹ Zudem forcierten die Nationalsozialisten nach 1933 zunehmend eine Marktberreinigung. Immer mehr Blätter wurden, teils freiwillig, teils unter Druck, in NS-Pressetrusts integriert. Diese Konzentration der deutschen Medienlandschaft erreichte 1944 ihren Höhepunkt, wobei die kriegsbedingten Einschnitte im Pressewesen, etwa durch Personal Kürzungen und gezielt genutzte Papierknappheit diesen Prozess beschleunigten.¹³²

Wichtig zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, dass unter den Nationalsozialisten die Zahl der Zeitungen in Deutschland insgesamt erheblich zurückging.¹³³ Wirtschaftlicher und politischer Druck führten zu einer immer größeren Konzentration der Medien in wenigen Händen. Am Ende des *Dritten Reiches* war die direkte Kontrolle der NSDAP über die deutsche Zeitungslandschaft nahezu total.

Doch nicht nur auf wirtschaftlichem Wege wurde versucht, die Presselandschaft den Bedürfnissen der nationalsozialistischen Herrschaft anzupassen. Gerade in der Frühphase des *Dritten Reichs* war auch das zeitweilige Verbot von Presseerzeugnissen insbesondere liberaler, aber auch konservativer Ausrichtung ein praktisches Mittel der Disziplinierung unbotmäßig empfundener Zeitungen. Diese Maßnahmen waren allerdings keine Erfindung der Nationalsozialisten; vielmehr griffen sie auch hier auf bestehende Strukturen der Wei-

einer neuen eine gewisse Zeit dauerte, da sich die verkauften Zeitungen pro Tag nach dem Einbruch 1933 nur zögernd erholten. Stöber (1998), S. 83.

¹²⁸ Stöber (1998), S. 77.

¹²⁹ Dussel (2004), S. 129.

¹³⁰ Vgl. u.a. Segeberg (2009).

¹³¹ Pürer/Raabe (2007), S. 99.

¹³² Heidenreich/Neitzel (2010), S. 279.

¹³³ Fraenkel/Manvell, (1995), S. 199, Stöber (2005), S. 160.

marer Republik zurück. Waren früher gerade nationalsozialistische Zeitungen häufig Adressat solcher Verbote gewesen,¹³⁴ kehrten nun die neuen Machthaber die Stoßrichtung um und verboten ihrerseits die Organe und Sympathisanten der politischen Konkurrenz. Wie bei den Notverordnungen konnten die Nationalsozialisten auch hier auf systeminterne Instrumente zurückgreifen, um die letzten demokratischen Relikte der Weimarer Republik auszuschalten.

Allerdings war Pressekontrolle mittels Verbot ein sehr offensichtliches Machtinstrument. Eine verbotene Zeitung konnte Fragen nach dem verbotenen Inhalt aufwerfen und deutete auf gesellschaftlichen Dissens hin. In der von den Nationalsozialisten propagierten *Volksgemeinschaft* blieb für solchen Dissens allerdings kein Raum.¹³⁵ Hierfür diente das Schriftleitergesetz vom Oktober 1933, das ab dem 1. Januar 1934 gültig war.¹³⁶ Es veränderte in vielerlei Hinsicht die Strukturen im Pressewesen des Deutschen Reichs. Erstmals wurde die Zugangsberechtigung zum Beruf des Journalisten eingeschränkt. Während eine solche Einschränkung als Instrument zur Steigerung von Qualität und Prestige eine unter Journalisten aller Couleur ursprünglich noch positiv diskutierte Idee gewesen war,¹³⁷ wies das Schriftleitergesetz in eine andere Richtung. Zwar musste eine einjährige Berufsausbildung nachgewiesen werden, aber nicht die Qualität der Ausbildung stand im Mittelpunkt des Gesetzes, sondern politische und rassische Exklusionseffekte. Politische Zuverlässigkeit und „arische Abstammung“ mussten bei der Reichspressekammer ebenso angegeben werden. Die Mitgliedschaft in der Reichspressekammer, die im Fall ihrer Aufhebung notgedrungen auch ein Berufsverbot für den Betroffenen bedeutete, brachte zudem jeden Journalisten unter die direkte Kontrolle des Propagandaministeriums, das seinerseits der Reichspressekammer vorstand.¹³⁸ Organisatorisch besaß das Ministerium von Joseph Goebbels nun Zugriff auf die Laufbahn jedes Journalisten im Reich. Die Zahl derjenigen, die ihren Beruf als Journalisten in diesem System nicht mehr fortsetzen konnten, fiel allerdings erstaunlich gering aus. Nach der Ausschaltung der linken Presse und Entlassung der jüdischen Deutschen aus dem Zeitungswesen hatte sich die Mehrzahl der verbliebenen Journalisten offenbar bereits schnell angepasst.¹³⁹

Das Schriftleitergesetz beinhaltete aber noch eine weitere Komponente, die man mit dem Bild einer „Schiere im Kopf“ der Redaktion veranschaulichen kann. Das Gesetz definierte die Verantwortlichkeiten im Zeitungswesen neu. In erster Linie war der Schriftleiter nun nicht mehr Angestellter einer politisch wie auch immer ausgerichteten Zeitung oder des besitzenden Verlags, sondern nahezu zwangsläufig ein Propagandist des Nationalsozialismus. Das wurde dadurch deutlich, dass ihm und nicht dem Verleger die Verantwortlichkeit für den Text in der Zeitung übertragen wurde. Damit fiel, was immer er schrieb oder schreiben ließ, auch auf ihn zurück. Die Bereitschaft zu kontroversen Artikeln sank damit erwartungsgemäß. Die Vorzensur fand also bereits im Kopf des jeweiligen (Chef-)Redakteurs statt, die Aufgabe der Zensoren im Propagandaministerium wurde

¹³⁴ Der „Völkische Beobachter“ wurde insgesamt 34-mal verboten. Vgl.: Makowski (1996), S. 33.

¹³⁵ Hagemann (1970), S. 51.

¹³⁶ Fischer (1981), S. 101; Abel (1968), S. 29f., Stöber (2005), S. 150.

¹³⁷ Dussel (2004), S. 163.

¹³⁸ Vgl.: Wulf (1989), S. 27ff.

¹³⁹ Etwa 10% der bisherigen Journalisten wurden „entfernt“ (vermutlich ohne KPD und SPD), Frei/Schmitz (1999), S. 28 und Segeberg (2009), S. 30.

entsprechend leichter. Gleichzeitig entzog die NS-Regierung den Verlegern auf diese Weise die Macht zur inhaltlichen Gestaltung der Zeitung. Der Regierungsstandpunkt bekam nun per Gesetz für jeden einzelnen Redakteur einen deutlich höheren Stellenwert als ihn die Meinung des Verlegers haben konnte. Diese Vorzensur verringerte die Notwendigkeit, bereits gedruckte Zeitungen zu verbieten und damit die Aufmerksamkeit der *Volksgenossen* auf diese zu lenken. Die redaktionelle Vorzensur erleichterte die geräuschlose Verwandlung aller (legalen) deutschen Zeitungen zu „Botschaftern“ des Regimes.

Alle staatlichen Maßnahmen, die zur Regulierung der Presse im Sinne des Regimes erlassen wurden, galten selbstverständlich auch für die parteieigenen Zeitungen. Die bereits oben geschilderte Diversität der verschiedenen Parteiorgane und ihre vielfach deutlich von den Interessen einzelner Parteifunktionäre geprägte Berichterstattung waren den Zielen des Propagandaministeriums abträglich. Dem Wunsch nach einem Gleichklang in der Presse ohne Monotonie standen diese partikulär geprägten Zeitungen entgegen. Dies bedeutete, dass auch nationalsozialistische Zeitungen teilweise erst mit Verbotserlassen unter zentrale Kontrolle des Propagandaministeriums gebracht werden konnten.¹⁴⁰ Als störend für die NS-Staatsführung erwies sich dabei gerade in den ersten Jahren der starke Einfluss der SA auf zahlreiche NS-Organen. Diese war mit dem Ergebnis der „nationalen Revolution“ bisher unzufrieden, und SA-spezifische Rubriken in vielen Parteizeitungen besaßen ein gefährliches Propagandapotenzial. Die umfangreiche Berichterstattung und die benannten Rubriken reduzierten sich dementsprechend im Gefolge des sogenannten „Röhm-Putsches“ sukzessive. Aber auch regionale Prägungen in der Berichterstattung mussten in Einklang mit den Vorgaben des Propagandaministeriums gebracht werden. Dieser Prozess war offenbar nicht ohne Reibungsverluste vorstattengegangen.¹⁴¹

Ein weiteres wichtiges Instrument der zentralen Steuerung der Berichterstattung waren die tägliche Pressekonferenz der Reichsregierung und die hiermit einhergehenden Presseanweisungen des Propagandaministeriums. War durch die Übertragung von linken Zeitungs- und Druckereibetrieben die NS-Presse gestärkt geworden, wurde hier der verbliebenen „bürgerlichen“ Presse die NS-Rhetorik in die Feder diktiert. Aber auch die NS-Zeitungen wurden auf die Einhaltung von Sprachregelungen der NS-Presseanweisungen eingeschworen. Die Pressekonferenzen waren ein bewährtes Instrument, das aus der Weimarer Republik übernommen worden war. Allerdings wurde die Stoßrichtung dieser Einrichtung in ihr Gegenteil verkehrt. Ursprünglich gedacht als Fragestunde für Journalisten gegenüber der Regierung, wurde die Konferenz unter den Nationalsozialisten zu einem Ort des Befehlsempfangs der Journalisten. Goebbels war der Ansicht, dass man die Presse nicht nur informieren, sondern auch instruieren müsse.¹⁴² Zentral wurde nun vorgegeben, was geschrieben werden sollte, was die Machthaber in den Zeitungen lesen wollten und was auf gar keinen Fall angesprochen werden sollte. Zugleich wurden auch das

¹⁴⁰ „Er werde jetzt schärfer gegen „die Radaupresse“ vorgehen, schrieb Goebbels am 6. Dezember 1936 in sein Tagebuch und dachte dabei keineswegs nur an „bürgerliche“, sondern auch an nationalsozialistische Zeitungen – nicht zum ersten Mal.“, Frei/Schmitz (1999), S. 96.

¹⁴¹ Ein Beispiel ist das in der Reichspressekonferenz angekündigte zeitweise Verbot des „Stürmers“, das letztlich aber nicht umgesetzt wurde. Vgl. Dazu Bohrmann, Band 3/1 1935, S. 442; dazu auch: Frei/Schmitz (1999), S. 98 und Abel (1968), S. 58f.

¹⁴² Reuth (2000), S. 273.

Publikationsverhalten von Zeitungen thematisiert,¹⁴³ Lob und Tadel verteilt. Schärfste Waffe in diesem Spiel war der Ausschluss einzelner Redakteure oder Zeitungen von der Konferenz. Da die Inhalte strengster Geheimhaltung unterlagen und die verteilten Informationen ebenfalls noch einmal in verschiedene Kategorien von Verschlussachen unterteilt waren,¹⁴⁴ kam ein Ausschluss von der Konferenz einem Ausschluss vom politischen Informationsfluss gleich.

Im Zusammenhang mit der Bedeutung der Pressekonferenz wuchs auch die ohnehin schon steigende Bedeutung von Nachrichtenbüros, die „wichtige“ Meldungen an Kleinzeitungen ohne eigenes Hauptstadtbüro und damit Konferenzvertretung weiter- und somit zugleich vorgaben.¹⁴⁵ Analog zu den Nachrichtendiensten des Medienimperiums von Alfred Hugenberg, der über dieses Medium mehr oder weniger offen seine politische Meinung vor 1933 mit dem firmeneigenen Dienst „Telegrafenuion“ kleineren deutsche Zeitungen in die Feder diktiert hatte, griffen nun die Nationalsozialisten auf dieses Mittel zurück. Schon zuvor war das Wolffsche Telegraphen-Büro sukzessive von Nationalsozialisten unterwandert worden.¹⁴⁶ Nun wurden mehrere dieser Nachrichtenbüros und Telegraphendienste zusammengelegt, was deren Reichweite ebenso steigerte wie auch die Möglichkeit, Meldungen im Sinne der NS-Regierung zu kontrollieren.¹⁴⁷ Geschickt wurde so eine offensichtliche, weil direkte Kontrolle der Presse durch die Nationalsozialisten vermieden. De Facto war der Nachrichtenfluss allerdings bereits vollständig bereinigt, wenn er bei den formal unabhängigen Zeitungen eintraf. Sie konnten nur mehr in eigenen Worten die Meinung der Regierung wiedergeben. Der Nachrichtenzufluss zu den kleinen und de jure teilweise noch unabhängigen Zeitungen war somit ebenfalls unter direkter Kontrolle des Propagandaapparats.

Am Ende dieser Entwicklung stand ein inhaltlicher und sprachlicher Gleichklang in der deutschen Zeitungslandschaft, denn die Presse hatte „auf jedem Gebiet der menschlichen Betätigung oder auch nur menschlicher Interessen der Arbeit der Führung [zu] dienen.“¹⁴⁸ Dies war schließlich so offenkundig, dass selbst der Urheber dieser Monotonie, Propagandaminister Joseph Goebbels, diesen Zustand beklagte.¹⁴⁹ Damit war der eigentliche Wunsch der Propagandisten nach einer sowohl effektiven als auch hochwertigen und abwechslungsreichen Propagandapresse gescheitert.

Bis in die späten 1930er Jahre blieb die Presse aber „nur“ gleichgeschaltet und war im Gegensatz zu Rundfunk und Film nicht im direkten Besitz des Staates.¹⁵⁰ Insofern gilt bei der Betrachtung der Ergebnisse der NS-Pressepolitik auch die treffende Zusammenfassung: „Manches mochte wie der kalkulierte Einsatz von ‚Zuckerbrot und Peitsche‘ erscheinen und war doch nur unausgegorene Politik.“¹⁵¹ Und doch blieb von der einst plura-

¹⁴³ Wulf (1989), S. 81ff.

¹⁴⁴ Weitergabe konnte als Geheimnisverrat und damit eine Landesverratsklage bedeuten, Frei/Schmitz (1999), S. 30f.

¹⁴⁵ Vgl. dazu: Uzulis (1995).

¹⁴⁶ Reuth (2000), S. 273.

¹⁴⁷ Stöber (2005), S. 134f.

¹⁴⁸ Storek (1972), S. 25.

¹⁴⁹ Heidenreich/Neitzel (2010), S. 306, Kessemeier (1967), S. 28.

¹⁵⁰ Oschinski (2009), S. 9.

¹⁵¹ Frei/Schmitz, (1999), S. 29.

listischen Presselandschaft in Deutschland nur die gleichtönende Wiedergabe der NS-Propaganda übrig. Lediglich in Einzelfällen war es ausgewählten Blättern, deren Wirkung außerhalb Deutschlands in die Kalkulationen des Propagandaministeriums einfluss, möglich, die Wiedergabe der Propaganda rhetorisch etwas abzuschwächen.¹⁵² Aber auch hier war kein wirklicher Widerspruch zu finden, die angedeutete Liberalität der Presselandschaft lediglich ein Täuschungsmanöver der NS-Propaganda. Ein zentrales Ziel der NS-Propagandisten konnte zum Ende des *Dritten Reiches* jedenfalls erreicht werden: die „Monopolisierung und totalitäre Beherrschung der öffentlichen Kommunikation“¹⁵³. Es muss allerdings einschränkend bemerkt werden, dass die Monopolisierung der Presse zwar den Einfluss der Partei totalisierte, diese Macht aber nicht in den Händen eines einzelnen Funktionärs gebündelt war. Gerade in der Anfangsphase des *Dritten Reiches* gab es immer wieder Versuche lokaler Parteifunktionäre, eigene „Hofzeitungen“ zu installieren, die allerdings schon nach kurzer Zeit unterbunden wurden.¹⁵⁴ Vielmehr galt das von den Nationalsozialisten bekannte Kompetenzchaos maßgeblich auch für die Pressepolitik.¹⁵⁵ Vermutlich kann auch hier von einem mehr oder weniger durchdachten Chaos die Rede sein.¹⁵⁶

Während des Untersuchungszeitraums waren drei Protagonisten maßgeblich für die Ausgestaltung der nationalsozialistischen Pressepropaganda zuständig. Die tägliche publizistische Arbeit der Zeitungen wurde in erster Linie von Otto Dietrich, dem Reichspresseschef der NSDAP bestimmt, nicht etwa von Joseph Goebbels, dem Reichspropagandaleiter der Partei und zuständigen Fachminister. Dietrich war als Reichsleiter und Presseschef der NSDAP innerhalb der Partei mit Goebbels gleichgestellt. Als Staatssekretär im Reichspropagandaministerium war er in der dortigen Bürokratie zwar dem Minister unterstellt, konnte ihm aber durch seinen engen Kontakt zu Hitler Einfluss auf die Presse streitig machen.¹⁵⁷

Joseph Goebbels war als Reichspropagandaminister formal oberste Instanz bei der Vermittlung der nationalsozialistischen Ideologie. Durch Dietrich an einer vollständigen und direkten Kontrolle der Presse gehindert, agierte er in inhaltlichen Fragen der Zeitungspropaganda vor allem über die von ihm geführte Zeitung „Angriff“ und später auch über die Wochenzeitschrift „Das Reich“. Die Grundlinien der Propaganda wurden aller Konkurrenz zum Trotz von seinem Ministerium diktiert.¹⁵⁸

Das Kompetenzgerangel wurde noch durch einen dritten Mitbewerber verstärkt, in Gestalt von Max Amann, dem Direktor des mächtigen Eher-Verlags und Verbandsvorsitzenden des „Reichsverbands der Deutschen Zeitungsverleger“. Da er auch die Tantiemen von Hitlers „Mein Kampf“ verwaltete, besaß er gute Kontakte zum Staatschef. Er war zudem Reichsleiter für die Parteipresse und damit innerhalb der Partei ebenfalls auf einer Stufe mit den anderen beiden Pressefunktionären.¹⁵⁹

¹⁵² Als Beispiel sei hier die „Frankfurter Zeitung“ genannt, Pürer/Raabe(2007), S.99.

¹⁵³ Frei/Schmitz (1999), S. 23.

¹⁵⁴ Frei/Schmitz (1999), S. 97.

¹⁵⁵ Hagenmann (1948), S. 327.

¹⁵⁶ Abel (1968), S. 69.

¹⁵⁷ Oschinski (2009), S. 19, Makowski (1996), S. 19f.

¹⁵⁸ Makowski (1996), S. 17.

¹⁵⁹ Makowski (1996), S. 18.

Diese polypolitische Machtverteilung blieb in ihren Grundzügen bis zum Ende des *Dritten Reiches* bestehen.¹⁶⁰ Teilweise entstand ein „Kleinkrieg der Presseanweisungen“¹⁶¹ Hier machte sich das Nebeneinander von Partei- und Staatsfunktionen bemerkbar. Die relativ gleichmäßige Machtverteilung der Protagonisten innerhalb der Partei überformte die deutlich hierarchischere Positionierung im Staatsapparat und hebelte diese letztlich aus. Goebbels totaler Zugriff auf die Pressearbeit in seiner Funktion als Reichspropagandaminister wurde durch die gleichwertige Reichsleiterstellung seiner Konkurrenten durchkreuzt. Vor allem die grundlegenden Linien der Propaganda bestimmte aber das Reichsministerium.

3.2 Medizin in den NS-Medien

Medizin und Gesundheitspolitik wurden während der Herrschaft der Nationalsozialisten nicht nur in den Tageszeitungen als Thema behandelt. Vielmehr galt es aus Sicht der NSDAP und ihrer Funktionäre, die Ideen der *Rassenhygiene*, aber auch andere, vor allem für die *Volksgesundheit* wichtige Aspekte öffentlich zu propagieren, denn die „Gesundheitspolitik zählte zu den Kernbereichen nationalsozialistischer Gesellschaftspolitik“¹⁶² Waren die Mittel vor der Machtübernahme vor allem auf Tageszeitungen, Flugblätter und Plakate fokussiert, so eröffnete sich nach 1933 der Zugriff auf weitere Medien. Und so wurde das volle Potenzial an Propagandamitteln ausgeschöpft, um die Bevölkerung medial auf die Ideen und Maßnahmen des Regimes einzustimmen. Hierbei gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass nicht allein die Tageszeitung als Medium für den Transport gesundheitspolitischer Botschaften diente. Hierzu gilt es, schlaglichtartig die nationalsozialistische Filmpolitik mit gesundheitspolitischem Themenbezug sowie die diesbezügliche Publikationspraxis im Medium der Zeitschrift, aber auch die Bedeutung weiterer Medien zu beleuchten. Zuvor ist aber noch die Bedeutung der nationalsozialistischen Gesundheits- bzw. *Rassenpolitik* als Aspekt der NS-Propaganda zu erläutern.

Ein zentrales Element der Gesundheitspolitik im Nationalsozialismus war die Frage der *Rassenhygiene*. Die Zuspitzung vieler medizinischer Themen auf Fragen der *Volks-* bzw. *Rassegesundheit* zeigen sie als Kernelement der zeitgenössischen Medizin. Entsprechend liegt auch der Fokus der Betrachtung anderer Medien auf diesem Themenkomplex.

Bereits 1933 schrieb ein arrivierter *Rassenhygieniker*, Walter Gross¹⁶³, über die nun anstehende Propagandaaufgabe und formulierte hierzu einige Grundideen. Seiner Ansicht nach sollte die Propaganda sich nicht darauf konzentrieren, Wissen zu vermitteln, sondern vielmehr die Basis „einer neuen seelischen Haltung“¹⁶⁴ zu bilden. Faktenwissen war seiner Meinung nach entbehrlich. Die Notwendigkeit der *Rassenhygiene* und die Förderung von gesundem Nachwuchs sollte durch den Einsatz aller Propagandamittel des Staates transportiert werden: „Insbesondere bedarf es der einsichtsvollen Mitarbeit der Presse, des Rundfunks und des Films.“¹⁶⁵ Die Verbreitung der Ideologie unter weite Bevölkerungs-

¹⁶⁰ Pürer/Raabe (2007), S. 102, Stöber (1998), S. 172f.

¹⁶¹ Wilke (2009), S. 488.

¹⁶² Stüb (2003), S. 12.

¹⁶³ Klee (2013), S. 203-204.

¹⁶⁴ Gross, nach Makowski (1996), S. 69.

¹⁶⁵ Gross, nach Makowski (1996), S. 69.

kreise wurde von den Protagonisten, wie etwa Gross als essenziell angesehen: Man dürfe „nicht müde werden, immer wieder das Grundlegende den Gemütern einzuhämmern“¹⁶⁶ Dabei schien den Akteuren das Erreichen der Bevölkerung und nicht nur der medizinischen Akteure als ein besonders wichtiges Ziel. Emotionen statt Fakten lautete in diesem Zusammenhang die Devise.¹⁶⁷ Damit stand die Bewerbung der nationalsozialistischen *Rassenhygiene* ganz in der Tradition der üblichen Propaganda, die ebenfalls mehr auf Emotion denn auf Verstand und auf Schlagwort statt auf differenzierte Auseinandersetzung setzte.¹⁶⁸ Zudem unternahm die NS-Propaganda den Versuch einer indirekten soziale Kontrolle: „Weniger Überzeugung als Verhaltensanpassung war intendiert.“¹⁶⁹ Auch in den Presseanweisungen wurde ausdrücklich auf die Bedeutung des Themas *Rassenhygiene* hingewiesen: „Es soll keine Woche vergehen, in der das Thema nicht zur Sprache kommt.“¹⁷⁰ Dass man Kommunikationsbedarf in dieser heiklen Frage sah, zeigt der große propagandistische Aufwand im Vorfeld des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, besonders durch Flugblätter, Ausstellungen, aber auch Beiträge in Fach- und Tageszeitungen¹⁷¹, was im konkreten Fall aber noch zu untersuchen ist. Da die Zahl der vom Gesetz Betroffenen nur schwer abzuschätzen war und das Gesetz im Gegensatz zu den antisemitischen Maßnahmen jener Jahre quasi in die Mitte der Gesellschaft zu zielen drohte, sah man sich auf Seiten der Nationalsozialisten gezwungen, alle anstehenden Maßnahmen in diesem Politikfeld propagandistisch zu untermalen. Die Motive waren dabei sehr vielfältig und zielten, wie bereits dargelegt, auf emotionale Manipulation. Die Darstellung der staatlichen Maßnahmen als „echtes Werk christlicher Nächstenliebe“¹⁷² sollte die grausame Wirklichkeit der Zwangssterilisationen verschleiern. Auch wurde die Reichweite des Gesetzes absichtlich nicht thematisiert und so der Umstand verschwiegen, dass im Sinne der Nationalsozialisten erhebliche Teile der deutschen Gesellschaft sterilisiert werden sollten.¹⁷³

Inwieweit entsprechende Ideen ihre praktische Umsetzung fanden, wird mit Blick auf den „Westdeutschen“ und den „Völkischen Beobachter“ zu analysieren sein.

3.2.1 Film

Um das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ für die Öffentlichkeit zu plausibilisieren, wurden im Jahr seines Inkrafttretens die deutschen Lichtspielhäuser mit dem notwendigen Propagandamaterial ausgestattet.¹⁷⁴

Neben dem Theater¹⁷⁵ war das Kino ein wichtiger Träger der *erbgesundheitspolitischen* Propaganda, die auf dem Weg der Unterhaltung Eingang in die Köpfe der *Volksgenossen* finden sollte. Beispiele für dieses Filmgenre waren „Sünden der Väter“ oder „Abseits vom

¹⁶⁶ Makowski (1996), S. 100.

¹⁶⁷ Makowski (1996), S. 101.

¹⁶⁸ Kessemeier (1967), S. 29.

¹⁶⁹ Kundrus (2005), S. 98.

¹⁷⁰ Bohrmann, Bd. 1 1933, 21.09.1933, S. 121.

¹⁷¹ Bock (1986), S. 90.

¹⁷² Projektgruppe „Volk und Gesundheit“ Dokument 19, S. 147f., zitiert nach: Rost (1987), S. 27.

¹⁷³ Mühlberger (2005), Bd. 2, S. 62.

¹⁷⁴ vgl. dazu u.a.: Benzenhöfer/Eckart (1990), Proctor (2002); Schmidt (2002).

¹⁷⁵ Makowski (1996), S. 152.

Wege“¹⁷⁶. Auch dokumentarisch gehaltene Machwerke widmeten sich dem Thema *Erbgesundheits*. So wurden in der Wochenschau herabwürdigende Filmaufnahmen aus sogenannten Idiotenanstalten gezeigt, die das Elend der dortigen Bewohner als Argument für staatliche Maßnahmen zur *Erbgesundheits* in Stellung brachten.¹⁷⁶

3.2.2 Zeitschriften

Eine pointierte Meinung zu Medizin und Gesundheitspolitik im nationalsozialistischen Sinne, wurde in der NS-Fachpresse, wie etwa den Blättern des NSDÄB, sowohl vor als auch nach 1933 offen diskutiert. Während die Öffentlichkeit durch positive Berichterstattung¹⁷⁷ und durch Emotionalisierung dem Thema *Rassenhygiene* näher gebracht werden sollte, dominierten hier mehr oder weniger wissenschaftliche Fakten. Auch wurden die Zielsetzung und der Umfang der Maßnahmen deutlicher diskutiert.

Nicht nur die Fachpresse widmete sich medizinischen Fragen. Auch in thematisch weniger beschränkten Zeitschriften wie dem SS-Organ „Das Schwarze Korps“ wurden solche Themen dem Leser aus nationalsozialistischer Sicht dargelegt. In erster Linie handelte es sich hier um Beiträge, die sich dem Thema *Erbgesundheits* verschrieben hatten. Sie waren auf Emotionalisierung ausgerichtet, schilderten besonders auffällige Beispiele für „Erbkrankheiten“ und illustrierten diese mit zahlreichen Fotos.¹⁷⁸

3.2.3 Sonstige Medien

Insbesondere das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und das Thema *Erbgesundheits* wurden auch jenseits von Zeitung, Zeitschrift und Film thematisiert. Für lediglich 10 Pfennig konnte sich der interessierte *Volksgenosse* mit einer kurzen Darstellung aus der Feder des Propagandaministeriums sowohl über den Gesetzestext und die erste Durchführungsverordnung als auch deren ideologische Begründung informieren. Sie wurde über die Partei aber auch an den Schaltern der Reichspost verkauft und erreichte einen Absatz von etwa 10 Millionen Stück bis 1934.¹⁷⁹ Das Interesse war offenbar groß, ob zustimmend oder ablehnend kann hier nur gemutmaßt werden. Auch die Zeitschrift „Neues Volk“, herausgegeben vom *Rassepolitischen Amt der NSDAP*, erreichte eine Auflage von etwa 300.000 Stück und unterstrich somit das Interesse an *Erbgesundheits*- und *Rassefragen*. Ein unter demselben Namen herausgegebener Kalender war mit einer Auflagenhöhe von ca. 800.000 Stück ebenfalls ein weitreichendes Medium für den Transport nationalsozialistischer Gesundheitsvorstellungen.¹⁸⁰

Neben schriftlicher Propaganda für das Feld der NS-Medizin gab es auch Ausstellungen, die sich diesem Themenkomplex widmeten. Insbesondere die *Rassenhygiene* war mit Wanderausstellungen in zahlreichen deutschen Städten präsent, so auch im Untersuchungsraum Aachen.¹⁸¹

¹⁷⁶ Nowak (1984), S. 69, Seipolt (1995), S. 32.

¹⁷⁷ Makowski (1996), S. 69f.

¹⁷⁸ Nowak (1984), S. 72.

¹⁷⁹ Rost (1987), S. 27, Makowski (1996), S. 151.

¹⁸⁰ Nowak (1984), S. 71.

¹⁸¹ „Westdeutscher Beobachter“ vom 16. Februar 1934: „Kampf der Krankheit“.

4. Die NS-Zeit in Aachen – Ein kurzer Überblick

Bei der Analyse des „Westdeutschen Beobachters“ ist nicht nur die nationalsozialistische Medienpolitik zu berücksichtigen, sondern auch das politische, soziale und kulturelle Umfeld, in dem Zeitung und redaktionelle Arbeit entstanden.

Der „Westdeutsche Beobachter“ gliederte sich in zwei Abschnitte, den lokalen und den Mantelteil. Während der Mantelteil sowohl von den Besonderheiten und Vorkommnissen in der Gaumetropole Köln als auch von regional bedeutsamen Einflüssen bestimmt wurde, ist die lokale Ausgabe in ihrer Prägung durch die Umstände, in denen sich die NS-Bewegung in Aachen wiederfand, zu verstehen. Daher soll nachfolgend ein kurzer Abriss einerseits die wirtschaftliche und soziokulturelle Prägung der Region Aachen, andererseits die Entwicklung der örtlichen NSDAP und ihrer Unterorganisationen während des Untersuchungszeitraums erläutern.

4.1 Die Region Aachen

Die Stadt Aachen und ihr Umland waren zwischen 1930 und 1935 ein stark industrialisierter Raum. Landwirtschaft oder der tertiäre Sektor¹⁸² spielten eine untergeordnete Rolle. Vor allem textil- und metallverarbeitende Unternehmen sowie der Bergbau prägten das Wirtschafts- und Arbeitsleben in Stadt und Kreis seit Jahrzehnten, was eine stetige Zuwanderung von Facharbeitern gefördert hatte. So hatte sich die Region um Aachen zu einem dicht besiedelten Raum entwickelt, wobei insbesondere die Bevölkerungsdichte des Landkreises für preußische Verhältnisse außergewöhnlich hoch war.¹⁸³

Die Zusammensetzung der Bevölkerung war dabei heterogen: Während im Norden mit der Erschließung weiterer Gruben neue Bevölkerungsgruppen zuzogen, war der Süden bereits seit langem industrialisiert und erlebte im 20. Jahrhundert keinen starken Zuzug mehr. Die Region war also in Zugezogene und Alteingesessene aufgeteilt, zwei Gruppen, die schwerpunktmäßig in unterschiedlichen Bereichen der Region zu Hause waren.¹⁸⁴

Die Wirtschaftsentwicklung der Region war im Gefolge des Ersten Weltkrieges und der damit verbundenen Besatzungszeit nur schwach bis krisenhaft geblieben. Die Grenzverschiebung in Folge der Niederlage und die verschlechterte Anbindung an das übrige Deutsche Reich führten selbst in den „Goldenen Zwanzigern“ nur zu einer geringen Erholung.¹⁸⁵ Der Lebensstandard der Bevölkerung, insbesondere derjenigen in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen, sank in der Zeit zwischen den Weltkriegen im Vergleich zur Vorkriegszeit tendenziell ab.¹⁸⁶

Aachen war überdies aber auch eine Stadt mit einer langen heilkundlichen Tradition. Schon seit den Zeiten der Römer wurden die warmen Wasserquellen der Stadt für medizinische Zwecke genutzt. Diese Tradition des Heilbads lebte auch im Untersuchungszeitraum

¹⁸² Dies umfasst Dienstleistungsgewerbe, wie etwa Friseur/e ebenso wie Verwaltungsdienstleistungen, etwa auch Gerichte und Behörden.

¹⁸³ Jaud (1997).

¹⁸⁴ Jaud (1997), S. 79.

¹⁸⁵ Kirschgens/Spelsberg (1983), S. 10.

¹⁸⁶ Jaud (1997), S.107f.

fort. Zahlreiche Abhandlungen beschreiben die Bäderkultur in Aachen und insbesondere die illustren Gäste, die von jenen heißen Quellen in die Stadt gelockt wurden. Der Zeit des Nationalsozialismus wird in solchen Abhandlungen, abgesehen von der Beschreibung der Kriegszerstörungen, aber kein Raum gegeben.¹⁸⁷

Neben der Heilbadkultur, die die heilkundliche Kompetenz in Aachen über Jahrhunderte gefördert hatte, war die Stadt im 20. Jahrhundert auch in schulmedizinischer Hinsicht ein Versorgungszentrum für die Region des westlichen Rheinlandes. Innerhalb der Stadt existierten zahlreiche Krankenhäuser und medizinische Betriebe, unter ihnen die Städtischen Krankenanstalten und konfessionelle Einrichtungen wie das evangelische Luisenhospital¹⁸⁸ und das katholische Franziskushospital. Hinzu kamen noch ein Krankenhaus im Stadtteil Forst und das Kranken- und Entbindungshaus Emmichstraße.¹⁸⁹ Als Folge der Eingemeindung Burtscheids im Jahre 1897 gehörten außerdem die traditionsreichen Bäderanlagen des Stadtteils und Einrichtungen wie das ebenfalls katholische Marienhospital zur medizinischen Versorgungslandschaft in der Stadt Aachen.

Im Laufe des Untersuchungszeitraums wurden die medizinischen Einrichtungen vor Ort erweitert und ausgebaut, wenngleich der Ausbau im Vergleich zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ins Stocken geraten war.¹⁹⁰ Auch die fachliche Spezialisierung und Differenzierung in den Krankenhäusern nahm im Lauf der Zeit stetig zu. Im Untersuchungszeitraum wurden verschiedene Fachabteilungen in den Krankenanstalten neu eingerichtet und verstärkten den Charakter Aachens als medizinisches Zentrum der Region.¹⁹¹

Darüber hinaus war Aachen auch im nicht-klinischen Bereich der regionale Mittelpunkt der medizinischen Versorgung. Auch in Zahl und fachlicher Ausdifferenzierung war die niedergelassene Ärzteschaft in Aachen bedeutender als im Umland. All dies führte dazu, dass Aachen eine signifikante medizinische Kompetenz und Tradition vorzuweisen hatte, die die Stadt von dem nahezu ausschließlich industriell geprägten Umland abhob.

Stadt und Land Aachen waren katholisch „bis ins Mark“. Die Stadt gehörte zu den konfessionell homogensten Großstädten im Deutschen Reich.¹⁹² Mehr als 91 Prozent der Bevölkerung in der Region waren katholisch, nur 7 Prozent protestantisch und lediglich 1,2 Prozent „gemeinschaftslos“. Man kann also insgesamt von einem hohen religiösen Organisationsgrad bei der Einwohnerschaft ausgehen.¹⁹³

Die gesamte Sozialisation fand somit in einem stark katholisch geprägten Zusammenhang statt, der Einfluss und die gesellschaftliche Durchdringung von kirchlichen und kirchennahen Verbänden waren groß. Hinzu kam, dass die Aachener Katholiken zu großen Teilen durch die von der Kanzel beworbene Zentrumsparterie auch politisch gebunden waren.¹⁹⁴ Dennoch lässt sich feststellen, dass seit Mitte und stärker am Ende der 1920er Jahre der direkte Einfluss auf die Bevölkerung zu schrumpfen begann und sich die konfes-

¹⁸⁷ Dazu u. a.: Arens (1926); de Assis Mendonça (2010), Bousack (1996), Fischer (1964).

¹⁸⁸ Zur Geschichte des Hauses ohne die Zeit des Nationalsozialismus: Simons (1992).

¹⁸⁹ Kühl (2011), S. 23.

¹⁹⁰ Poll (1965), S. 345, S. 348-350.

¹⁹¹ Kühl (2011), S. 21-34.

¹⁹² Kühl (2011), S. 29.

¹⁹³ Jaud (1997), S. 93ff.; Gasten (1993), S. 19f.

¹⁹⁴ Jaud (1997), S. 181ff.

sionellen Bindungen, vor allem in politischer Hinsicht, zu lockern anfangen.¹⁹⁵ Dies war vor allem in den Landkreisgebieten mit relativ starkem Zuzug und einer damit einhergehend weniger stark ausgeprägten traditionellen Verankerung in den Kirchen spürbar.¹⁹⁶

Dies zeigte sich insbesondere in den Wahlergebnissen der späteren Weimarer Jahre. Tonangebend in der Stadt wie auch auf dem Land war nach wie vor die Zentrumspartei. Ihr gelang es, trotz leichten Verlusten, ihre dominierende Stellung bis in das Jahr 1933 aufrechtzuerhalten. Der Rückhalt in der Arbeiterschaft ließ allerdings spürbar nach. Auch in Aachen begannen Arbeiter, vor allem die nicht in katholischen Arbeitervereinen sozialisierten und organisierten, Parteien links des Zentrums zu wählen. Die Stimmen fielen dabei im Lauf der Zeit zunehmend an die KPD, während die SPD an Einfluss verlor.¹⁹⁷ Die KPD war seit Mitte der 1920er Jahre besonders im Landkreis stark geworden. Der Organisationsgrad, den die Partei hier erreichte, wurde im Rheinland nur noch von demjenigen in Köln übertroffen.¹⁹⁸ Durch die deutlichen Gegensätze zwischen dem antikommunistischen Zentrum und der kirchenfeindlichen KPD, entstand hier eine leidenschaftlich gepflegte Feindschaft, die das auf Reichsebene herannahende Unheil der nationalsozialistischen Machtübernahme in den Hintergrund treten ließ. Auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten war an eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien nicht zu denken.

Wie schlug sich diese politische Lagerbildung in den Wahlen am Ende der Weimarer Republik nieder? Die NSDAP blieb in der Kommunalvertretung Aachen-Land und auch in der Stadtverordnetenversammlung im Vergleich mit dem restlichen Reichsgebiet schwach vertreten. Sie konnte nur leichte Gewinne einfahren. So war sie etwa bei den Wahlen zum Preußischen Landtag im April 1932 in Aachen-Stadt/Land zweitstärkste Partei, rutschte aber im Juli desselben Jahres bei der dortigen Reichstagswahl wieder auf den dritten Platz ab.¹⁹⁹ Selbst bei der schon von der Machtübernahme geprägten und keinesfalls als frei zu bezeichnenden Wahl im März 1933 blieb sie zweitstärkste Kraft hinter dem Zentrum. Auch fiel die Schwäche der Arbeiterparteien in Aachen geringer aus als im Reichsdurchschnitt.

Dominierende Kraft in der Weimarer Zeit und bei der Wahl im März 1933 sowohl in der Stadt als auch im Landkreis blieb das Zentrum, auch wenn es im Verlauf der Jahre geschwächt worden war.²⁰⁰ Auch nach der Machtübernahme gab es oppositionelle Anzeichen, insbesondere sichtbar bei den zahlreichen Plebisziten, die die NSDAP veranstaltete. Häufig wurden diese auf die katholische Prägung zurückgeführt, so unter anderem auch im Falle der nachlassenden „Wahlerfolge“ der NSDAP bei Abstimmungen 1934. Dies lässt sich aber nur schwer verifizieren und wird durch den Umstand konterkariert, dass die NSDAP zeitgleich bei Abstimmungen in einem Ordensschwesterkrankenhaus eine hohe Zustimmung fand.²⁰¹ Nebenbei sei bemerkt, dass es bei den Abstimmungen 1936 sowohl

¹⁹⁵ Jaud (1997), S. 184f.

¹⁹⁶ Kirschgens/Spelsberg (1983), S. 28; Jaud (1997), S. 61.

¹⁹⁷ Jaud (1997), S. 108.

¹⁹⁸ Jaud (1997), S. 297f.

¹⁹⁹ Poll (1965), S. 340.

²⁰⁰ Kirschgens/Spelsberg (1983), S. 23 und Gasten (1993), S.25f.

²⁰¹ Jaud (1997), S. 577.

kritische Notizen von links wie auch aus dem katholischen Lager auf den Stimmzetteln gab.²⁰²

Durch die starke katholische Prägung der Region Aachen waren Konflikte zwischen Kirche und NS-Organisationen vorprogrammiert.²⁰³ Diese ergaben sich in der Zeit vor 1933 vornehmlich aus der direkten Konfrontation von NSDAP und Zentrumspartei, die wiederum direkt von der katholischen Kirche mit Wahlempfehlungen unterstützt wurde. Der parteipolitische Konkurrenzkampf wurde so auch zu einem Kampf zwischen NSDAP und Katholizismus.²⁰⁴ Dieser Konflikt verschärfte sich bis zur Machtübernahme durch die NSDAP kontinuierlich. Nach dem 30. Januar 1933 startete die Kirche allerdings rasch Bemühungen, sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren. Der unüberwindliche Gegensatz Katholik – Nationalsozialist, den beide Seiten zuvor gepredigt hatten, trat zunehmend in den Hintergrund.²⁰⁵ Das Reichskonkordat setzte unter diese Verständigung den Schlusspunkt.²⁰⁶ Dennoch gab es weiterhin Konflikte. Dabei handelte es sich allerdings in erster Linie um „Rückzugsgefechte“ der katholischen Kirche. Sie versuchte nach dem Verbot aller politischen und freien Jugendorganisationen neben der Hitlerjugend ihre bedeutsame Stellung im Bereich der Jugendarbeit zu behaupten. Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen mit der Hitlerjugend und später auch staatlichen Stellen führten zur schrittweisen Zurückdrängung der Kirche aus den jugendpolitischen Belangen.²⁰⁷

Die Presselandschaft in der Region Aachen erlebte in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wie alle anderen Regionen innerhalb des Reichgebietes auch eine Welle der Gleichschaltung und Zerschlagung von oppositionellen Presseorganen. Nach der Unterdrückung der linken Presse folgte die Anpassung der verbliebenen Zeitungen an die Richtlinien des Systems, namentlich des *Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda*. Eine Ausnahme bildete hier, wie auch andernorts die lokale Kirchenzeitung. Diese versuchte sich einige Jahre erfolgreich als religiöses und unpolitisches Blatt dem Zugriff des Regimes zu entziehen.²⁰⁸ Unter diesem Deckmantel konnte bis Mitte der 1930er Jahre auch vereinzelt und vorsichtig Kritik geübt werden. Diese Kritik bezog sich zumeist auf bestimmte Maßnahmen staatlicher Behörden und ihre Eingriffe in das katholische Kirchenleben. Über diese Äußerungen in eigener Sache hinaus wurde keine offene Kritik geäußert. Allerdings publizierte das Kirchenblatt 1935 auch Schätzungen zu den Betroffenen der Sterilisationspolitik im Deutschen Reich, was dem nationalsozialistischen Regime keinesfalls gefiel, sollten solche Zahlen doch unter Verschluss bleiben.²⁰⁹ Zur Frage der Zwangssterilisationen nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ bezog, wie viele andere katholische Kirchenblätter auch, das Aachener Blatt immer Stellung, unge-

²⁰² Jaud (1997), S. 578ff.

²⁰³ Zu den ideologischen Auseinandersetzungen vgl. u.a.: Baumgärtner (1977).

²⁰⁴ Anders sehen dies Kirschgens/Spelsberg (1983): Sie konstatieren den Versuch der Nationalsozialisten, sich mit der Kirche zu arrangieren bereits für die Zeit ab 1929. Gleichwohl trafen diese Bemühungen auf wenig Gegenliebe. ebenda, S. 58f.

²⁰⁵ Schulte/Sardoc (2010), S. 39.

²⁰⁶ Kirschgens/Spelsberg (1983), S. 133-140.

²⁰⁷ Jaud (1997), S. 586-594; Kösters (1997), S. 101-106; Gatz (1988).

²⁰⁸ Brecher (1988), S. 24.

²⁰⁹ Vgl. Presseanweisung vom 24.Mai 1935, in: Bohrmann, Bd. 3/1, S. 316.

achtet dessen, dass sie per Rundschreiben aufgefordert wurden, dies zu unterlassen.²¹⁰ Die Autoren des Artikels zum Umfang der Zwangssterilisationen vermuteten für den Zeitraum bis 1935 eine Größenordnung von ca. 180.000 bis 200.000 durchgeführten Sterilisationen, was vor dem Hintergrund des offiziellen Schweigens über Zahlen bereits durchaus als Kritik gelesen werden kann.²¹¹

Insgesamt konzentrierten sich die Konflikte der Aachener NS-Repräsentanten mit Vertretern und Organen der Kirche aber auf das zentrale Problem des Konflikts zwischen Kirche und Staat: die Frage nach dem Zugriff auf die Menschen in Deutschland.²¹² Dies zeigten auch die Reaktionen der Machthaber auf die Aktivitäten der Kirche.²¹³ So wurde die Aachener Kirchenzeitung vom „Westdeutschen Beobachter“ als eifrig gegen das Regime polemisierend eingeschätzt.²¹⁴ Spezifisch katholisch war an diesen Konflikten vor allem, dass sich mit dem organisierten Katholizismus eine der letzten funktional noch intakten Organisationen im Ringen mit dem Nationalsozialismus befand, die ebenfalls einen totalen Zugriff auf die Lebenswelt des einzelnen Menschen beanspruchte.²¹⁵ Dass der Konflikt mit dem Katholizismus länger dauerte als beispielsweise der mit der Sozialdemokratie, die ebenfalls große Teile der Lebenswirklichkeit ihrer Mitglieder prägte, ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die katholische Kirche durch das Reichskonkordat über einen gewissen Rückzugsraum und eine bescheidene „Rechtssicherheit“ verfügte.

Aber nicht nur der Katholizismus sperrte sich in den ersten Jahren nach der Machtübernahme gegen die nationalsozialistische Vereinnahmung seiner bisherigen Hochburg. Auch die in der Region starken Kommunisten versuchten noch bis 1936, vor allem durch Flugblattaktionen, dem NS-Regime eine schlagkräftige Oppositionsarbeit entgegenzusetzen. Zwar profitierten sie von der Grenznähe, die den Schmuggel von Propagandamaterial erleichterte, dennoch waren die letzten KP-Strukturen 1936 endgültig zer schlagen.²¹⁶

Man kann also festhalten, dass sich das NS-Regime in der Region Aachen zu Beginn seiner Herrschaft zwei untereinander zutiefst verfeindeten Oppositionsgruppen gegenüber sah²¹⁷, von denen mit der katholischen Kirche eine auch bis zum Ende des Untersuchungszeitraums noch erheblichen Einfluss auf die Bevölkerung ausüben konnte.²¹⁸ Dies schlug sich auch im „Westdeutschen Beobachter“ nieder: Eine stete, oftmals polemische Diffamierung von sogenannten Nörglern lässt auf die Existenz kritischer Stimmen in der Region schließen.²¹⁹ Diese kritischen Stimmen beziehen sich offenbar nicht auf die markanteste Maßnahme der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik: die Sterilisationen im

²¹⁰ Seipolt (1995), S. 23.

²¹¹ Brecher (1988), S. 36.

²¹² Haupts (1992), S. 622.

²¹³ Kösters (1997), S. 87-124.

²¹⁴ Brecher (1988), S. 37.

²¹⁵ Schulte/Sardoc (2010), S. 40.

²¹⁶ Jaud (1997), S. 625-637.

²¹⁷ Dass die katholische Kirche besonders auf der linken Seite den Feind wahrnahm zeigt u. a. auch, dass diese im Buch „Erinnerungen rheinischer Seelsorger“ als erste Gefahr für die Kirche der 30er Jahre genannt werden und die Nationalsozialisten an zweiter Stelle folgen. Gatz (1988), S. 4.

²¹⁸ Vgl. dazu: Gasten (1992), S. 133-159.

²¹⁹ Jaud (1997), S. 585.

Rahmen des „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“. Die sozialrassistische Auslese von Teilen der Bevölkerung und ihre Sterilisation wurden offenbar, wie anderenorts auch, von großen Teilen der Bevölkerung geduldet (oder toleriert).²²⁰ Anders verhält es sich da mit den Medizinern in Aachen. Hier ergibt sich ein vielschichtiges Bild, das von eifrigster Durchsetzung mit der nationalsozialistischen *Erbgesundheitslehre* bis hin zur Ablehnung solcher Ideen und der Verweigerung aktiver Teilnahme an ihrer Umsetzung reicht.²²¹

Reserviert blieb die Bevölkerung der Region dem neuen Regime gegenüber sicherlich auch, weil die Wirtschaft sich hier weniger schnell von der Krise der frühen 1930er Jahre erholte als im Rest des Reiches.²²² Dennoch fügten sich auch in Aachen besonders die gesellschaftlichen Eliten schnell in den neuen Gleichschritt ein, den die deutsche Gesellschaft spätestens seit den Märzahlen von 1933 annahm.²²³

4.2 Die NSDAP und NS-Organisationen in der Region Aachen

Die Beschreibung der Region Aachen im vorangegangenen Kapitel zeigt deutlich, dass die NSDAP dort zunächst einen schweren Stand gehabt musste. Die klassische Klientel der Partei, das sogenannte Kleinbürgertum, war größtenteils katholisch organisiert, die Arbeiterschaft wählte erst häufig sozialdemokratisch, später kommunistisch.²²⁴ Dennoch griff die NSDAP nach der Neugründung der Partei 1925 von der Stadt Aachen ausgehend immer weiter auf die Region über. Trotz einer relativ schwachen Mitgliederbasis war sie in Aachen und Umgebung bald spürbar präsent.²²⁵ Die Mitgliederzahl blieb in Aachen auch vor dem Hintergrund der reichsweiten Wahlerfolge und des stetigen Aufstiegs der Partei in der Spätphase der Weimarer Republik nach wie vor überschaubar. Wie bereits erwähnt, konnte die Partei bei den Wahlen mit den reichsweiten Gesamterfolgen nicht Schritt halten. In der Arbeiterregion des westlichen Rheinlandes legte die NSDAP 1928 einen schwachen Start hin. Das nun einsetzende Stimmenwachstum bis 1930 war zwar erwähnenswert, aber schon 1932 gab es einen ersten Rückgang, während die KPD Stimmen hinzu gewinnen konnte.²²⁶ Auch interne Querelen der NSDAP vor Ort waren für die Wahlerfolge hinderlich: Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Partei und SA, die durch eine zeitweilige Personalunion in der Leitungsposition zu Vorwürfen von Korruption führten, ließ bürgerliche Wähler zögern.²²⁷ Erfolgreicher als die Partei war die SA. Die Studie zum Landkreis Aachen in der Zeit des Nationalsozialismus stellt heraus, dass „[d]ie Wachstumsquote der SA [...] jedenfalls den Mitgliederzuwachs der Parteiorganisation bei weitem übertroffen zu haben[...]“²²⁸ scheint. Dennoch beeinflusste die Zusammensetzung der SA auch die personelle Zusammensetzung der Partei. So wundert es auch nicht, dass die starke Stellung der SA in der Region den Anteil der Arbeiter in der re-

²²⁰ Jaud (1997), S. 653-658.

²²¹ Dazu: Kühl (2011).

²²² Haupts (1992), S. 619.

²²³ Kirschgens/Spelsberg (1983), S. 75-110.

²²⁴ Haupts (1992), S. 612.

²²⁵ Jaud (1997), S. 231f.

²²⁶ Jaud (1997), S. 244f.

²²⁷ Gasten (1993), S. 35f. und Haupts (1992), S. 613.

²²⁸ Jaud (1997), S. 247.

gionalen NSDAP über den reichsweiten Durchschnitt hob. Nach Schätzungen der lokalen Polizeibehörden lag deren Anteil z. B. in der im Landkreis Aachen gelegenen Gemeinde Stolberg 1932 bei über 40 Prozent.²²⁹ Die NSDAP kämpfte in der Region also insbesondere mit der KPD um Stimmen, während ihr aufgrund ihres Auftretens das bürgerliche Lager mit dessen starker Zentrumsbindung lange Zeit verschlossen blieb.

Dies änderte sich im Jahr der nationalsozialistischen Machtübernahme. 1933 brachte auch für die Partei in Aachen und Umgebung eine explosionsartige Expansion. Im Örtchen Merkstein stieg die Zahl der Mitglieder beispielsweise von 38 Ende Januar 1933 auf 473 Anfang Mai desselben Jahres.²³⁰ Zwar dauerte es in der Stadt bis nach den Märzahlen, ehe die NSDAP breite Schichten erreicht, doch dann nahmen die Einwohner die neuen Verhältnisse an; im Juli 1933, beim Besuch Hermann Görings in der Stadt, war Aachen mindestens nach außen hin bereits eine durch und durch nationalsozialistische Stadt.²³¹

Dies zeigt auch die Verschiebung der sozialen Skala in der Mitgliedschaft der NSDAP nach dem 30. Januar 1933: Deutlich mehr Beamte als im Bevölkerungsdurchschnitt vertreten waren, zählten nun zu den Parteigenossen. Hierbei muss es sich nicht ausschließlich um Opportunisten gehandelt haben, denn in den Jahren vor der Machtübernahme war es ihnen aus beamtenrechtlichen Gründen nicht erlaubt, der NSDAP beizutreten. Auch der Arbeiteranteil in der Partei wuchs bis zur statistischen Erhebung der Partei von 1939 an und verdoppelte sich beinahe im Vergleich zu der Zeit vor 1933. Ihre Zahl blieb aber im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung sehr gering. Diese Diagnose trifft sowohl für die Partei in der Stadt Aachen als auch im zugehörigen Landkreis zu,²³² allerdings können das starke Wachstum nach 1933 und seine soziale Komponente anhand der Parteistatistik von 1939 besonders für die Stadt Aachen nachgewiesen werden.²³³

In die entgegengesetzte Richtung weist die Entwicklung der SA. Vor der Machtübernahme war sie personell stärker als alle anderen NS-Organisationen in der Region. Auch nach 1933 blieb sie zunächst die mitgliederstärkste Gliederung der nationalsozialistischen Bewegung. Ihre Präsenz auf der Straße und ihr gewaltbereites Auftreten kosteten sie aber bei den bürgerlich-konservativen Unterstützern der neuen Ordnung in Aachen bald die ohnehin wenigen Sympathien. Entsprechend erleichtert dürften diese Kreise auch hier reagiert haben, als die Bedeutung der SA und das Engagement ihrer Mitglieder im Gefolge des sogenannten „Röhm-Putsches“, der gezielten Liquidierung missliebiger politischer Konkurrenten im Sommer 1934, ins Bodenlose sank. Illustriert wird dies besonders durch ein Beispiel aus Herzogenrath: Zu einem von der SA angesetzten Gepäckmarsch erschien 1935 keines der 80 Mitglieder. Selbst als der Sturmführer persönlich weitere Kameraden abholen wollte, ließen sich nur sechs SA-Männer herbeizitieren.²³⁴ Die Bedeutung der SA ist also auch in Aachen und Umgebung während des Untersuchungszeitraums einer stark schwankenden Konjunktur unterworfen, die in einem Absturz in die Bedeutungslosigkeit

²²⁹ Jaud (1997), S. 258.

²³⁰ Jaud (1997), S. 549.

²³¹ Haupts (1992), S. 615f.

²³² Jaud (1997), S. 552f.; Haupts (1992), S. 631.

²³³ Haupts (1992), S. 627.

²³⁴ Jaud (1997), S. 562.

endete. Vom Zugpferd der nationalsozialistischen Bewegung in Aachen entwickelte sie sich zum vernachlässigten Partei-Anhängsel.

Eine für diese Untersuchung nicht uninteressante Gliederung der NSDAP ist die *Nationalsozialistische Volkswohlfahrt* (NSV). Als soziale Organisation mit reichsweit hoher Mit-gliederzahl, spielte sie sowohl organisatorisch als auch propagandistisch eine wichtige Rolle. Durch Werbeaktionen und Beitrittsdruck erhöhte sich ihre Mitgliederzahl stetig.²³⁵ Als Wohlfahrtsorganisation war die NSV in hohem Maße an medizinischen Aktivitäten in Stadt und Kreis Aachen beteiligt. Darunter fallen Maßnahmen des „Hilfswerks Mutter und Kind“, Schutzimpfungen, Untersuchungsreihen (vor allem Röntgenuntersuchungen) und die Einrichtung von Schwesternstationen.²³⁶ All dies machte die Organisation in positiver Weise präsent. Gleichzeitig war aber auch die NSV Träger des rassistischen Gedankengutes. Darunter fiel z. B. die Propagierung und Umsetzung der *Erbgesundheits* nach Maßstäben der NS-Ideologie. Das schlug sich in der Auswahl derjenigen nieder, die von den Maßnahmen der NSV profitierten. Auch in Stadt und Kreis Aachen waren dies ausschließlich „erbgesunde“ Familien.²³⁷

Nach der Betrachtung der regionalen Besonderheiten Aachens und der örtlichen NS-Organisationen kann man festhalten, dass die lokale Parteizeitung „Westdeutsches Grenzblatt“/„Westdeutscher Beobachter“ auch mit ihrer gesundheitspolitischen Propaganda in ein sehr spezielles und nicht nur empfängliches Milieu hineinwirken musste. Partei und Region waren industriell und zu einem nicht unerheblichen Teil proletarisch geprägt. Dies schränkte eine allzu intellektuell ausgerichtete Berichterstattung von vorne herein ein. Hinzu kamen die katholische Sozialisation der Bevölkerung und die kirchliche Distanz zur *Rassenhygiene*. Andererseits existierte in der Region eine gewichtige medizinisch geschulte Bevölkerungsgruppe, die zumindest teilweise empfänglich für die biologistisch-rassistische Propaganda der Nationalsozialisten war. Auch der steigende Anteil an Beamten in der Partei nach 1933 könnte die Berichterstattung so beeinflusst haben, dass gesundheitspolitische Themen wie die sozial gefärbte Frage der *Erbgesundheits* einen nicht unerheblichen Umfang im „Westdeutscher Beobachter“ ausmachten.

²³⁵ Jaud (1997), S. 564ff.

²³⁶ Jaud (1997), S. 566.

²³⁷ Jaud (1997), S. 571.

5. Ergebnisse

5.1 Der „Westdeutsche Beobachter“ und seine Eigenschaften als Untersuchungsgut

Basis der vorliegenden Arbeit sind die Aachener Ausgaben des „Westdeutscher Beobachters“. Diese Auswahl ermöglicht einen fokussierten Blick auf die Vermittlung medizinischer und gesundheitspolitischer Themen durch die nationalsozialistische Gaupresse in der Stadt und Region Aachen. Der „Westdeutsche Beobachter“ für Aachen ist nur lückenhaft überliefert; es existieren im Untersuchungszeitraum immer wieder Phasen, die sich einer Auswertung entziehen. Da sich die Untersuchung allerdings auf die nationalsozialistische Pressepropaganda zum Themenkomplex Medizin in der Region Aachen konzentrieren soll, wäre eine Untersuchung zeitlich ergänzender Lokal- und Regionalausgaben aus anderen Teilen des Erscheinungsgebietes nicht sinnvoll. Zwar könnten die auch in der Aachener Region erschienenen Mantelartikel so mit berücksichtigt werden, die Ergebnisse insgesamt würden aber wegen der fehlenden Regionalberichterstattung im Raum Aachen verzerrt. Denn durch den Wegfall dieser Komponente ließe sich ausschließlich die überregionale Gesundheitspropaganda und Berichterstattung erfassen, was der Fragestellung dieser Arbeit zuwiderliefe. Zudem würden sich die Anteile, die medizinische Themen im regionalen bzw. im überregionalen Teil der Zeitung einnehmen, verschieben und so die Auswertung der Daten zum wichtigen Aspekt regionaler Besonderheiten in der gesundheitspolitischen Propaganda ebenfalls verfälschen. Daher konzentriert sich diese Auswertung des „Westdeutschen Beobachters“ trotz aller Einschränkungen auf die überlieferten Ausgaben des „Westdeutschen Beobachters“ in der Lokalausgabe für die Region Aachen.

Bei der im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden Zeitung „Westdeutscher Beobachter“²³⁸ handelt es sich um das amtliche Presseorgan der NSDAP für den Gau Köln-Aachen. Sie ist also nach ihrer Gründung und in den ersten Jahren im oben beschriebenen Sinn als „Kampfpresse“²³⁹ einzuordnen: eine Zeitung, deren maßgebliche Aufgabe während der Weimarer Zeit die eines „Weckers“ zur nationalsozialistischen Eroberung des Deutschen Reichs war. Nach der „Machtergreifung“ im Januar 1933 wandelte auch sie sich von der „Trommlerpresse“ zum staatstragenden Medium, dessen Ziel nun die Stabilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft war. Im Kampf um eine schlagkräftige Presse war der Gauleiter und zeitweilige Herausgeber des „Westdeutschen Beobachters“, Robert Ley, rücksichtslos auch gegenüber Parteigenossen. Für die Gaue im Rheinland gespendetes Papier leitete er an seine eigene Hauszeitung weiter und riskierte dafür innerparteiliche Konflikte.²⁴⁰ Für ihn galt es offenbar, die Macht über den Zugang zur öffentlichen Meinung um jeden Preis zu verteidigen.

Der „Westdeutsche Beobachter“ war eine der größten regionalen Parteizeitungen der NSDAP, vor 1933, danach parteiamtliches Organ und damit „Verkünder“ der offiziellen Parteilinie. Die Kölner Ausgabe erreichte 75.800 Exemplare; und mit weiteren zwölf Lokal-

²³⁸ Hierzu vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 24. Dezember 1935. Zum Problem der Quantifizierung der Gaupresse und der von ihr angegebenen Auflagenzahlen vgl. Stein (1987) S. 126ff.

²³⁹ Vgl. zum Begriff der „Kampfpresse“ Stein (1987) hier: S. 99ff.

²⁴⁰ Hüttenberger (1969), S. 64f.

ausgaben brachte es die Zeitung auf eine Gesamtauflage von 208.000 Stück.²⁴¹ Eine dieser lokalen Ausgaben entwickelte sich aus dem ehemaligen „Westdeutschen Grenzblatt“, das bereits seit 1925 als Wochenzeitung der Aachener NSDAP fungiert hatte. Seit 1930 erfuhr es seine Umwandlung zur Tageszeitung und verschmolz im bereits beschriebenen Zentralisierungsprozess der Presse im Jahr nach der Machtübertragung²⁴² mit dem auflagenstarken „Westdeutschen Beobachter“. Bereits zuvor war der überregionale Mantel der Zeitung von Köln aus gestaltet worden. Nun firmierte die Zeitung nicht länger unter einem eigenen Logo, sondern war auch offiziell ein Ableger des Kölner Gauorgans.²⁴³ Allerdings existierten weiterhin der Lokalteil für Stadt und Kreis Aachen, die wie bisher in lokaler Verantwortung entstanden.

Der „Westdeutscher Beobachter“ konnte sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wirtschaftlich solide entwickeln. Bereits im April 1933 wurde durch Einverleibung des bisherigen Druckhauses der SPD in Köln die ökonomische Basis des Blattes gestärkt.²⁴⁴ Aber nicht nur die Übertragung enteigneter Besitztümer sollte die Reichweite des Gaublattes verstärken, auch neue Leserschichten und Anzeigenkunden galt es aus Sicht der Verantwortlichen für die Zeitung zu gewinnen. Denn bisher hatte sich aus den auf mehrere Millionen angeschwollenen Wählerzahlen noch keine millionenstarke Leserschaft der nationalsozialistischen Gaupresse entwickelt.²⁴⁵ Das galt auch für den „Westdeutschen Beobachter“. Im Bereich der Anzeigenkundengewinnung waren die Methoden dabei ähnlich rücksichtslos wie die bekannten Hetzkampagnen in der Propaganda der Zeitung. Die Rede war von teils rabiatem Vorgehen gegen konkurrierende Blätter und unlauterem Geschäftsgebaren beim Abwerben von Anzeigenkunden.²⁴⁶ Auf diese Art und Weise wuchs der „Westdeutsche Beobachter“ schnell zu einer der reichweitenstärksten regionalen NS-Zeitungen im Reich. Im Jahr 1935, zwei Jahre nach der Machtübernahme, betrug die Auflage bereits 195.000 Exemplare, von denen knapp 51.000 auf Stadt und Kreis Aachen entfielen.²⁴⁷

Für die inhaltliche Ausgestaltung des „Westdeutschen Beobachters“ waren bis 1940 als Hauptschriftleiter Peter Winkelkemper und Martin Schwaebe, seit 1941 alleine Martin Schwaebe verantwortlich.²⁴⁸ Der Auftrag dieser Hauptschriftleiter war klar definiert, nicht zuletzt durch Goebbels' Interpretation der Propaganda als Mittel zur Machterringung und -erhaltung. Es galt nicht nur Lobeshymnen auf Partei, Reich und „Führer“ zu schreiben,

²⁴¹ Dussel (2010), S. 548.

²⁴² Der Wechsel des Titelblattes fand zum Jahresbeginn 1934 vom „Westdeutschen Grenzblatt“ zum „Westdeutschen Beobachter“ statt.

²⁴³ Interessanterweise wettete der Hauptschriftleiter Martin Schwaebe im Januar 1934 gegen Zeitungen, die sich als Heimatpresse ausgaben aber tatsächlich nur auf Materndienste zurückgriffen. Schon das „Grenzblatt“ mit dem überregionalen Mantel des „Westdeutschen Beobachters“ war sicherlich weniger „heimatmäßig gebunden“ als Schwaebe es forderte. „Westdeutscher Beobachter“ vom 02. Januar 1934.

²⁴⁴ Klein (1983), S. 128.

²⁴⁵ Stein (1987), S. 12.

²⁴⁶ Klein (1983), S. 129ff.

²⁴⁷ Hierzu vgl. „Westdeutscher Beobachter“ vom 24. Dezember 1935, StAA, ZTG 1-19. Zum Problem der Quantifizierung der Gaupresse und der von ihr angegebenen Auflagenzahlen Stein (1987), S. 126ff.

²⁴⁸ Schreiber/Lohmeier (2010).

sondern vielmehr auch Maßnahmen und Kampagnen der Regierung propagandistisch zu unterfüttern bzw. vorzubereiten. Darunter fiel selbstverständlich auch die Propagierung und Popularisierung von Ideologie und Gesetzen zur *Rassengesundheit*. Es stellt sich die Frage, in welcher Weise die Nationalsozialisten im „Westdeutschen Beobachter“ diese Politik thematisierten. Wie oben bereits erläutert, ist in diesem Zusammenhang zu vermuten, dass die stark katholisch geprägte Region Aachen und auch das gesamte Rheinland den Stil und den Umfang dieser Propaganda beeinflusste.²⁴⁹

Zu klären ist die Frage, ob die Redaktion des „Westdeutschen Beobachters“ auf eine latent oppositionelle Grundhaltung der Bevölkerung vor Ort, die von NS-Größen in der Region nach der Machtübernahme ausgemacht wurde²⁵⁰, mit besonders deutlicher NS-Propaganda oder mit versöhnlichen Tönen, etwa dem Auslassen von Reizthemen in der Propaganda reagierte.

Genauso gut ist es aber auch möglich, dass dabei auf besondere Befindlichkeiten der Bevölkerung ausschließlich Rücksicht genommen wurde. Vielmehr kann die Auswahl der Themen und die Art und Weise ihrer Verbreitung etwas über die Strukturen und Akteure der nationalsozialistischen Bewegung vor Ort aussagen. Man darf aber auch vermuten, dass in einer Zeitung, die sich insbesondere in ihrer Frühphase als Kampfblatt der Bewegung konzipiert war, in erster Linie Themen Beachtung fanden, die der eigenen Gefolgschaft zusagten. Theoretische Überlegungen über Politikfelder, die mit der Lebenswirklichkeit der Leser wenig zu tun hatten, werden hier vermutlich nur dann aufgetaucht sein, wenn sie für die NSDAP oder das nationalsozialistische Regime eine besonders wichtige Rolle spielten. In diesen Fällen kann man den bereits erwähnten Dreiklang „Plutokratie“, „Bolschewismus“ und „der innenpolitische Gegner“ als Tenor der Berichterstattung jenseits lokal relevanter Aspekte erwarten. Zudem bemühte sich der „Westdeutsche Beobachter“ wie der „Völkische Beobachter“ für verschiedene (Partei-)Gruppen einzelne Rubriken und Beilagen in seinen Ausgaben zu etablieren. Diese erschienen fortlaufend, aber in variierenden Zeitabständen. Zielgruppen waren etwa die Hitlerjugend, Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront (DAF) oder, besonders vor 1934, die SA. Die Propagierung der eigenen Bewegung und ihrer Aktivitäten (weniger ihrer Ideologie) waren ein zentraler Bestandteil des „Westdeutschen Beobachters“.

5.2 Der „Völkische Beobachter“ und seine Eigenschaften als Untersuchungsgut

Der Völkische Beobachter war das zentrale Propagandaorgan der NSDAP. In der später oft als „Hauptstadt der Bewegung“ bezeichneten bayrischen Metropole München behei-

²⁴⁹ Vgl. zur Umsetzung der NS-Gesundheitspolitik in der Region Aachen Seipolt (1995). Wenngleich das katholische Milieu gegenüber der „Rassenhygiene“ traditionell skeptisch eingestellt war, zeigt insbesondere der Fall des Aachener Mediziners Max Krabbel, dass Konfession und Sozialisation nicht zwangsläufig mit einer Ablehnung negativer Eugenik einhergehen mussten. Hierzu vgl. Döbber/Groß, (2010), S. 69-86. Für das Verhältnis des Katholizismus zur „Rassenhygiene“ allgemein vgl. Nowak(1984).

²⁵⁰ Für den Regierungsbezirk Aachen wird in verschiedenen Publikationen eine gewisse Resistenz gegenüber der NS-Propaganda festgestellt. Diese ergibt sich aus der geschilderten sozialen und politischen Zusammensetzung der Region. Zum Zeitpunkt des Einmarsches der Wehrmacht ins entmilitarisierte Rheinland 1936 schien deren Zahl aber aus Sicht der NS-Führung bereits stark geschrumpft zu sein. Vgl. dazu Bramstedt (1975), S. 235.

matet, entwickelte es sich im Verlauf der Jahre bereits vor und erst recht nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu ihrem reichsweit vernehmbaren Sprachrohr. Das Blatt hatte mehrere Aufgaben zu erfüllen, die es deutlich von den meisten anderen Zeitungen der Weimarer Republik unterschieden: Erstens diente es der offiziellen und öffentlichen Kommunikation Hitlers, sowohl mit der eigenen Partei als auch der interessierten Öffentlichkeit. Der „Völkische Beobachter“ konnte als Hofpresse Hitlers gelten, war der doch selbst Herausgeber und Artikelautor für die Zeitung. Zweitens wurden im „Völkischen Beobachter“ die jeweiligen Aktivitäten der Partei angezeigt. Er fungierte in diesem Sinne als klassische Parteizeitung. Drittens war die Zeitung als wichtigstes Element der Trommlerpresse das nationalsozialistische Kampfblatt in den wiederkehrenden Wahlkämpfen der Weimarer Republik. Der vierte Punkt schließlich ist für die vorliegende Untersuchung sicherlich der bedeutendste: Der „Völkische Beobachter“ propagierte nationalsozialistische Ideen und Ideologie der Öffentlichkeit.²⁵¹

Am Ende seiner Expansion 1944 verfügte das Blatt über eine Auflage von 1,7 Millionen Exemplaren und mehrere regionale Ausgaben. So existierten neben der ursprünglichen Münchener Ausgabe eine Nord- und eine Süddeutsche Ausgabe, eine Berliner und seit dem „Anschluss Österreichs“ eine Wiener Ausgabe. Als das *Dritte Reich* Ende 1944 am Abgrund stand, war der „Völkische Beobachter“ die auflagenstärkste Zeitung in Deutschland.

Diese Entwicklung war nicht abzusehen, als die NSDAP das kleine Blättchen, das kurz zuvor noch als „Münchener Beobachter“ herausgegeben worden war, 1920 erwarb. Als Münchener Lokalzeitung hatte das Blatt keine besonders große Reichweite. Gerade einmal eine Auflage von 7.500 Exemplaren nannte der Direktor des herausgebenden Franz-Eher-Verlages, Max Amann, für das Jahr 1920.²⁵² Allerdings gelang es den frühen Propagandisten mit radikaler Rhetorik in einer von Krisen, Putschversuchen und revolutionären Kämpfen geprägten Zeit, die Auflage innerhalb weniger Jahre beinahe zu verdreifachen. Aber der dilettantische Putschversuch der NSDAP in München im November 1923 beendete diesen Aufwärtstrend abrupt. Partei und Zeitung wurden verboten.

Nach einer kurzen Verbotsphase wurden 1925 aber sowohl Partei als auch „Völkischer Beobachter“ im Februar 1925 neu gegründet. Die Anfänge waren wiederum äußerst bescheiden, die erste Auflage wird mit 4.500 Exemplaren angegeben.²⁵³ Aber schon binnen eines Monats konnte das Erscheinen von zwei Ausgaben pro Woche auf eine tägliche Ausgabe gesteigert werden. Die nun nicht mehr gewaltsam, sondern legal angestrebte Machtübernahme durch die Partei führte zu einem deutlichen Wachstum der nationalsozialistischen Bewegung auch außerhalb Bayerns und erhöhte somit auch die Reichweite der wichtigsten Parteizeitung. In dem Maße, in dem die (organisierte) Gefolgschaft der NSDAP wuchs, erhöhte sich also auch die Auflagenstärke des Blattes. Allerdings blieben die Leserzahlen immer deutlich hinter den Mitgliederzahlen und erst recht den Wählerzahlen der Partei zurück. Nicht jedes Mitglied abonnierte den „Beobachter“, viele nutzten Parteizeitungen vor Ort. Dies führte immer wieder auch zu schweren Kontroversen zwischen der Leitung des „Völkischen Beobachters“ in München und Gauleitern, die ihre

²⁵¹ Pleviner (1973), S. 142.

²⁵² Amann (1942), S. 50.

²⁵³ Amann (1942), S. 50.

eigene Zeitung protegierten.²⁵⁴ Erst 1929 erreichte der „Völkische Beobachter“ wieder den gleichen Stand wie vor dem gescheiterten Putsch 1923.²⁵⁵ Lange Jahre blieb das Propagandaorgan ein Zuschussgeschäft für den Verlag, der sich zunehmend über die Einnahmen aus dem Verkauf des Hitler-Buches „Mein Kampf“ finanzierte.²⁵⁶ Dennoch war der „Völkische Beobachter“ das wichtigste Blatt der Partei, schrieben hier doch immer wieder auch Parteigrößen wie Hitler selbst. Dadurch erreichte der „Beobachter“ schnell eine monopolartige Stellung innerhalb der Parteipresse der NSDAP²⁵⁷ und behinderte so bis in die frühen 1930er Jahre eine zentrale Förderung und Koordinierung der nationalsozialistischen Presselandschaft. Das Format eines politischen Massenblattes hob den „Völkischen Beobachter“ von anderen politischen Zeitungen dieser Jahre ab: Er sollte der Kommunikation der Parteideologie sowohl nach innen wie auch nach außen dienen.²⁵⁸

Durch seine überregionale Reichweite und die Beiträge führender Parteideologen war er ein wichtiges Propagandabarometer: Mit Beiträgen Hitlers und unter dem Hauptschriftleiter Alfred Rosenberg²⁵⁹ wurden ideologische Richtlinien vorgegeben, die für die gesamte Partei in der Folgezeit maßgeblich sein sollten. Im Vordergrund seiner „Berichterstattung“ standen die Themen Antisemitismus, Antikommunismus, der Kampf gegen die Demokratie und der allgegenwärtige *Rassenbass*.²⁶⁰ Der „Völkische Beobachter“ behandelte somit alle für die nationalsozialistische Propaganda relevanten Themen und konzentrierte sich auf kein spezielles Einzelfeld.²⁶¹ Trotz ihrer für die Partei zentralen Rolle als Taktgeberin der nationalsozialistischen Propaganda war die Zeitung wiederum im herkömmlichen Sinne der Presse bis zur Wandlung zum Regierungsorgan nach der Machtübernahme 1933 das, was man als „Käseblatt“²⁶² bezeichnen würde. Dazu bemerkte ein Journalist: „[...] eine merkwürdige Sache, von einer nationalsozialistischen Provinzpresse sprechen zu wollen, die etwa in Unterschied gestellt werden könnte zu einer nationalsozialistischen Hauptstadtpresse. Denn der „Völkische Beobachter“, das erste nationalsozialistische Organ überhaupt, war zweifelsohne, [...], Provinzpresse.“²⁶³ Der „Völkische Beobachter“ blieb in der Weimarer Zeit ohne Vertretung bei der Pressekonferenz der Regierung und war daher als Medium für aktuelle politische Entwicklungen nur bedingt tauglich. Hitlers Idee von der Presse als „Trommlerin“ für die Bewegung und weniger als Informationsmedium wurde hier beispielhaft exerziert.²⁶⁴

Im Gegensatz zum „Westdeutschen Beobachter“ ist im Hinblick auf die nachfolgende Untersuchung beim „Völkischen Beobachter“ eine führungsnahe und weniger regional beeinflusste Propagierung nationalsozialistischer Ideen zu vermuten. Was hier zu lesen ist, entsprach wohl wesentlich mehr den Wünschen und Vorstellungen der Parteiführung und

²⁵⁴ Hüttenberger (1969), S. 61-65.

²⁵⁵ Pürer/Raabe (2007), S. 98.

²⁵⁶ Makowski (1996), S. 32.

²⁵⁷ Stein (1987), S. 51.

²⁵⁸ Plewiner (1973), S. 386.

²⁵⁹ Klee (2013), S. 507-508.

²⁶⁰ Makowski (1996), S. 32.

²⁶¹ Mühlberger (2005).

²⁶² Layton (1965), S. 120.

²⁶³ Zitiert nach: Stein (1987), S. 11.

²⁶⁴ Layton (1965), S. 120.

ihren jeweiligen Propagandavorgaben. Einschränkend gilt hier aber ähnlich wie beim „Westdeutschen Beobachter“, dass die Zeitung als Parteizeitung ihren Leserschwerpunkt bei Parteimitgliedern und Sympathisanten sah. Rücksichtnahme auf Andersdenkende, auch im für diese Arbeit relevanten medizinischen Kontext, darf man eher nicht vermuten.

Auch der „Völkische Beobachter“ brachte für verschiedene Lesergruppen in unregelmäßigen Abständen Rubriken und Beilagen. Wie schon oben geschildert, richteten diese sich in erster Linie an Gliederungen der Partei. Der „Völkische Beobachter“ hatte aber auch eine Rubrik die sich ganz allgemein an „Die deutsche Frau“ richtete und den Fokus auf Haushalt und Kindererziehung legte, wenngleich dies immer mit einem herauslesbaren nationalsozialistischen Unterton geschah.

Hinzu kam eine, in dieser Form beim „Westdeutschen Beobachter“ fehlende, intellektuell angehauchte, für die vorliegende Untersuchung der Zeitung besonders interessante Artikelreihe: Dem Thema *Erbgesundheits* widmete sich der „Völkische Beobachter“ in der Rubrik „Rasse, Volk und Staat“, die von 1932 bis 1935 erschien.²⁶⁵ Sie befasste sich umfangreich mit diesem Thema und ließ auch prominente Wissenschaftler zur Unterstützung des eugenischen und *rasenhygienischen* Ideenguts zu Wort kommen.²⁶⁶

5.3 Quellenanalyse

Beide Zeitungen boten neben der allgemeinen Berichterstattung und der Unterteilung in Lokalteil (beim „Völkischen Beobachter“ insbesondere bei der bayrischen und der Berliner Ausgabe), Sport- und Wirtschaftsressort auch parteibezogene Beilagen und Rubriken. Darunter fallen solche für SA-Mitglieder, die Hitlerjugend, die Betriebsorganisationen und später die Deutsche Arbeitsfront. Obwohl der „Westdeutsche Beobachter“ sich optisch und auch inhaltlich deutlich erkennbar am Vorbild „Völkischer Beobachter“ orientierte, unterscheiden sich diese Sonderteile in der jeweiligen Zeitung voneinander, auch wenn die genannten Parteigruppierungen, die in den Rubriken behandelt, beworben oder informiert wurden, identisch sind. Die Häufigkeit, in der die Beilagen erschienen, differierten; gerade im „Westdeutschen Beobachter“ erschienen sie sehr unregelmäßig. Der „Völkische Beobachter“ war in der Auswahl seiner Beilagen breiter aufgestellt. Neben den reinen Parteibeilagen gab es auch solche, die sich ohne besondere Organisationsgebundenheit mehr oder weniger offen an den Vorgaben der nationalsozialistischen Ideologie orientierten oder sie in anderem Gewand präsentierten. Hierzu gehörte die Beilage „Die deutsche Frau“. Vordergründig eine unpolitische Seite speziell für die Frau, verbreitete sie nicht nur durch die Fokussierung auf traditionelle „Hausfrauenthemen“ wie Kinder, Küche und Haushalt die nationalsozialistische Vorstellung von der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Bestandteil dieser Beilage war im Untersuchungszeitraum auch eine medizinisch orientierte Rubrik, verfasst von Ärzten zur Beantwortung allgemeiner Fragen. Diese firmierte unter wechselnden Titeln, meist unter der Überschrift „Ärztlicher Fragekasten“. Dieser Aspekt macht die Beilage „Die deutsche Frau“ für die Untersuchung interessant, wurden hier doch medizinische und auch ideologische Themen in Ratgeberform vermittelt. Insgesamt

²⁶⁵ Makowski (1996), S. 69.

²⁶⁶ Mühlberger (2005), Bd. 2, S. 60.

erschien die Beilage im Untersuchungszeitraum von 1933 bis 1935 30-mal mit medizin-bezogenen Themen.

Eine weitere Rubrik, die nur der „Völkische Beobachter“ bot, trug den Titel „Rasse, Volk und Staat“. Diese Seite widmete sich ganz den Themen *Erbgesundheit*, und *Rassenhygiene*. Sie fällt in den Untersuchungsbereich „Medizin“, da sie sich, abgesehen von wenigen Artikeln zur Bevölkerungspolitik, mit den genannten Themen hauptsächlich aus medizinischem Blickwinkel oder in medizinischem Tonfall auseinandersetzte. Im gesamten Untersuchungszeitraum erschien die Beilage „Rasse, Volk und Staat“ 21-mal, ihre Erscheinungsfrequenz war also, bei aller Kontinuität, relativ gering. Letztmalig tauchte die Beilage im März 1935 auf. Ob die Rubrik danach generell aus dem „Völkischen Beobachter“ verschwand, konnte nicht geklärt werden. Bis dato ist sie nur wenig in den Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen gerückt worden und auch hier bleibt das Ende der Rubrik ungeklärt.²⁶⁷

Insgesamt erschienen im Untersuchungszeitraum 1932 bis 1935 im „Völkischen Beobachter“ 371 Artikel, die sich in der eingangs beschriebenen Art und Weise mit dem Themenkomplex Medizin und Gesundheitspolitik auseinandersetzten. Im „Westdeutschen Beobachter“ waren es 1931 und 1933 bis 1935 zusammen 310 Artikel. Hierbei gilt es zu bedenken, dass der „Westdeutsche Beobachter“ wesentlich schlechter überliefert ist als sein überregionales Pendant. Die deutlich größere Zahl an Artikeln im „Völkischen Beobachter“ ist also zunächst nur bedingt aussagekräftig. Insgesamt beziffern sich die Überlieferungslücken im „Westdeutschen Beobachter“ auf mehr als 50 Tage. Darunter fallen auch die vollständig fehlenden Monate Mai und August des Jahres 1934. Außerdem fehlen für die Jahre 1931 und 1933 Ausgaben; hierbei handelt es sich jedoch ausschließlich um einzelne Tage. Nichtsdestotrotz ist bei einer Quantifizierung der Berichterstattung immer zu bedenken, dass lediglich das Jahr 1935 im „Westdeutschen Beobachter“ vollständig überliefert ist.

Auch der „Völkische Beobachter“ ist nicht komplett vorhanden; hier liegen die Fehlstellen allerdings nicht in der mangelnden Überlieferung begründet. Der „Völkische Beobachter“ war im Jahr 1932 an insgesamt 17 Tagen mit einem Publikationsverbot belegt, so dass er in diesen Zeiträumen nicht erscheinen konnte. Da für den betreffenden Zeitraum ein direkter Vergleich mit dem „Westdeutschen Beobachter“ ohnehin nicht möglich ist, fallen diese Fehlstellen aber kaum ins Gewicht.

5.3.1 Chronologische Verteilung der Artikel

Wie verteilen sich nun die gefundenen Artikel über den mehrjährigen Untersuchungszeitraum? Vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten erschienen im Jahr 1932 im „Völkischen Beobachter“ insgesamt 55 Artikel, die sich medizinischen Themen widmeten. Ebenfalls vor der Machtübernahme, aber bereits 1931, erschienen im „Westdeutschen Beobachter“ 31 Artikel. Im Jahr der Machtübernahme 1933 widmete der „Völkische Beobachter“ dem medizinischen Themenfeld im weitesten Sinn 85 Artikel, während es im „Westdeutschen Beobachter“ lediglich 16 Artikel waren.

²⁶⁷ Eine Ausnahme ist: Makowski (1996), z.B. S. 69.

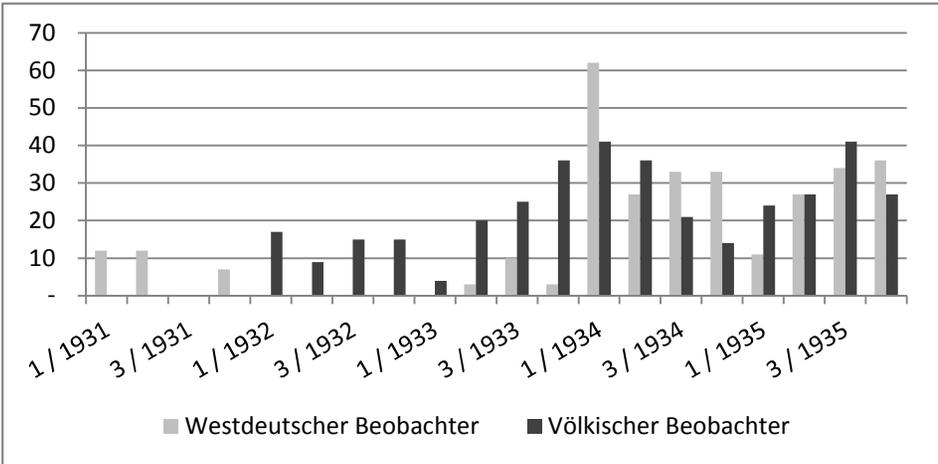


Abbildung 1: Gesamtzahl der Artikel pro Quartal

Das Bild verkehrte sich aber bereits im Folgejahr ins Gegenteil: Nun erschienen im „Völkischen Beobachter“ 112 Beiträge, womit eine deutliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr zu festzuhalten ist. Im „Westdeutschen Beobachter“ hingegen explodierte die Zahl der Artikel geradezu. Es wurden in den Ausgaben dieses Jahres trotz der genannten Überlieferungslücken insgesamt 157 Artikel gefunden, womit sich die Zahl der Artikel beinahe verzehnfacht hat. Im Jahr 1935 ging die Anzahl der Artikel mit 119 im „Völkischen Beobachter“ noch einmal leicht nach oben. Im „Westdeutschen Beobachter“ ließ die Zahl der Beiträge demgegenüber jedoch wieder nach und sank auf 108 Artikel. Man sieht also durchaus gegenläufige Bewegungen in der Publikationsentwicklung der beiden Zeitungen.

5.3.2 Thematische Verteilung der Artikel

Im nächsten Schritt soll ein Blick auf die thematische Verteilung der Artikel gerichtet werden. Zentrales Thema des Untersuchungszeitraums war die „*Erbgesundheitspolitik*“. Diesem Feld widmete der „Völkische Beobachter“ insgesamt 159 Artikel, während es beim „Westdeutschen Beobachter“ 77 waren. Ganz anders sieht dies beim Themenfeld „Gesetzesbezug“ aus: Hier waren es beim „Völkischen Beobachter“ lediglich 19 Artikel, wohingegen der „Westdeutsche Beobachter“ diesem Aspekt 54 Beiträge widmete. Ähnlich stellt sich die Zahl der Beiträge zum Themenkomplex „Seuchenhygiene“ dar: Während dieser Aspekt beim „Völkischen Beobachter“ 25-mal Thema eines Artikels war, erschienen im „Westdeutschen Beobachter“ 71 Artikel. Auch Artikel mit Bezug zur „Kriminalpolitik“ wurden im „Völkischen Beobachter“ nur in geringer Zahl publiziert, insgesamt waren es 9 Artikel. Im „Westdeutschen Beobachter“ wurde das Thema hingegen 27-mal bearbeitet. Gänzlich anders sieht es aus, wenn man auf den Bereich der „Forschung“ blickt. Dieses Thema wurde zwar insgesamt nur sporadisch bearbeitet, allerdings erschienen im „Völkischen Beobachter“ mit 24 Artikeln mehr als dreimal so viele wie im „Westdeutschen Beobachter“, wo es nur 7 Beiträge waren. Ähnlich sieht es bei den medizinischen „Gesund-

heitsratgeber“-Beiträgen aus. Der „Völkische Beobachter“ gab seinen Lesern insgesamt 30-mal einen „Gesundheitsratgeber“ an die Hand; im „Westdeutschen Beobachter“ blieb es bei 3 Artikeln dieser Art. Neben der Vermittlung von nationalsozialistischen Positionen und Propaganda war für die Machthaber im *Dritten Reich* die positive Darstellung der NSDAP und ihrer Untergliederungen besonders wichtig. Entsprechend wurde für die Untersuchung der Blick auch auf die Präsentation von NS-Organisationen mit Bezug zu medizinischen Themen gerichtet. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlichte im Untersuchungszeitraum 48 Artikel, die diesem Kriterium entsprachen. Im „Westdeutschen Beobachter“ waren es mit 25 Artikeln nur etwas mehr als die Hälfte. Ähnlich verhielt es sich in der Darstellung von Aspekten, die unter dem Stichwort „Berufspolitik“ subsumiert wurden. Während der reichsweit erscheinende „Völkische Beobachter“ sich 88-mal Themen des ärztlich-medizinischen Berufsstandes widmete, war dies im „Westdeutschen Beobachter“ nur 42-mal der Fall. In etwa gleich häufig wurde in beiden Zeitungen das „Deutsche Rote Kreuz“ mit Artikeln bedacht, im „Völkischen Beobachter“ 11- und im „Westdeutschen Beobachter“ insgesamt 15-mal.

Einen wichtigen Aspekt in der Berichterstattung und Propaganda machte die Erwähnung des Schlagwortes „Veranstaltungen“ aus. Sowohl Tagungen und Kongresse als auch Ausstellungen zu medizinischen Themen wurden den *Volksgenossen* in solchen Beiträgen nähergebracht. Hier zeigt sich ein klarer Unterschied zwischen dem überregionalen und dem regionalen NS-Organ. Im „Völkischen Beobachter“ wurde 57-mal über Veranstaltungen geschrieben, während dies im „Westdeutschen Beobachter“ im untersuchten Zeitraum 91-mal der Fall war.

Alle weiteren Schlagwörter ließen keine vergleichenden Betrachtungen zu oder waren in ihrer Gesamtzahl so gering, dass sich keine Ergebnisse daraus gewinnen ließen. Sie werden daher nicht thematisiert.

5.3.3 Chronologische Schlagwortverteilung

Der Blick auf die Verteilung einzelner schlagwortbezogener Themen im Verlauf des Untersuchungszeitraums ermöglicht Erkenntnisse über die verschiedenen Konjunkturen der gesundheitspolitisch-medizinischen Berichterstattung. Wie die Entwicklung der medizinischen Berichterstattung insgesamt bereits angedeutet hat, variiert die Anzahl der Artikel pro Monat in einem sehr geringen Umfang. Daher wurde für die Betrachtung des zeitlichen Verlaufs die Unterteilung in Quartale gewählt. Die somit größere Anzahl Artikel pro Zeiteinheit lässt Trends deutlicher erkennen und möglicherweise auf größere Zusammenhänge schließen.

Betrachtet man den Verlauf der Berichterstattung zum Themenkomplex „*Erbgesundheitspolitik*“, so zeigt sich, dass im „Westdeutschen Beobachter“ der Schwerpunkt im ersten Quartal 1934 auszumachen ist. Mit 16 Artikeln wurde in dieser Zeit doppelt so viel zur „*Erbgesundheitspolitik*“ publiziert wie in den vier Quartalen zuvor und mehr als doppelt so viel wie im darauffolgenden Quartal. Ein weiterer Höhepunkt findet sich im dritten Quartal 1935. Das Jahr 1934 zeigt, mit wechselndem Umfang, die häufigsten Erwähnungen der „*Erbgesundheitspolitik*“ in Artikeln des „Westdeutschen Beobachters“, während sich 1935 die Artikel pro Quartal, mit Ausnahme des dritten Quartals, bereits wieder dem geringen Niveau von 1933 angepasst hatten. Auffallend ist, dass das für die nationalsozialistische

Ideologie zentrale Thema der „*Erbgesundheitspolitik*“ vor 1934 im „Westdeutschen Beobachter“ keine allzu große Rolle spielte und 1931 sogar nur in einem Quartal Erwähnung fand.

Ein anderes Bild zeigt sich im „Völkischen Beobachter“, welches allerdings differenziert betrachtet werden muss. Während die Artikel zur „*Erbgesundheitspolitik*“ im „Westdeutschen Beobachter“ Teil der allgemeinen Berichterstattung waren, verfügte der „Völkische Beobachter“ mit der integrierten Themenseite „Rasse, Volk und Staat“ über eine eigene Rubrik, die sich explizit mit jeweils mehreren Artikeln den Themen *Erbgesundheit* und *Rassenhygiene* widmete.

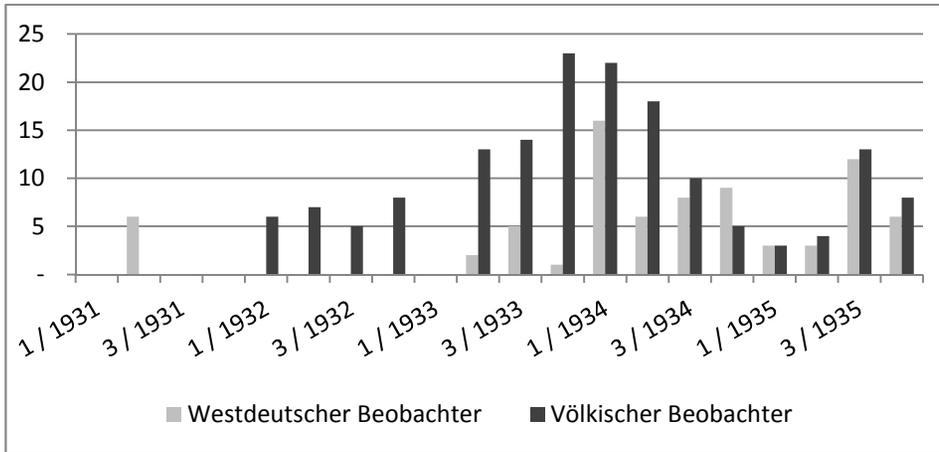


Abbildung 2: Artikel zur „Erbgesundheit“

Daher wird der Verlauf der Artikel zur „*Erbgesundheitspolitik*“ in zweifacher Weise gelesen werden müssen; einmal im Hinblick auf die Gesamtzahl der Artikel, im zweiten Schritt dann unterteilt in die Zahl der Einzelartikel und die der Beilage „Rasse, Volk und Staat“: Betrachtet man nun zunächst die Anzahl der Artikel, so fällt auf, dass im „Völkischen Beobachter“ insgesamt deutlich mehr und auch wesentlich kontinuierlicher als im „Westdeutschen Beobachter“ über „*Erbgesundheitspolitik*“ geschrieben wurde. Es gab im „Völkischen Beobachter“ nahezu kein Quartal ohne Bezugnahme auf dieses wichtige Thema der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik. Einzige Ausnahme ist das erste Quartal 1933. Allerdings zeigen sich in den anderen Quartalen mit entsprechender Berichterstattung deutliche Konjunkturschwankungen des Themas: Man kann erkennen, dass die publizistische Bedeutung der „*Erbgesundheitspolitik*“ während der Jahre des Untersuchungszeitraums zunächst anstieg und dann wieder zurückging. Wie schon zuvor im „Westdeutschen Beobachter“ findet sich auch hier der Höhepunkt der Publikationsrate in der Mitte des Untersuchungszeitraums. Das vierte Quartal 1933 und das erste Quartal 1934 führen diese Liste an. Danach ließ die Darstellung des Themas *Erbgesundheit* im „Völkischen Beobachter“ rasch und deutlich nach. Ausnahme ist lediglich das dritte Quartal

1935 mit einer verstärkten Berichterstattung, die im Folgequartal aber ebenfalls bereits wieder nachließ.

Interessant ist der Blick auf die Veränderungen, wenn man die Beilage „Rasse, Volk und Staat“ nur als einen Artikel wertet. Dies erscheint sinnvoll, da die Artikel in einem zusammenhängenden Block als Rubrik erscheinen und damit im Gegensatz zu den solitär erscheinenden sonstigen Artikeln stehen. Hinzu kommt eine verzerrende Erhöhung der Artikelzahlen im „Völkischen Beobachter“ zum Thema „*Erbgesundheitspolitik*“ im Vergleich zum „Westdeutschen Beobachter“, dessen Artikel zum selben Thema ohne eine eigene Rubrik erscheinen. Die Gesamtzahl an Beiträgen sank deutlich ab und der Verlauf der Konjunktur veränderte sich deutlich. Nun sieht man, dass die Masse der Berichterstattung vor 1933 deutlich geringer ausfiel als nach 1933. Nach der Machtübernahme stieg die Zahl der Artikel in Quartalsprüngen deutlich an und erreichte nun ihren Höhepunkt im ersten Quartal 1934. Der nachfolgende Abfall der Artikelzahl deckt sich wiederum mit der vorhergehenden Betrachtung, allerdings erscheint das dritte Quartal 1935 nun auffälliger. In der bereinigten Betrachtung zeigt sich, dass in diesem Quartal genauso viele Artikel erschienen, wie im ersten Quartal 1934. Der Verlauf der Artikel weist nunmehr zwei exakt gleiche Höhepunkte auf.

Die Berichterstattung über den Schlagwortkomplex „Seuchenhygiene“ unterscheidet sich zwischen den beiden Zeitungen deutlich. Während der „Westdeutsche Beobachter“ insgesamt häufiger berichtete, so zeigt sich in der zeitlichen Betrachtung eine Häufung der Artikel im Jahr 1934, insbesondere im ersten Quartal, wobei das Thema sonst keine große Beachtung findet. Im „Völkischen Beobachter“ hingegen wurde der gesamten Thematik weit weniger Platz eingeräumt, die Verteilung der Artikel ist auf diesem niedrigen Niveau allerdings von einer deutlichen Kontinuität geprägt.

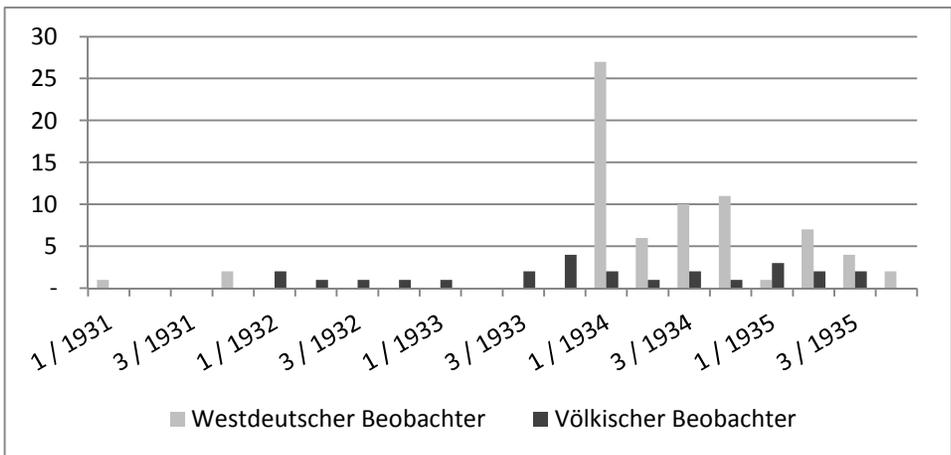


Abbildung 3: Artikel zur „Seuchenhygiene“

Als nahezu nicht vorhanden stellt sich die Berichterstattung des „Westdeutschen Beobachters“ zum Thema medizinisch bezogener Forschung dar. Nur in vereinzelten

Quartalen wurde das Schlagwort „Forschung“ gefunden, ein Trend lässt sich aufgrund der geringen Menge nicht ablesen. Wesentlich mehr Platz wurde diesem Komplex aber im „Völkischen Beobachter“ eingeräumt. Während auch hier in der frühen Phase des Untersuchungszeitraums nur sporadisch über Forschungsaktivitäten im weiteren Sinne geschrieben wurde, stieg die Zahl der „Forschung“-Artikel im Zeitraum vom vierten Quartal 1933 bis zum zweiten Quartal 1934 an und erreichte danach ein kontinuierliches, wenn auch niedriges Niveau.

Ein weiterer Bestandteil der medizinischen und gesundheitspolitischen Berichterstattung in der NS-Presse wird in dieser Arbeit unter der Untersuchungskategorie „Gesundheitsratgeber“ zusammengefasst. Dabei zeigt sich ein besonders deutlicher Unterschied zwischen beiden Tageszeitungen: Während im „Westdeutschen Beobachter“ insgesamt nur 7 Artikel erschienen, publizierte der „Völkische Beobachter“ regelmäßig zu solchen medizinischen Ratgeberinhalten im Zeitraum vom vierten Quartal 1933 bis einschließlich zum vierten Quartal 1934. In den darauffolgenden Quartalen entwickelte sich der Erscheinungsverlauf unregelmäßig und auch die absolute Anzahl der Artikel ließ nach. Die Berichterstattung über NS-Organisationen mit Bezug zu medizinischen Themen fiel im „Westdeutschen Beobachter“ insgesamt sehr unregelmäßig aus. Der Höhepunkt lag bereits im ersten Quartal 1931. Ab dem Jahr 1934 entwickelte die Berichterstattung sich auf geringem Niveau kontinuierlich, während im vorhergehenden Zeitraum keine Artikel mit medizinischen oder gesundheitspolitischen Bezügen zu NS-Organisationen veröffentlicht worden waren. Ein ähnliches Bild zeigt sich im „Völkischen Beobachter“, auch hier findet sich bereits vor der Machtübernahme, konkret Ende 1932, ein kleiner Schwerpunkt in der Zahl der gefundenen Artikel“. Ab 1934 wurde dann kontinuierlich über „NS-Organisationen“ berichtet.

Die Darstellung berufspolitischer Aspekte und Themen war in beiden Tageszeitungen deutlich stärker vertreten als die vorangegangenen Themenkomplexe, mit Ausnahme der ebenfalls vielfach propagierten *Erbgesundheit*. Im „Westdeutschen Beobachter“ lag der Höhepunkt im ersten Quartal 1931. Aber auch in den ersten drei Quartalen 1934 wurde häufiger über „Berufspolitik“ berichtet. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang erreichte die Veröffentlichungsrate einen weiteren Höhepunkt im zweiten Quartal 1935 und fiel dann wiederum leicht ab, um am Jahresende wieder anzusteigen. Dem entgegen steht die Entwicklung im „Völkischen Beobachter“: Nach einem erstmaligen Höhepunkt im dritten Quartal 1932 und dem anschließenden absinken, stieg die Zahl der Artikel ab dem Jahr 1933 kontinuierlich bis zum vierten Quartal 1935 an, wo sie den Höhepunkt des Untersuchungszeitraums erreichte.

Der Unterschied bei der Häufigkeit des Schlagwortes „Gesetzesbezug“ fällt ebenfalls ins Auge. Hier ist die Menge der entsprechenden Artikel beim „Westdeutschen Beobachter“ um ein vielfaches höher. Die starke Kumulation Anfang 1934 und das von da an stetig hohe Niveau heben sich deutlich vom „Völkischen Beobachter“ ab.

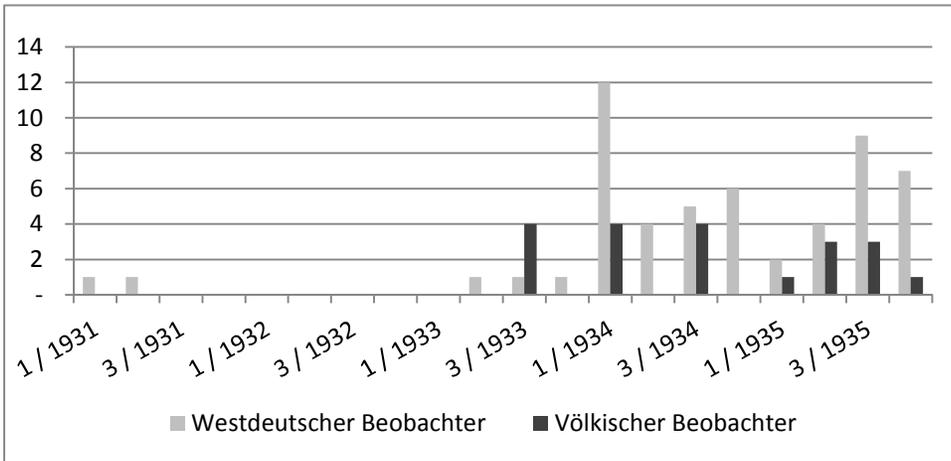


Abbildung 4: Artikel mit „Gesetzesbezug“

Alle weiteren Themen, wie etwa die veranstaltungsbezogenen Artikel bieten sich für eine eigenständige Quartalsverlaufsanalyse nicht an. Ihre Anzahlen sind zu gering und ihre Verteilung über den Untersuchungszeitraum zu fragmentiert um Entwicklungen daraus ableiten zu können.

Es lohnt sich allerdings noch, einen Blick auf die Beilage „Die deutsche Frau“ zu werfen. Die Frequenz, in der sich Teile dieser Beilage mit medizinischen Themen beschäftigten, ist sehr unregelmäßig. Sie weist einen Höhepunkt in den ersten beiden Quartalen des Jahres 1934 auf. Danach fiel die Erscheinungsquote wieder deutlich ab. Die Hälfte der insgesamt 30 Artikel dieser Beilage war dem praktisch orientierten Ratgeber „Ärztlicher Fragekasten“ bzw. der Nachfolger rubrik „Wir fragen den Arzt“ gewidmet. Dieser erschien im ersten Quartal 1934 beinahe durchgehend wöchentlich, was den hohen Ausschlag in diesem Zeitraum erklärt.

Wie bereits oben erläutert, enthalten viele Artikel Inhalte, die es notwendig machen, den betreffenden Beitrag unter mehr als einem Stichwort zu verorten; sie behandeln mithin mehrere Themen oder beleuchten einen Sachverhalt so, dass gleichzeitig mehrere Schlagwörter abgedeckt werden. Besonders interessant ist in dem Zusammenhang die Verknüpfung der Schlagworte „*Erbgesundheitspolitik*“ und „Gesetzesbezug“, handelt es sich doch hierbei um die propagandistische Begleitmusik zu wichtigen juristischen Umsetzungsversuchen der nationalsozialistischen *Rassenideologie*.

Der Vergleich der beiden Tageszeitungen offenbart weitreichende Unterschiede in der Publikationsdichte zu diesem Thema. Während eine solche Verknüpfung von „*Erbgesundheitspolitik*“ mit juristischen Aspekten im „Völkischen Beobachter“ im gesamten untersuchten Zeitraum 18-mal vorkam, sind beim „Westdeutschen Beobachter“ insgesamt 59 Artikel mit dieser Zuordnung erschienen. Bei einer derart ungleichen Verteilung lohnt ein Blick auf die chronologische Verteilung der Artikel im Untersuchungszeitraum. Der „Völkische Beobachter“ berichtete erst ab 1933 über dieses Thema, allerdings nur viermal. In

den beiden folgenden Jahren waren es je 7 Artikel. Die Verlaufskurve im „Westdeutschen Beobachter“ stellt sich im Grunde ähnlich dar: Auch hier wird 1931 und 1933 nur je einmal bzw. dreimal in Kombination über „*Erbgesundheitspolitik*“ und „Gesetzesbezug“ berichtet. Im Jahr 1934 vervielfachte sich die Zahl der Artikel jedoch sprunghaft. Sie betrug nun 35 Artikel. Auch 1935 war die Artikelzahl immer noch bedeutend höher als im „Völkischen Beobachter“, wenngleich sie mit 20 Artikeln im Vergleich zum Vorjahr spürbar gesunken war.

Ein vergleichbares Bild ergibt sich beim Blick auf die Verknüpfung von „*Erbgesundheitspolitik*“ und Veranstaltung. Während der „Westdeutsche Beobachter“ insgesamt 36-mal über „Veranstaltungen“ mit Bezug zur „*Erbgesundheitspolitik*“ Artikel veröffentlichte, war dies im „Völkischen Beobachter“ lediglich 14-mal der Fall. Wiederum lag der Schwerpunkt der Veröffentlichungen im „Westdeutschen Beobachter“ mit 18 Beiträgen im Jahr 1934, während im Zeitraum davor 10 Artikel veröffentlicht worden waren. Anders verhält es sich im „Völkischen Beobachter“, wo der Schwerpunkt mit 7 Artikeln im Jahr 1935 lag.

Wie bereits angedeutet, stand neben inhaltlichen Themen auch immer die Bewerbung der eigenen Partei und ihrer Gliederungen im Fokus der nationalsozialistischen Pressearbeit. Der Blick auf medizinische oder gesundheitspolitische Verknüpfungen, in denen NS-Organisationen in der Propaganda der beiden Presseorgane auftauchten, kann in der Analyse Rückschlüsse auf die öffentlichkeitswirksame Verbindung von NS-Organisationen mit bestimmten, propagandistisch relevanten Themen der Medizin erlauben. Am häufigsten erschienen „NS-Organisationen“ in Artikeln zur „Berufspolitik“. Dies ist insgesamt 35-mal der Fall, wovon 22 Artikel auf den „Völkischen Beobachter“ entfielen. Sie verteilten sich schwerpunktmäßig auf den Beginn und das Ende des Untersuchungszeitraums: Im Jahr 1932 erschienen 8 Artikel, im Jahr 1935 waren es 10. Im „Westdeutschen Beobachter“ kumulierte sich die Artikelzahl ebenfalls zu Beginn des Untersuchungszeitraums. Im Jahr 1931 erschienen 8 Artikel, mehr als die Hälfte der Gesamtzahl. Die verbleibenden 5 Artikel verteilten sich relativ gleichmäßig auf den weiteren Untersuchungszeitraum, wobei 1933 nur ein Artikel erschien.

Ein weiterer Schwerpunkt in der thematisch relevanten Propagierung von „NS-Organisationen“ war die Bewerbung oder Berichterstattung von „Veranstaltungen“. Dies war insgesamt 37-mal der Fall. Auch hier ist die Artikeldichte im „Völkischen Beobachter“ größer: 21-mal berichtete die Zeitung über dieses Schlagwort. Wie schon zuvor lag der Schwerpunkt hier in den Jahren 1932 und 1935, was sich aus der Überschneidung mit berufspolitisch bezogenen Artikeln erklärt. Insgesamt sind 24 Artikel unter den kombinierten Schlagwörtern „NS-Organisationen“, „Berufspolitik“ und „Veranstaltung“ erfasst. Man kann also ohne weiteres festhalten, dass die Berichterstattung über „NS-Organisationen“ fast durchgängig mit medizinischer „Berufspolitik“ verknüpft war.

5.3.4 Presseanweisungen und Artikelzahlen

Wichtig ist auch ein Blick auf die NS-Presseanweisungen. Über dieses Instrument wurde der Presse die Richtlinie der aktuellen Propaganda vorgegeben. Es wurde bereits im Kapitel über die NS-Medien festgestellt, dass auch die Presseanweisungen mitunter medizinische Themen zum Inhalt hatten. Im Untersuchungszeitraum beschränken sich die (überlieferten) Presseanweisungen mit medizinischen Inhalten jedoch auf die äußerst geringe

Zahl von 24 Anweisungen. Die Hälfte der Anweisungen, insgesamt 12, betreffen Verbote über bestimmte Themen zu berichten, etwa die Zahlen der Sterilisierten zu veröffentlichen.²⁶⁸ Diese sind für die Untersuchung nicht relevant. Die Wirkung der Presseanweisungen lassen sich gut am Beispiel der Presseanweisung verdeutlichen, die auf den anstehenden Zahnärztetag 1935 hinweist.²⁶⁹ Während diese Anweisung im „Völkischen Beobachter“ insgesamt drei Artikel nach sich zieht, schreibt der „Westdeutsche Beobachter“ nichts zu diesem Thema. Ähnlich verhält es sich mit dem Aufruf vom 21.09.1933, in dem gefordert wird, dass keine Woche ohne Beitrag zur *Erbgesundbeit* vergehen solle.²⁷⁰ Ein Blick in die beiden Zeitungen offenbart, dass diese Anweisung nicht umgesetzt wurde. Die Anzahl der Artikel zu Fragen der „*Erbgesundheitspolitik*“ stagnieren im „Völkischen Beobachter“ im dritten und vierten Quartal 1933, während sie im „Westdeutschen Beobachter“ im fraglichen Zeitraum sogar zurückgehen.

Alle weiteren Presseanweisungen mit medizinischem Kontext sind in ihrer Formulierung unscharf; es ist daher unmöglich, festzustellen, ob sie Artikel in den untersuchten Tageszeitungen zur Folge hatten.

²⁶⁸ Bohrmann, Bd. 3/1, S. 316.

²⁶⁹ Bohrmann, Bd. 3/2, S. 634.

²⁷⁰ Bohrmann, Bd. 1, S. 121.

6. Diskussion und Synopse

6.1 Methodenkritik

Die Nutzung einer Frequenzanalyse zur Betrachtung der Verbreitung medizinischer Themen in der NS-Propagandamaschinerie unter Heranziehung zweier NS-Tageszeitungen weist Vor- und Nachteile auf. Zu den Vorteilen gehört, dass sich die relativ große Anzahl an Artikeln in einer quantitativen Untersuchung besser handhaben lässt, als die beispielsweise bei einer qualitativen Untersuchung der Fall gewesen wäre. Auch die Auswertung eines Zeitraums von jeweils vier Jahrgängen einer Tageszeitung ist in einem annehmbaren Zeitrahmen nur in quantitativer Form zu leisten. Die differierende Reichweite der beiden untersuchten Medien ermöglichte den Blick auf die Unterschiede in der regionalen und überregionalen Propaganda zur Medizin. Die Wiedergabe von NS-Positionen kann bei den ausgewählten Tageszeitungen als Parteizeitungen als gewährleistet angesehen werden.

Die Untersuchung weist allerdings auch einige Limitationen auf. Diese beruhen vor allem auf der Methode der Frequenzanalyse und ihrer konkreten Anwendung. So wurde die Stoßrichtung der Artikel, also die Frage ob bestimmte Themen in positiver oder negativer Konnotation präsentiert wurden, nicht berücksichtigt. Es kann also keine verlässliche Aussage darüber getroffen, ob bestimmte Themen von der nationalsozialistischen Propaganda als Ziele, positive Entwicklungen oder Negativbeispiele dargestellt wurden. Auch die Positionierung der Artikel innerhalb der Tageszeitungen und damit auch der Stellenwert oder der Kontext des Beitrags blieben ebenso unberücksichtigt wie auch die Länge und Wortanzahl. Dennoch bietet die Frequenzanalyse die beste Methode mit Hilfe der untersuchten Daten eine Aussage zur Häufigkeit und Ausrichtung der NS-Medizinpropaganda zu treffen.

6.2 Verlaufsentwicklung der Artikelproduktion

Zudem scheint es geboten, die Verlaufsentwicklungen der Artikelproduktion kritisch zu betrachten. Für die Zeit vor der Machtübernahme ist ein direkter Vergleich wegen der bereits dargelegten Überlieferungsverschiebung nicht möglich; dennoch lassen sich für beide Zeitungen jeweils chronologisch bedeutsame Tendenzen herauslesen, die sich wiederum gegenüberstellen lassen: Am Beispiel des „Westdeutschen Grenzblattes“, also für Zeit des „Westdeutschen Beobachters“ vor der Machtübernahme, zeigt sich deutlich, dass Medizin und gesundheitspolitische Themen vor der Übernahme der legislativen Macht nur eine untergeordnete Rolle in der nationalsozialistischen Propaganda spielten. Über das gesamte Jahr 1931 hinweg trat das Thema nur unregelmäßig in Erscheinung. Insgesamt 31-mal wurden solche Themen in Artikeln des „Grenzblattes“ aufgegriffen, also weniger als einmal pro Kalenderwoche. Dies geschah an keiner Stelle mit irgendeiner Bezugnahme auf die eigene gesundheitspolitische Ideologie. Dazu passt die Analyse, dass die NS-Propaganda in erster Linie auf Emotionen und nicht auf Vermittlung von Ideologie oder gar Fakten setzte.²⁷¹ Themen der „Berichterstattung“ waren einerseits die Kürzung von staatlichen Mitteln zur Tuberkulosevorsorge aufgrund der Wirtschaftskrise und die Auswirkungen des ebenfalls durch die Krise verursachten Hungers auf den Gesundheitszustand der Bewohner

²⁷¹ Makowski (1996), S. 101.

verarmter Eifeldörfer²⁷². Diese Artikel waren zwar keine Aufmacher auf den Titelseiten, jedoch im Lokalteil recht prominent platziert. Ihr Umfang war mit etwa einer Drittelseite im Fall des längsten Artikels für diesen Zeitraum relativ groß. Doch im Fokus dieser Berichterstattung standen keine medizinischen, sondern innenpolitische Themen. Krankheitsverläufe und Therapien wurden nicht thematisiert. Es galt vielmehr, die Regierung für diese Missstände anzuprangern und der eigenen Partei damit weiteren Zulauf zu verschaffen. Damit folgte auch die örtliche NS-Propagandamaschinerie den allgemeinen Grundsätzen der NSDAP: Angriff auf den politischen Gegner lautete die Devise. Tiefergehende Problemanalysen oder gar Lösungsvorschläge wurden zu dieser Zeit kaum artikuliert. Sie verhielt sich eindeutig auch bei medizinischen Themen als „Kampf-*presse*“.²⁷³ Gleichmaßen verhielt es sich da auch bei der Medizin. Die genannten Artikel stehen also nur oberflächlich mit medizinischen Themen in Verbindung. Vielmehr diente ein solches Thema bloß als Vehikel für den Angriff auf die amtierende Regierung unter Reichskanzler Heinrich Brüning.

Ein anderer Artikeltyp, der vor der Machtübernahme häufiger erschien, zielte auf die Gewinnung der Ärzteschaft für die politischen Anliegen der Partei. Dabei ging es jedoch nicht um die Darstellung der nationalsozialistischen Gesundheitsideologie, sondern lediglich um die Zurschaustellung politisch-organisatorischer Erfolge, wie den NS-Ärztetagekongress Anfang 1931 in Köln²⁷⁴ oder die Erfolge der NS-Ärzteschaft bei den Wahlen zur Ärztekammer im gleichen Jahr.²⁷⁵ Diese Erfolge wurden allerdings jeweils nur mit einem Kurzartikel gewürdigt. Lediglich der Mobilisierung für den NS-Ärztetagekongress waren mehrmalig Artikel gewidmet. Als redundante Notiz tauchte sie an verschiedenen Tagen unter der Rubrik für Parteimitglieder auf. Damit nahmen die Artikel allerdings immer noch deutlich weniger Raum ein als beispielsweise die politischen Aktivitäten und „Erfolge“ der Hitlerjugend, der SA oder von NS-Betriebsorganisationen. Diese besaßen teilweise eigene Rubriken, denen eine ganze Seite zur Verfügung stand.

Weder medizinische Inhalte noch der Beruf des Mediziners standen also im Zentrum der Botschaft an die Leser, sondern stattdessen der Arzt als NSDAP-Mitglied. Auch gesundheitsideologische Beiträge fehlten gänzlich. Die Beiträge hatten lediglich den Charakter von Informationen und Partei- und Veranstaltungswerbung. Die kommende *Volks-gemeinschaft* wurde hier dem Leser bereits vor Augen geführt und das Gefühl vermittelt, dass der Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung ein Anliegen der gesamten Bevölkerung, also auch des Ärztstandes sei. Ob dies angesichts der Artikelverteilung erfolgreich war, darf bezweifelt werden. Die Propaganda blieb das ganze Jahr 1931 auf die Innenpolitik und dabei insbesondere die Sozialpolitik der Regierung fixiert. Seit dem zweiten Quartal 1931 nahmen überdies Berichte über die eskalierenden Konflikte zwischen Nationalsozialisten und verschiedenen linken Gruppen großen Raum in dem an Umfang insgesamt bescheidenen „Westdeutschen Grenzblatt“ ein. Für den medizinischen Themenkomplex

²⁷² „Westdeutsches Grenzblatt“ vom 30. Oktober 1931: „Volksgesundheit in Gefahr“.

²⁷³ Vgl. zur Kampf-*presse*: Dussel (2004), S. 158.

²⁷⁴ „Westdeutsches Grenzblatt“ vom 08. Januar 1931: „NSDÄB - Aufruf zur Tagung in Köln“.

²⁷⁵ „Westdeutsches Grenzblatt“ vom 23. November 1931: „Von Erfolg zu Erfolg: Vorwärts bei den Ärzten“.

blieb während dieser „Kampfzeit“ offenbar kein Raum, vermutlich wegen seiner geringen Wirkung als Propagandawaffe.

Nicht bedeutend anders stellt sich die Situation für den weit umfangreicheren „Völkischen Beobachter“ dar. Zwar erschienen beinahe doppelt so viele Artikel wie im „Westdeutschen Grenzblatt/Beobachter“, dennoch kann von einer großflächigen Einbindung medizinischer und gesundheitspolitischer Inhalte in die eigene Propaganda nicht die Rede sein. Jedoch unterscheidet sich die Verwendung solcher Themen deutlich von der Praxis des kleineren Lokalblatts. Während dort mithilfe gesundheitspolitischer Beispiele das Versagen des politischen Gegners illustriert werden sollte, bot der „Völkische Beobachter“ mit der Beilage „Rasse, Volk und Staat“ seinen Lesern eine inhaltliche Einführung in das Kernelement der nationalsozialistischen Gesundheitsideologie, die *Erbgesundheitsideologie*. Diese Beilage erschien kontinuierlich und diente eindeutig der ideologischen Festigung des Lesers in gesundheitspolitischen Fragen und weniger der kurzfristigen Polemisierung gegen die aktuelle Regierung. Um derlei Ziele zu erreichen, bediente sich allerdings auch das Zentralorgan der NSDAP medizinisch bedeutsamer Themen. Wie die Regionalzeitung nutzte der „Völkische Beobachter“ gesundheitliche Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die mangelnden staatlichen Maßnahmen als Aufhänger für massive Angriffe auf die Regierung.²⁷⁶ Auch wurden in diesem Zusammenhang eigene Tagungen und Reden zum medizinischen Themenkomplex von NS-Politikern abgedruckt. Der markante Unterschied liegt jedoch in der kontinuierlichen Vermittlung nationalsozialistischer *Erbgesundheitsideologie*, die beim „Westdeutschen Beobachter“ vor 1933 gänzlich fehlt.

Für die Zeit vor 1933 lässt sich der Unterschied zwischen beiden Blättern also vor allem auf den Charakter des seitenschwachen „Westdeutschen Grenzblattes“ als Beispiel reiner „Kampfpresse“ zurückführen. Die Zeitung trommelte gegen den politischen Gegner und für eigene Organisationen. Programmatik fand hier keinen Platz.

Wie veränderte sich dieses Bild nach 1933? Zunächst einmal ist festzustellen, dass die Machtübernahme kurzzeitig den propagandistischen Fokus in den Tageszeitungen vom Thema Medizin und Gesundheit weglente: In beiden Zeitungen wurde so wenig wie sonst nie über das Untersuchungsthema berichtet. Nun stand in erster Linie der Kampf um die frisch erhaltene Macht im Fokus der Propaganda. Erst mit der Konsolidierung der Macht und der für die NSDAP enttäuschenden letzten Wahl im März 1933 wendete sich die Propaganda wieder der gesamten Themenbreite und damit auch medizinischen Fragen zu. Es bleibt dabei beim bereits bekannten Bild, dass lediglich der „Völkische Beobachter“ sich mit der Vermittlung nationalsozialistischer Gesundheitsideologie befasste. Allerdings zeigt sich im „Westdeutschen Beobachter“ wiederum besser, dass sich die Propaganda bereits 1933 auf die Popularisierung des Zwangssterilisationsgesetzes vorbereitete. Die wenigen Artikel im „Westdeutschen Beobachter“, die sich der *Erbgesundheitsideologie* widmeten, weisen auf Gesetzesinitiativen hin. Entsprechend verwundert es auch nicht, wenn die Zahl dieser Artikel im „Westdeutschen Beobachter“ 1934 in die Höhe schnellte. Hier steht nun die Vermittlung der *Erbgesundheitslehre* oder vielmehr die ihrer politischen Umsetzung im Vordergrund. Während der „Völkische Beobachter“ sich weiterhin in erster Linie mit der Ideologie der *Erbgesundheitsideologie* befasste, drehte sich beim westdeutschen Regionalblatt die „Berichterstattung“ in erster Linie um das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“.

²⁷⁶ „Völkischer Beobachter“ vom 14. Juni 1932: „Der Verfall der Kinder-Tuberkulosebekämpfung“.

Nachdem dieses Gesetz ausreichend dargestellt und erläutert schien, wurde die Frage der *Erbgesundheits* in der Berichterstattung noch im Jahr 1934 stark zurückgefahren. Ob dies allerdings auf einen „Erfolg“ der Propaganda schließen lässt, sei dahingestellt. Insgesamt kann von einer Überbetonung des Erfolges der NS-Propaganda gesprochen werden²⁷⁷; der Schluss, das der „Westdeutsche Beobachter“ nach der Propagierung der neuen gesetzlichen Regelung seine Aufgabe als erfüllt sah, ohne auf Reaktionen der „Angesprochenen“ zu reagieren, ist ebenso zulässig.

Interessanterweise stieg zwar beim „Völkischen Beobachter“ die Artikelfülle zur *Erbgesundheits*, die Betrachtung der Gesetzgebung hingegen nimmt dabei kaum Raum ein. Vermutlich sahen die Redakteure des „Völkischen Beobachters“ als Sperrspitze der nationalsozialistischen Pressepropaganda ihre Aufgabe weniger in der Vermittlung gesetzlicher Regelungen; sie zielten vielmehr auf die ideologische Untermauerung der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik. Aber auch im Zentralorgan der NSDAP schien mit der Durchsetzung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ die begleitende Propagandaarbeit zu einem guten Teil getan. Dies würde das zeitweise Nachlassen von Beiträgen zur *Erbgesundheits* erklären, die erst 1935 wieder zunahm. Diese Zunahme, die in beiden Zeitungen bemerkbar ist, fiel zusammen mit der Einführung des „Gesetzes zum Schutze der *Erbgesundheits* des deutschen Volkes“, das sich in erster Linie *erbgesundheitspolitischen* Aspekten der Eheschließung widmete. Da dies, wie bereits in Kapitel 2 dargestellt, weite Teile der Bevölkerung direkt betraf²⁷⁸, war hier eine propagandistische Begleitung dringend vonnöten.

Man kann also mit Einschränkungen durchaus die These von der „breit angelegten publizistischen Offensive“²⁷⁹ vertreten. Zwar kann man deutlich ein Nachlassen der Artikeldichte nach 1934 feststellen, aber ein Bruch muss darin nicht gesehen werden, da, besonders im „Völkischen Beobachter“ weiterhin stetig Artikel zur *Erbgesundheits* erscheinen.²⁸⁰ Die genannte Einschränkung ist jedoch, dass die Artikel zur *Erbgesundheits* in ihrem Verlauf zwar durchaus den Gesetzesinitiativen der NS-Regierung vorausgehen und sie nach Inkrafttreten begleiten, die Artikelmenge ist jedoch insgesamt nicht sehr umfangreich. Der Raum, der anderen Themen eingeräumt wird, insbesondere den Erfolgen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ist um ein vielfaches größer. Eine breit angelegte Propagandaoffensive der Nationalsozialisten kann insbesondere im „Westdeutschen Beobachter“ somit nicht ausgemacht werden, wenngleich man die Bedeutung des Themas in der Propaganda nicht verleugnen kann. Im „Völkischen Beobachter“ wiederum ist die Artikeldichte, wenn man die Beilage „Rasse, Volk und Staat“ nur als einen Artikel wertet, weit weniger stark Konjunkturen unterworfen, was man als eine kontinuierliche Propaganda werten kann. Es überrascht allerdings, dass ein so zentrales Thema (nicht nur der NS-Medizin, sondern der gesamten NS-Ideologie) wie die *Rassehygiene* bereits 1935 aus dem Fokus rückt. Das Verschwinden der genannten Beilage 1935 kann entweder als eine Auswirkung des durchschlagenden Erfolges der Propaganda gewertet werden oder als ein Eingeständnis ihres Scheiterns. Wahrscheinlicher ist der erste Ansatz, war doch gegen diese Maßnahmen,

²⁷⁷ Bussemer (2000), S. 9.

²⁷⁸ Fleiter (2006), S. 330.

²⁷⁹ Bock (1986), S. 90.

²⁸⁰ Makowski (1996), S. 103.

im Gegensatz zu späteren Protesten gegen die „Euthanasie“, kein nennenswerter Widerstand erfolgt. Dies könnte auch als ein weitgehendes Einverständnis der Bevölkerung gewertet werden. Auch für die Mediziner wurde ähnliches bereits vermutet.²⁸¹

Nur schwer zu belegen ist die Vermutung, dass die starke Verknüpfung von *Erbgesundheit* mit den entsprechenden Gesetzen in der Darstellung des „Westdeutschen Beobachters“ mit der regionalen Besonderheit des Erscheinungsgebiets zusammenhängen könnte. Die katholische Prägung der Region und die in der katholischen Kirche vorherrschende Ablehnung der Maßnahmen des „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ könnten dazu geführt haben, dass im „Westdeutschen Beobachter“ weniger Propaganda für ein sehr umstrittenes Thema gemacht wurde und stattdessen verstärkt auf die Vermittlung des Gesetzes Wert gelegt wurde. Vor demselben Hintergrund kann das Ansteigen der Artikelzahlen zur Erbgesundheit gegen Ende des Untersuchungszeitraums gewertet werden. Die Einführung der Gesundheitsämter als einer in der Form bisher nicht dagewesenen Behörde musste den *Volksgenossen* vermittelt werden.²⁸²

Teilweise lassen sich differierende Entwicklungen in der Artikelzahl und –verteilung durch regionale Ereignisse erklären. Dies trifft insbesondere auf das Schlagwort „Seuchenhygiene“ zu. Der „Westdeutsche Beobachter“ widmet diesem Thema weitaus mehr Raum, als dies beim „Völkische Beobachter“ der Fall ist. Es handelt sich bei der Mehrzahl der Artikel im „Westdeutschen Beobachter“ um solche, die sich mit der Krankheit Diphtherie und den Impfkampagnen im Jahr 1934 befassen. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass es in Aachen die Ausbreitung der Diphtherie Ende des Jahres 1932 gab.²⁸³ Als eine Konsequenz könnte die Berichterstattung zu dieser speziellen Krankheit, die unter das Schlagwort „Seuchenhygiene“ einzuordnen war, besonders dicht gewesen sein. Der aggressive nationalsozialistische Tonfall der Diphtherie-Kampagne darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei diesem Thema nicht um ein speziell nationalsozialistisches Gesundheitsthema handelte, sondern vielmehr um „traditionelle[n] Handlungsfelder staatlicher Gesundheitspflege.“²⁸⁴

Der Blick auf die Presseanweisungen offenbart, dass die Umsetzung der selbigen, sofern sie überhaupt messbar war, nur in geringem Maße erfolgte. Die vom Propagandaministerium in der Pressekonferenz vom 21. September 1933 geforderten wöchentlichen Beiträge zur *Erbgesundheit*²⁸⁵ blieben in den beiden untersuchten Tageszeitungen aus. Die bereits angesprochene publizistische Offensive ließ sich in den Presseanweisungen nicht wiederfinden, da dies die einzige konkrete Aufforderung an die Redaktionen war, *Erbgesundheitsthemen* in den Fokus zu nehmen. Die in dieser Untersuchung nicht messbare Resonanz, noch dazu in NS-Tageszeitungen, verwundert dementsprechend. Wenigstens im „Völkischen Beobachter“ brauchte man die Anweisung des Reichspropagandaministeriums kaum als Handlungsanleitung, erschien die Beilage „Rasse, Volk und Staat“ doch bereits seit geraumer Zeit. Eine erhöhte Frequenz bleibt nach der Presseanweisung aus, eine kontinuierliche „Berichterstattung“ ist jedoch bereits gegeben. Anders ist

²⁸¹ Müller (1996).

²⁸² Das Gesundheitsamt in Aachen wurde im Oktober 1935 eingerichtet. Poll (1965) (1965), S. 350.

²⁸³ Poll (1965), S. 342.

²⁸⁴ Süß (2003), S. 213.

²⁸⁵ Bohrmann, Bd. 1 1933, 21. September 1933.

dies beim „Westdeutschen Beobachter“: Hier wird die Presseanweisung nicht befolgt, es existiert darüber hinaus aber auch keine kontinuierliche Propagierung der *Erbesundheitsthemen*. Das hier offenbar eine größere redaktionelle Freiheit bei der propagandistischen Schwerpunktsetzung bestand offenbart auch der Umgang mit der Presseanweisung, die Zahnärztetagung zu besprechen. Während der „Völkische Beobachter“ die Tagung der Zahnärzte erwähnte, blieb dies im „Westdeutschen Beobachter“ aus. Es bleibt spekulativ, ob dies mit der inneren Ausrichtung der Redaktion oder der vermuteten Interessenlage der Zielgruppe zusammenhängt; Fakt bleibt, dass der „Westdeutsche Beobachter“ bei der Umsetzung der wenigen medizinbezogenen Presseanweisungen hinter den Vorgaben des Ministeriums zurück blieb.

Was kann als ein Fazit der Betrachtung der Ergebnisse der Untersuchung festgehalten werden? Die NS-Medienpolitik war, besonders ab 1933, breit gefächert. Zunächst, wie bereits beschrieben, als klassische „Kampfpresse“ ausgelegt, sollte sie die eigene Mitgliedschaft zur steten Aktion gegen den politischen Gegner aufrufen. Der Platz, den die Medizin in diesem Umfeld einnehmen konnte, war bescheiden. Wenn sie nicht als Angriffsfläche gegen die Regierung dienen konnte, waren es eigene berufsbezogene Organisationen, die das Thema auf Tableau brachten, doch dies war nachgewiesener Maßen nur selten der Fall.

Im Verlauf der Konsolidierung der Partei als eine Größe in der politischen Landschaft der Weimarer Republik ging auch die Parteipresse auf die sich verändernde Zusammensetzung ihrer potentiellen Leser ein. Im „Westdeutschen Beobachter“, wie auch im „Völkischen Beobachter“ kann man dies sehr deutlich an verschiedenen Sonderrubriken erkennen, die sich an eine bestimmte Leserschaft richten. Die Breite dieses Angebotes, das meist etwa eine Zeitungsseite umfasste reichte dabei von Themen für und über die Hitlerjugend, die SA bis zu NS-Betriebszellen. Was auffällt ist, dass im „Westdeutschen Beobachter“ eine Rubrik, die sich dezidiert mit den ideologischen Grundlagen der NSDAP beschäftigt, gänzlich fehlt. Ob dies der insgesamt durchaus inkonsistenten Basis der NS-Ideologie geschuldet war, die sich bis zum Ende des *Dritten Reiches* nie als monolithischer Block präsentierter, sei dahingestellt. Vielmehr widmen sich die Rubriken an die SA und die HJ, die Betriebszellen und die weiblichen Leser in erster Linie sogenannten vopolitischen Inhalten.²⁸⁶ Tagespolitik wurde in der Regel in Aufrufform verbreitet, inhaltliche Auseinandersetzungen mit Themen bleiben aus. Fest steht aber auch, dass diese Rubriken im „Westdeutschen Beobachter“ konstant erschienen. Man kann also annehmen, dass hier eine zentrale Klientel der Partei und eine von der Redaktion vermutete Leserschaft bedient wurden. Mediziner und im medizinischen Bereich beschäftigte Menschen gehörten offenbar wenigstens nicht in ihrer beruflichen Funktion zu dieser Zielgruppe. Dies gilt mehr noch für den „Westdeutschen Beobachter“, wohingegen der „Völkischen Beobachter“ mit der Rubrik „Rasse, Volk und Staat“ sich indirekt an Mediziner richten konnte.

Nach 1933 ändert sich das vorgefundene Bild nur in Nuancen. Der „Westdeutsche Beobachter“ behält die Bedienung verschiedener Parteiorganisationen mit Informationen in Sonderrubriken bei, die Medizin spielt allerdings keine Rolle. Im „Völkischen Beobachter“ bleibt die schon vor 1933 enthaltene Rubrik „Rasse, Volk und Staat“ der entscheidende Träger nationalsozialistischer Medizinideologie. Ihr Umfang wird allerdings

²⁸⁶ Bussemer (2000), S. 46.

nicht ausgeweitet, vielmehr verschwindet die Rubrik im Jahr 1935 ohne eine Begründung aus der Tageszeitung.

Man kann also ohne weiteres konstatieren, dass die Medizin im Allgemeinen keine wichtige Rolle in der NS-Propaganda spielte, wenngleich sie einen zentraler Punkt in der NS-Ideologie darstellte. Einzelne Aspekte, wie etwa die *Erbgesundheits* waren allerdings durchaus deutlich in dem propagandistischen Rauschen der NS-Tageszeitungen auszumachen. Man muss hier jedoch deutlich zwischen den beiden untersuchten Blättern unterscheiden. Während der überregional erscheinenden „Völkische Beobachter“ konsequent die NS-Rassenideologie unter dem Aspekt der *Rassehygiene* mit Artikeln in seiner Rubrik „Rasse, Volk und Staat“ bediente, ließ der „Westdeutsche Beobachter“ dem Thema vor allem unter dem Gesichtspunkt der entsprechenden Gesetzgebung in den Jahren 1934 und 1935 Aufmerksamkeit angedeihen. Kombiniert man diese Befunde mit den Hintergrundinformationen zur Aachener Region und den daraus ableitbaren sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Propaganda des „Westdeutschen Beobachters“ wirken musste, so lassen sich Vermutungen über die Motivlage dieser unterschiedlichen Gewichtung des Themas in der Propaganda anstellen. Zwei Thesen erscheinen dabei besonders wichtig zu sein: Zum einen stellt sich die Frage des Milieus. Aachen war im Untersuchungszeitraum, wie auch seine Umgebung und der weitere Erscheinungsbereich des „Westdeutschen Beobachters“ industriell geprägt, in einigen Teilen landwirtschaftlich. Der Kern der Leserschaft scheint die Partei in der Arbeiterschaft und im Kleinbürgertum vermutet zu haben, wenn man die Auswahl der Sonderrubriken (SA-Mann, NS-Betriebszellen) bedenkt. In der von wirtschaftlichen Einbußen und krisenhaften Entwicklungen stark betroffenen Schicht könnte das Interesse an durchaus als intellektuell anzusehenden Themen wie *Erbgesundheits* relativ gering gewesen sein. Hinzu kommt aber noch der zweite, vermutlich sogar wichtigere Punkt: Der gesamte Erscheinungsbereich des „Westdeutschen Beobachters“ war stark katholisch geprägt. Während die politische Feindschaft mit dem Zentrum als verlängertem Arm der katholischen Kirche offensiv ausgegtragen wurde, so mussten spätestens nach der Machtübernahme allzu offensive Angriffe auf grundlegende Moralvorstellungen der katholischen Bevölkerungsmehrheit im Rheinland unterbleiben, bzw. wohl dosiert werden. Gerade am Thema der *Erbgesundheits* bestand das Potential für weitgehende Uneinigkeit, musste die sich als katholisch definierende Bevölkerung eine Richtungsentscheidung zwischen der päpstlichen Ablehnung eugenischer Maßnahmen und der NS-Ideologie treffen. Entsprechend wenig wurde das Thema in „Westdeutschen Beobachter“ in seiner grundsätzlichen Art besprochen. Anders sieht es mit der Propagierung von Gesetzesvorhaben aus. Ihre Einhaltung und Akzeptanz in der Bevölkerung waren elementar, entsprechend war die Propaganda gefordert. Man kann ihre Bemühungen, die NS-Gesetzgebung zu propagieren und damit eine Akzeptanz der selbigen zu erreichen an der Kumulierung der Artikel in den Zeiträumen rund um die Einführung der entsprechenden Gesetze ausmachen. Diese Beobachtung deckt sich mit der Analyse, dass die NS-Ideologie weniger als Idee und vielmehr als vielmehr Handlungsanleitung für die Zeitgenossen fungierte, so „[...] dass jeder Jurist, der ein NS-Gesetz ausarbeitet, mehr für die Verbreitung der NS-Ideologie tat, als eine ganze Truppe Propagandisten.“²⁸⁷ Mithin kann nur schwer eine Wirkung der NS-Propaganda in Bereich der NS-Medizin nachge-

²⁸⁷ Bussemer (2000), S. 39.

wiesen werden. Wie auch in anderen Feldern, so ist es auch hier kaum möglich, einen klaren Wirkungsnachweis zu führen.²⁸⁸

Der Fokus der NS-Propaganda lag im Untersuchungszeitraum nicht auf der Medizin, der Durchsetzung medizinischer Ideale, sondern auf Erfolgen der neuen NS-Regierung, die für die Mehrzahl der Deutschen relevant und nachvollziehbar erscheinen sollten. Für solche Erfolgsmeldungen eignete sich die Medizin wenig, vielmehr waren es innen- und außenpolitische Erfolge, der Wirtschaftsaufschwung und die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen, mit denen sich die NS-Regierung brüstete und sich die Zustimmung der Bevölkerung zu sichern suchte.²⁸⁹ Dies zeigt sich auch daran, welche Artikel es auf die Titelseiten schafften. Dies sind zumeist allerlei Erfolge der NS-Regierung oder politisch aufgeladene Konflikte, etwa mit Österreich 1934.²⁹⁰ Nur selten schaffte es die Medizin auf die erste Seite, etwa am 02.06.1935 im „Völkischen Beobachter“.²⁹¹ Dies blieb aber im Untersuchungszeitraum ein Einzelfall. Die gefundenen Ergebnisse für den „Westdeutschen Beobachter“, die einen sehr geringen Stellenwert der medizinischen Ideologie der Nationalsozialisten in ihrer Propaganda aufzeigen haben sicherlich auch eine, wenngleich nicht nachweisbare Ursache in der sozialen Zusammensetzung der Zielgruppe. Wenngleich der „Westdeutsche Beobachter“ als Regionalblatt nicht nur den Raum Aachen bediente, so kann man dennoch am Beispiel Aachens ableiten, warum der Medizin und insbesondere der *Erbgesundheitslehre* und der *Rassenhygiene* nur ein geringer Stellenwert eingeräumt wurde. Wahrscheinlich erscheint auch, dass im „Westdeutschen Beobachter“, mindestens für die Zeit nach 1933, bewusst ein Tonfall gewählt wurde, von dem man annahm, dass er dem „Niveau“ der Leserschaft entsprechen würde: „Jede Propaganda hat volkstümlich zu sein und ihr geistiges Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des Beschränktesten unter denen, an die sie sich zu richten gedenkt. Damit wird ihre rein geistige Höhe umso tiefer zu stellen sein, je größer die zu erfassende Masse der Menschen sein soll.“²⁹² Da sich die Rubriken in erster Linie an SA-Männer, Hitlerjungen und NS-Betriebszellenmitglieder richtete, darf vermutet werden, dass das Zielpublikum in der nicht links organisierten Arbeiterschaft und den Kleinbürgern gesehen wurde. Vielleicht sah man dieses Thema als zu sperrig und zu komplex oder auch als zu „abgehoben“ an, um diese Schichten zu erreichen. Das Primat der NS-Propaganda war die „Gefühlspropaganda“, wofür sich Themen wie Medizin im Allgemeinen, die im eigentlichen Sinne rational behandelt werden müssten, eher weniger eignen.²⁹³ Anders sieht dies bei der deutlich emotionaler vermittelten *Rassenhygiene* aus. Bekannt sind abwertende Darstellungen, die vermeintliche

²⁸⁸ Bussemer (2000), S. 45.

²⁸⁹ Aly (2006), S. 9-21.

²⁹⁰ Spezifische Themen, die die Berichterstattung an prominenter Stelle, teilweise auch über einen längeren Zeitraum, beherrschten, betrafen den Konflikt mit Österreichs Kanzler Engelbert Dollfuß, die „Deutsche Arbeitsfront“, das „Winterhilfswerk“, den „Röhm-Putsch“, die internationale „Friedenspolitik“ Adolf Hitlers oder die Saarabstimmung. Hierzu vgl. allgemein den Bestand Westdeutscher Beobachter, StAA, ZTG 1.

²⁹¹ „Völkischer Beobachter“ vom 02.Juni 1935: „Rudolf Heß über die Aufgaben des nationalsozialistischen Arztes“.

²⁹² Denkschrift Hitlers den „Aufbau der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ betreffend, vom 22.Oktober 1922, in: Jäckel/Kuhn (1980), S. 197.

²⁹³ Paul (1990), S. 117.

Reproduktionsraten veranschaulichen sollten und die Gefahr der scheinbar unbegrenzten Vermehrung „Erbkranker“ zum Inhalt hatten.²⁹⁴ Diese Propaganda scheint sich aber in erster Linie in Ausstellungen, Schulbüchern und anderen Publikationsformen niederschlagen zu haben. Die im Kapitel drei angerissene weitere Medien im Nationalsozialismus, die sich medizinischen Themen widmeten, scheinen dies teilweise zu unterstützen, da sich *rasenhygienischen* Propaganda in Zeitschriften, Film und Theater, sowie Handreichungen und Ausstellungen durchaus prominent wiederfand.²⁹⁵ Die Tageszeitungen jedenfalls zeigen keine Grafiken zu diesem Thema und bleiben damit weit weniger plakativ als in anderen Feldern der NS-Propaganda. Die Vermutung ist zulässig, dass das Nachlassen der *Rassenhygiene*-Propaganda im „Westdeutschen Beobachter“ auch auf eine fehlende Akzeptanz des Themas in der Bevölkerung des Rheinlands zurückzuführen ist. Im Fall der antiklerikalen Propaganda der Nationalsozialisten, die sich insbesondere im Jahr 1937 auf die kirchlichen Einrichtungen wie etwa Klöster konzentrierte, kann man als Reaktion auf die mangelnde Akzeptanz der Bevölkerung ein Abflauen dieses Propagandathemas beobachten, wenngleich dies nicht automatisch einen Kurswechsel innerhalb von Partei und Staat reflektierte. Gleiches könnte auch für die Propaganda zur *Erbgesundheits* mindestens im „Westdeutschen Beobachter“ angenommen werden. Die Propaganda wurde auf ein Mindestmaß zurückgeführt, aber nicht eingestellt.

Außerdem ist im Zuge der Pressezentralisierung und der Übernahme des Aachener Propagandaorgans durch den „Westdeutschen Beobachter“ mit einer Abnahme der lokal geprägten Berichterstattung zu rechnen.²⁹⁶ Mehr noch als in der „Kampfzeit“ darf bei diesem Blatt nun eine direkte Wiedergabe der NS-Ideologie und der Standpunkte der NSDAP auszugehen sein. Die Erweiterung des Leserkreises dürfte hier, wie auch andernorts auf die Ausschaltung der Konkurrenz zurückzuführen sein, weniger auf eine Anpassung der Zeitung an die Bedürfnisse der potenziellen Leserschaft und ihre (möglicherweise auch regional geprägten) Lesegewohnheiten und Ansichten.²⁹⁷

6.3 Synopse

Man kann feststellen, dass Medizin und erst recht die spezielle Sichtweise der Nationalsozialisten auf diese vor 1933 in ihrer Propaganda offenbar keine Rolle gespielt haben. Auch nach der Machtübernahme bleibt der Medizin nur ein Schattendasein im Propagandaapparat. Daraus wiederum ließe sich ableiten, dass die Darstellung medizinischer Themen nach 1933 weniger als Vermittlung von Ideologie als vielmehr als Begleitmusik zu gesetzlichen Maßnahmen der Regierung betrachtet werden könnte. Dies betrifft vor allem das Thema *Erbgesundheits*, das besonders häufig auftritt und in diesem Auftreten deutlich an

²⁹⁴ Vgl. z.B. Titelbild Westermann (2010).

²⁹⁵ Makowski (1996).

²⁹⁶ Auch für den „Westdeutschen Beobachter“ wird angenommen, dass zwar die Grundrichtung der Kommunikation des NS-Staates mit seinem Volk von oben nach unten erfolgte, aber durchaus auch Einflüsse von unten, aus der Region, die Kommunikation in ihrer Ausdrucksform beeinflussten. Zimmermann (2007), S. 19.

²⁹⁷ Insgesamt entfaltete die NS-Propaganda in spezifischen Milieus eine geringere Wirkung. Zimmermann (2007), S. 21f. Im Fall von Aachen und dem Aachener Umland treffen dabei zwei Faktoren zusammen: Katholizismus und ein relativ hoher Anteil an KPD-Wählern, also politisch orientierten Arbeitern.

Gesetzesinitiativen orientiert ist. Regionale Unterschiede lassen sich insbesondere im genannten Feld der *Erbgesundheit* feststellen: Während im überregionalen Medium die ideologischen Grundlagen der sogenannten Rassenhygiene langfristig propagiert werden, tritt im regionalen Medium die Ideologie zurück und wird nur eher beiläufig im Rahmen von neuen Gesetzen vermittelt. Dies könnte eine Reaktion auf das Publikum der Regionalzeitung und seiner spezifischen sozialen Zusammensetzung sein, wenngleich sich diese These nicht hinreichend beweisen lässt.

7. Zusammenfassung und Summary

7.1 Zusammenfassung

Die Promotionsarbeit widmet sich der Untersuchung von zwei nationalsozialistischen Tageszeitungen, dem „Westdeutschen Beobachter“ und dem „Völkischen Beobachter“, im Zeitraum von 1931 bis 1935. Es soll dargestellt werden, wie diese Tageszeitungen das Thema Medizin ihrem Publikum präsentieren. Während die Propagierung NS-medizinischer Themen im damaligen Film und in Fachzeitschriften bereits dokumentiert ist, bleibt sie im Medium Tageszeitung ein Desiderat. Insbesondere der chronologische Verlauf blieb weitgehend unberücksichtigt. Somit wird hier ein Schwerpunkt auf den chronologischen Verlauf der NS-Medizinpropaganda gelegt werden. Dabei wird ein besonderer Fokus auf die Darstellung des Themas *Erbgesundheits*, eines Teilgebiets des nationalsozialistischen Kernthemas Rassismus. Die beiden ausgewählten Zeitungen sind NS-Parteizeitungen, sie geben also relativ unverändert die jeweils aktuelle Sicht der NS-Ideologie wieder. Ihr Unterschied liegt in der Reichweite: Während der „Völkische Beobachter“ reichsweit erschien, war der „Westdeutsche Beobachter“ das größte Regionalblatt der NSDAP und hatte sein Verbreitungsgebiet vornehmlich im Gau Köln-Aachen, also dem westlichen Rheinland. Für die Untersuchung wurde die Aachener Ausgabe des Blattes gewählt, die zu Beginn des Untersuchungszeitraums noch „Westdeutsches Grenzblatt“ hieß. Somit unterscheiden sich die beiden Tageszeitungen nicht nur in ihrer Reichweite, das regionale Blatt traf zudem auf eine relativ homogene Leserschaft, sowohl in Aachen als auch im gesamten westlichen Rheinland.

Es kann vermutet werden, dass die fast ausschließlich katholische Leserschaft, die aufgrund kirchlicherseits propagierter Standpunkte in vielen Fällen der NS-Ideologie, insbesondere der Erbgesundheits, skeptisch gegenüberstand, mit einer besonders auf ihre Meinung zugeschnittene Propaganda versorgt wurde.

Um das angestrebte Ziel eines Überblicks über die verschiedenen Themen der NS-Medizinpropaganda in den beiden genannten Tageszeitungen zu erreichen, wird auf die Methode der Frequenzanalyse zurückgegriffen. Dabei wird die Häufigkeit bestimmter Schlagwortkategorien, nach denen Artikel, die medizinische Themen enthalten, eingeteilt werden, ausgewertet. Zunächst werden dazu Schlagwortkategorien erstellt, die nahezu alle Themenbereiche von Medizin und Medizinpolitik, insbesondere unter dem Vorzeichen des Nationalsozialismus umfassen. Diese Kategorien setzen sich dabei aus den folgenden Schlagworten zusammen: „Berufspolitik“, „Deutsches Rotes Kreuz“, „*Erbgesundheitspolitik*“, „Forschung“, „Gesetzesbezug“, „Gesundheitsratgeber“, „Seuchenhygiene“, „Kriminalpolitik“, „Medizinische Versorgung“, „NS-Organisation“, „Sozialpolitik“, „Verwaltungspolitik“ und „Veranstaltungen“. Einem Artikel werden dabei auch mehrere Schlagworte zugewiesen, wenn beispielsweise „Berufspolitik“ und „NS-Organisationen“ im Artikel behandelt werden. Leider ließen sich nicht alle Kategorien in der Auswertung erfassen, da bestimmte Schlagworte eine zu geringe Frequenz über den Untersuchungszeitraum hinweg aufwiesen. Die nach den genannten Schlagwortkategorien erfassten Artikel wurden nun in ihrer Gesamtzahl und ihrer chronologischen Verteilung ausgewertet. Hinzu kam bei einigen Begriffen noch ein Blick auf ihre Verknüpfung mit anderen Schlagworten.

Der Blick auf die chronologische Gesamtverteilung aller Artikel zeigt, dass vor 1933 die Rolle der Medizin in der NS-Propaganda gering war und sie auch nach der Machtübernahme an Bedeutung nur langsam zunahm; insbesondere im regionalen „Westdeutschen Beobachter“. Im Jahr des „Gesetzes zu Verhütung erbkranken Nachwuchses“ hingegen stieg die Zahl der Artikel steil an, um bereits im Folgejahr wieder zu sinken. Man kann also eine deutliche Konjunktur der Gesamtartikelmenge feststellen, die sich an NS-Gesetzesinitiativen zur Medizin orientiert.

Der Blick ins Detail offenbart, dass die thematische Verteilung der Artikel zwischen beiden Tageszeitungen große Unterschiede offenbart. Zwar ist das Thema der „*Erbgesund-heit*“ in beiden Zeitungen das Schlagwort mit der größten Artikelzahl, im „Völkischen Beobachter“ sind es aber doppelt so viele Artikel wie im „Westdeutschen Beobachter“. Andererseits wird im „Westdeutschen Beobachter“ sehr viel häufiger über das Schlagwort „Gesetzesbezug“ berichtet als in seinem überregionalen Pendant. Bleibt man beim Stichwort „*Erbgesund-heit*“ so zeigt sich überdies im chronologischen Verlauf, dass im „Völkischen Beobachter“ sehr viel kontinuierlicher über dieses Thema berichtet wird. Die Berichterstattung und Propagierung im „Westdeutschen Beobachter“ ist hingegen zeitlich sehr viel deutlicher am „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ orientiert. Dies erklärt zugleich den großen Anteil an „Gesetzesbezug“-Artikeln: Während im „Völkischen Beobachter“ eine eigene Rubrik („Rasse, Volk und Staat“) dem Leser über mehrere Jahre hinweg das Thema der Erbgesundheit ideologisch näher bringen sollte, konzentriert sich die Vermittlung von Erbgesundheit im „Westdeutschen Beobachter“ darauf, den Lesern das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zu erläutern und zu plausibilisieren.

Die Verteilung anderer Schlagwörter weist ebenfalls Unterschiede zwischen regional und reichsweit erscheinendem Blatt nach. So ist die Berichterstattung über Seuchenhygiene im „Westdeutschen Beobachter“ von einer Diphtherieepidemie in der Region geprägt, was zu einer deutlich größeren Berichterstattung führt.

Man kann an diesen beiden ausgewählten Ergebnissen erkennen, dass die medizinische Propaganda durchaus auf die Leserschaft abgestimmt wurde. In dem von einem katholischen Milieu und einer starken Arbeiterschaft geprägten Rheinland wurde auf eine ideologische Propagierung von „*Erbgesund-heit*“ weitgehend verzichtet, vielmehr wurden Gesetzes erklärt. Die praktischen Auswirkungen von NS-Medizinpolitik standen bei der Propaganda in diesem Blatt im Vordergrund, während der „Völkische Beobachter“ die ideologischen Grundlagen schon lange vor den Gesetzesinitiativen propagierte und diese Propaganda ohne konkrete Bezüge zu den Gesetzen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg fortführte. Ein Unterschied zwischen regionaler und überregionaler Zeitung in Bezug auf die Vermittlung von NS-Medizinpropaganda ist also nachweisbar, wenngleich sich mit der gewählten Methode die Ursachen nicht zweifelsfrei ermitteln lassen.

7.2 Summary

This work thesis shows the analysis of two national-socialist (NS) daily newspapers, the „Westdeutscher Beobachter“ (West German observer) and the „Völkischer Beobachter“ (People’s observer) in the time from 1931 until 1935. It will be shown, in which way these newspapers presented medicaline-related topics towards their audience. While the pro-

paganda of Nazi medicine in propaganda movies and professional journals from the time of the Third Reich is well documented, for the daily papers these researches are still missing. Especially the chronological trend development of the NS-propaganda has not been examined yet. Thus, the main focus of this study was placed on the chronological course of NS-propaganda for medical matters. This is why the focus of this work lays on this trend, with a special emphasis on the presentation of the topic of the so-called *Erbgesundheit* (eugenics or racial hygiene), which is a part of the NS main issue component - racism. The two selected newspapers were papers of the NS-party and therefore indicated the current Nazi ideology in a relatively unaltered way, so that they should present the NS-ideology of their time in an unaltered way. Their difference lays in the area of circulation: While the "Völkischer Beobachter" was available throughout the whole Reich, the "Westdeutscher Beobachter" was a regional paper edition for the Gau (district) Cologne-Aachen, the western part of the Rhineland. For this analysis the Aachen local edition of the "Westdeutscher Beobachter" was selected, formerly known as "Westdeutsches Grenzblatt" (West German border paper) at the beginning of the investigation time frame. Hence the main difference between both newspapers was found in the social consistence of their audience, which was quite homogeneous in the western Rhineland: Their almost exclusively catholic readership was, influenced by official positions of view from of the church, which quite often opposed NS-ideology, and therefore is it can be assumed that this particular audience was provided with a kind of propaganda that was tailored to their sentiments.

Especially for the controversial field of *Erbgesundheit* it can be assumed that propaganda was launched, which is related to the beliefs in these region.

In order to reach the desired objective of showing an overview of the NS-medical propaganda in those two newspapers, the method of frequency analysis was used. Thereby the occurrence frequency of articles, according to key words, which were defined before, is counted. The selected catchwords were selected in a way to cope all topics related to medicine or medical politics during the Third Reich were considered. Those categories consisted of the following catchwords: "professional career politics", „German Red Cross“, "*Erbgesundheitspolitik* (politics of eugenics)", "research", "legislative related articles", "health advisers", "epidemic hygiene", "criminal policy", "medical care", "NS-organizations", "social policy", "administrative policy" and "events". Some articles were related to more than one keyword, for example if one article dealt with "professional career politics" as well as "NS-organizations".

The analysis of the chronological allocation distribution of the articles showed, that medicine did not play a major role in the NS- propaganda before 1933. Its importance only slowly increased and became more important after 1933, but still remained in the background quite low, especially in the "Westdeutscher Beobachter". In the year 1934, the year when the "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" (Law for the Prevention of Hereditarily Diseased Offspring) was announced, the number of articles rose for a short time just to sink back again in the following year. All in all, the NS- propaganda was cyclical and orientated on NS-laws concerning medical topics.

A more detailed look of the analysis revealed the differences in the distribution of keywords between the two newspapers. The topic subject "*Erbgesundheit*" is the keyword with the largest number of articles in both newspapers. On the one hand, but the "Völkischer

Beobachter” has twice as many numbers of articles than his regional counterpart, on the other hand. Otherwise the “Westdeutscher Beobachter” had published more articles concerning “legislative related articles”. If the distribution of the catchword “*Erbgesundheit*” is illustrated over the time it is obvious, that the topic was more continuously represented in the “Völkischer Beobachter” but not in the “Westdeutscher Beobachter”. Here the commentatorship is directly related to the laws applying the *Erbgesundheit*, which would explain the high number of “legislative related articles”. The “Völkischer Beobachter” on the other hand had a separate category (“race, nation and state”) for articles about *Erbgesundheit*. So, while the “Völkischer Beobachter” imparted NS-ideology closer to the reader, the “Westdeutscher Beobachter” focused on the laws and its consequences to its audience, not the ideological background.

A keyword, which presented itself was more often in the regional newspaper than in the national one, is “epidemic hygiene”. This is caused by a significant epidemic of diphtheria in the western Rhineland, especially around Aachen.

Those two examples show that the medical propaganda was well matched to the readership and their surroundings and not a primary part of the NS-propaganda at all. Against this background of the catholic and working-class milieu of the western Rhineland for example “*Erbgesundheit*” was given less ideological background in the regional newspaper, than in the nationwide newspaper. The “Westdeutscher Beobachter” mentioned the practical outcome of the NS-medical politics on the daily life, like the new laws, while the “Völkischer Beobachter” was propagandizing the NS- medical ideology over the whole research period.

8. Literaturverzeichnis

1. Abel (1968): Karl Dietrich Abel, Presselenkung im NS-Staat: Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968.
2. Aly (2006): Götz Aly, Historische Demoskopie, in: Götz Aly (Hrsg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Bonn 2006, S. 9-21.
3. Amann (1942): Max Amann, Ein Leben für Führer und Volk 1891-1941, o.O. 1942.
4. Arens (1926): Eduard Arens, Kurgäste in Bad Aachen 1756-1818, Aachen 1926.
5. Baader (1989): Gerhard Baader, Rassenhygiene und Eugenik. Vorbedingungen für die Vernichtungsstrategien gegen sogenannte „Minderwertige“ im Nationalsozialismus, in: Johanna Bleker, Norbert Jachertz (Hrsg.), Medizin im Dritten Reich, Köln 1989, S. 22-29.
6. Baumgärtner (1977): Raimund Baumgärtner, Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977, (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen) Bd. 22.
7. Benzenhöfer/Eckart (1990): Udo Benzenhöfer, Wolfgang U. Eckart (Hrsg.), Medizin im Spielfilm des Nationalsozialismus, Tecklenburg 1990.
8. Binding/Hoche (1920): Karl Binding, Alfred Hoche, Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form, Leipzig 1920.
9. Bock (1986): Giesela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, Opladen 1986.
10. Bock (1985): Giesela Bock, Sterilisationspolitik im Nationalsozialismus, in: Klaus Dörner (Hrsg.), Fortschritte der Psychiatrie im Umgang mit Menschen. Wert und Verwertung des Menschen im 20. Jahrhundert, Rehbürg-Loecum 1985, S. 88-104.
11. Bohrmann (1987): Hans Bohrmann (Hrsg.), NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Band 1-3/II, München 1987.
12. Bousack (1996): Bruno Bousack, Heiße Quellen – Geschichte und Geschichten aus Bad Aachen, Aachen 1996.
13. Bramstedt (1975): Ernest Bramstedt, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1920-1945, Frankfurt am Main 1975.
14. Braß (2004): Christoph Braß, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Saarland 1935-1945, Paderborn 2004.
15. Brecher (1988): August Brecher, Kirchenpresse unter NS-Diktatur. Die katholische Kirchenzeitung für das Bistum Aachen im Dritten Reich, Aachen 1988.
16. Bruns (2009): Florian Bruns, Medizinethik im Nationalsozialismus: Entwicklungen Und Protagonisten in Berlin (1939-1945), Stuttgart 2009.
17. Bussemer (2000): Thymian Bussemer, Propaganda und Populärkultur, Wiesbaden 2000.
18. de Assis Mendonça (2012): Juliano de Assis Mendonça, Geschichte der Aktiengesellschaft für Kur- und Badebetrieb der Stadt Aachen 1914-1933, Aachen 2012.
19. Döbber/Groß/Schreiber (2010): Carola Döbber, Dominik Groß, Jürgen Schreiber, „Mysterium des Lebens“. Der Mediziner Max Krabbel zwischen Resistenz und Mit-

- wirkung, in: Richard Kühl, Tim Ohnhäuser, Gereon Schäfer (Hrsg.), Verfolger und Verfolgte, „Bilder“ ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus, Münster 2010, S. 69-86.
20. Dörner (1988): Klaus Dörner, Referat, in: Medizin im Nationalsozialismus. Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, München 1988, S. 19-27.
 21. Dussel (2004): Konrad Dussel, Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004.
 22. Dussel (2010): Konrad Dussel, Wie erfolgreich war die nationalsozialistische Presse- lenkung?, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 58 (2010), 4, S. 543-561.
 23. Fangerau (2011): Heiner Fangerau, Urologie im Nationalsozialismus – Eine medizinische Fachgesellschaft zwischen Professionalisierung und Vertreibung, in: M. Krischel, F. Moll, J. Bellmann, A. Scholz, D. Schultheiss (Hrsg.), Urologen im Nationalsozialismus. Zwischen Anpassung und Vertreibung. Band 1, Berlin 2011, S. 13-21.
 24. Faulstich (2004): Werner Faulstich, Grundwissen Medien, München 2004.
 25. Fischer (1981): Heinz Dietrich Fischer, Handbuch der politischen Presse in Deutschland, Düsseldorf 1981.
 26. Fischer/Compennass/Königs (1964): Wilhelm K. Fischer, Hanns Compennass, Hans Königs, Bad Aachen – Seine Quellen und das Kaiserbad, Aachen 1964.
 27. Fleiter (2006): Rüdiger Fleiter, Stadtverwaltung im Dritten Reich. Verfolgungspolitik auf kommunaler Ebene am Beispiel Hannovers, Hannover 2006.
 28. Forsbach (2006): Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich“, München 2006.
 29. Fraenkel/Manvell (1995): Heinrich Fraenkel, Roger Manvell, Goebbels. Der Verführer, München 1995.
 30. Frei (1980): Norbert Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse: Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980.
 31. Frei (1991): Norbert Frei, Einleitung, in: Norbert Frei (Hrsg.), Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991.
 32. Frei/Schmitz (1999): Norbert Frei, Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, München 1999.
 33. Galton (1869): Francis Galton, Hereditary Genius, London 1869.
 34. Gasten (1992): Elmar Gasten, Zum Verhältnis katholische Kirche und Nationalsozialismus – Das Beispiel Aachen, in: Harm Klüeting (Hrsg.), Nation, Nationalismus, Postnation, Köln 1992.
 35. Gasten (1993): Elmar Gasten, Aachen in der Zeit der Nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944, Frankfurt am Main 1993.
 36. Gatz (1988): Erwin Gatz, Erinnerungen rheinischer Seelsorger, Aachen 1988.
 37. Gütt/Rüdin/Ruttke (1934): Ernst Gütt, Arthur Rüdin, Falk Ruttke, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933. Mit Auszug aus dem Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24. November 1933, München 1934.
 38. Hagemann (1948): Walter Hagemann, Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag der Methodik der Massenführung, Hamburg 1948.

39. Hagemann (1970): Jürgen Hagemann, Presselenkung im Dritten Reich, Bonn 1970.
40. Haupts (1992): Leo Haupts, Nationalsozialismus in Aachen, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 98/99 (1992), 93, S. 609-634.
41. Heidenreich/Neitzel (2010): Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.), Medien im Nationalsozialismus, Paderborn 2010.
42. Hinz-Wessels (2005): Annette Hinz-Wessels, Die Haltung der Kirchen zur „Euthanasie“ im NS-Staat, in: Margret Hamm (Hrsg.), Lebensunwert. Zerstörte Leben. Zwangssterilisation und „Euthanasie“, Frankfurt am Main 2005, S. 168-183.
43. Hitler (1936): Adolf Hitler, Mein Kampf in zwei Bänden, München 1936.
44. Hüttenberger (1969): Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.
45. Irsfeld (1974): Franz Irsfeld, Widerstand und Verfolgung in Köln 1933-1945, Köln 1974.
46. Jäckel/Kuhn (1980): Eberhard Jäckel, Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.
47. Jaud (1997): Ralph J. Jaud, Der Landkreis Aachen in der NS-Zeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem katholischen Grenzgebiet 1929-1944, Frankfurt am Main 1997.
48. Jütte (1996): Robert Jütte, Die „Neue Deutsche Heilkunde“ oder: der gescheiterte Versuch einer „Synthese“ (1933-1945), in: Robert Jütte, Geschichte der Alternativen Medizin. Von der Volksmedizin zu den unkonventionellen Therapien von heute, München 1996.
49. Jütte/Eckart/Schmuhl, Süß (2011): Robert Jütte, Wolfgang U. Eckart, Hans-Walter Schmuhl, Winfried Süß (Hrsg.), Medizin und Nationalsozialismus: Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2011.
50. Kaminsky (1995) Uwe Kaminsky, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Rheinland. Evangelische Erziehungsanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten 1933 bis 1945, Köln 1995.
51. Kessemeier (1967): Carin Kessemeier, Der Leitartikler Goebbels in den NS-Organen „Der Angriff“ und „Das Reich“, Münster 1967.
52. Kirschgens/Spelsberg (1983): Albert Kirschgens, Gerd Spelsberg, Einigkeit statt Recht und Freiheit, Aachen 1983.
53. Klee (2013): Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 2013.
54. Klein (1983) Adolf Klein, Köln im Dritten Reich, Köln 1983.
55. Kösters (1997): Christoph Kösters, Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Aachen, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 101 (1997), 98, S. 87-124.
56. Kollmann (2006): Michaela Kollmann, Schulbücher im Nationalsozialismus – NS-Propaganda, „Rassenhygiene“ und Manipulation, Saarbrücken 2006.
57. Koszyk (1972): Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914-1945, Teil III, Berlin 1972.
58. Kühl (2011): Richard Kühl, Leitende Aachener Klinikärzte und ihre Rolle im „Dritten Reich“, Kassel 2011.

59. Kühl (1997): Stefan Kühl, Die Internationale der Rassisten: Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1997.
60. Kundrus (2005): Birthe Kundrus, Totale Unterhaltung?, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 9/2, München 2005.
61. Labisch (1992): Alfons Labisch, Homo Hygienicus. Gesundheit und Medizin in der Neuzeit, Frankfurt am Main/New York 1992.
62. Layton (1965): Roland Vanderbilt Layton, The Voelkischer Beobachter, 1925-1933: A Study of the Nazi Party Newspaper in the Kampfzeit, o.O. 1965.
63. Lifton (1986): Robert Jay Lifton, The Nazi Doctors. Medical Killing and the Psychology of Genocide, New York 1986.
64. Longerich (1999): Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, Augsburg 1999.
65. Makowski (1996): Christine Charlotte Makowski, Eugenik, Sterilisationspolitik, „Euthanasie“ und Bevölkerungspolitik in der nationalsozialistischen Parteipresse, Husum 1996.
66. Mann (1989): Gunter Mann, Biologismus – Vorstufen und Elemente einer Medizin im Nationalsozialismus, in: Johanna Bleker, Norbert Jachertz (Hrsg.), Medizin im Dritten Reich, Köln 1989, S. 11-21.
67. Mocek (2002): Reinhard Mocek, Biologie und soziale Befreiung. Zur Geschichte des Biologismus und der „Rassenhygiene“ in der Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 2002.
68. Mühlberger (2005): Detlef Mühlberger, Hitler's voice: the Völkischer Beobachter, 1920-1933, Bd. 1 und 2, Frankfurt am Main 2005.
69. Müller (1996): Peter Müller, Entstehungsgeschichte und Wirksamkeit des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztesbundes (1929 bis 1943), Leipzig 1996.
70. Nowak (1984): Kurt Nowak, „Euthanasie“ und Sterilisierung im „Dritten Reich“. Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und der „Euthanasie“-Aktion, 3. Auflage, Weimar 1984.
71. Oschinski (2009): Nils Oschinski, Inhalt und Umsetzung früher nationalsozialistischer Presseanweisungen. Drei Göttinger Zeitungen im Vergleich (1933-1935), Norderstedt 2009.
72. Paul (1990): Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.
73. Pleviner (1973): Margarethe Pleviner, Völkischer Beobachter, in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach bei München 1973.
74. Poll (1965): Bernhard Poll, Geschichte Aachens in Daten, Aachen 1965.
75. Proctor (2002): Robert N. Proctor, Blitzkrieg gegen den Krebs: Gesundheit und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 2002.
76. Pürer/Raabe (2007): Heinz Pürer, Johannes Raabe, Presse in Deutschland, Konstanz 2007.

77. Reuth (2000): Ralf Georg Reuth, Goebbels. Eine Biographie, München 2000.
78. Ritter (1998): Gerhard A. Ritter, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Opladen 1998.
79. Rost (1987): Karl Ludwig Rost, Sterilisation und Euthanasie im Film des „Dritten Reiches“, Husum 1987.
80. Roth (1986): Karl Heinz Roth, Filmpropaganda für die Vernichtung der Geisteskranken und Behinderten im „Dritten Reich“, Hamburg 1986.
81. Rütther (1997): Martin Rütther, Ärztliches Standeswesen im Nationalsozialismus, in: Robert Jütte (Hrsg.), Geschichte der deutschen Ärzteschaft. Organisierte Berufs- und Gesundheitspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 1997.
82. Schmidt (2002): Ulf Schmidt, Medical films, ethics and euthanasia in Nazi Germany, Husum 2002.
83. Schmuhl (1992) Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie, Göttingen 1992.
84. Schmuhl (1991) Hans-Walter Schmuhl, Sterilisation, „Euthanasie“, „Endlösung“. Erbgesundheitspolitik unter den Bedingungen charismatischer Herrschaft, in: Norbert Frei (Hrsg.), Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit, München 1991, S. 295-308.
85. Schneck (1994) Peter Schneck, Wider den „Biologischen Hochverrat“: Frauenheilkunde und Rassenhygiene im Nationalsozialismus, in: Christoph Meinel, Peter Voswinkel (Hrsg.), Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus, Stuttgart 1994, S. 120-128.
86. Schreiber/Lohmeier (2010): Jürgen Schreiber, Jens Lohmeier, „Im Dienst der Volksgesundheit“. Nationalsozialistische Gesundheitspolitik und die Region Aachen im Spiegel des „Westdeutschen Beobachters“, Sudhoffs Archiv 94 (2010), 2, S. 214-242.
87. Schulte/Sardoc (2010): Klaus Schulte, Peter Sardoc, Zum Geburtstag des Führers: „Fidelio“, Trier 2010.
88. Segeberg (2009): Harro Segeberg, NS-Medien in der Metropolregion Hamburg, Hamburg 2009.
89. Seidler/Rett (1988): Horst Seidler, Andreas Rett, Rassenhygiene – Ein Weg in den Nationalsozialismus, Wien 1988.
90. Seipolt (1992): Harry Seipolt, „... kann der Gnadentod gewährt werden“, Aachen 1995.
91. Simons (1992): Konrad Simons, 125 Jahre Evangelischer Krankenhausverein zu Aachen – Luisenhospital, Haus Caldenbach 1867-1992, Aachen 1992.
92. Singer (1979): Ursula Singer, Nationalsozialismus und Gesundheitspolitik in der „Stadt der Reichsparteitage“ im Spiegel der „Nürnberger Zeitung“ in der Zeit von 1933 bis 1938, München 1979.
93. Sommersberg (2005): Annika Sommersberg, Der Hitler-Mythos im Westdeutschen Beobachter, Marburg 2005.
94. Stein (1987): Peter Stein: Die NS-Gaupresse 1925 – 1933. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987.

95. Stöber (2005): Rudolf Stöber, Deutsche Pressegeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2005.
96. Stöber (1998): Rudolf Stöber, Die erfolgverführte Nation, Stuttgart 1998.
97. Storek (1972): Henning Storek, Dirigierte Öffentlichkeit, Opladen 1972.
98. Süß (2003): Winfried Süß, Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939-1945, München 2003.
99. Uzulis (1995): Andre Uzulis, Nachrichtenagenturen im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1995.
100. Vormbaum/Welp (2004): Thomas Vormbaum, Julius Welp (Hrsg.), Das Strafgesetzbuch: Ergänzungs-, Nachtrags- und Registerband, Berlin 2004.
101. Westermann (2010) Stefanie Westermann, Verschwiegenes Leid. Der Umgang mit den NS-Zwangsterilisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln/Weimar/Wien 2010.
102. Westermann/Schäfer (2008): Stefanie Westermann, Gereon Schäfer, Medizin ohne Menschlichkeit. Ärztliche Verfehlungen im Nationalsozialismus und ihre Aufarbeitung, in: Dominik Groß, Hans Joachim Winkelmann (Hrsg.), Medizin im 20. Jahrhundert. Fortschritte und Grenzen der Heilkunde (1900-2000), München 2008, S. 218-231.
103. Wilke (2009): Jürgen Wilke, Pressegeschichte, in: Elisabeth Noelle-Neumann, Winfried Schulz, Jürgen Wilke (Hrsg.), Fischers Lexikon Publizistik – Massenkommunikation, 2009.
104. Wulf (1989): Joseph Wulf (Hrsg.), Kultur im Dritten Reich. Presse und Rundfunk, Frankfurt am Main 1989.
105. Wuttke-Groneberg (1983): Walter Wuttke-Groneberg, Volks- und Naturheilkunde auf „neuen Wegen“. Anmerkungen zum Einbau nicht-schulmedizinischer Heilmethoden in die Nationalsozialistische Medizin, in: Alternative Medizin, Berlin 1983, S. 27-50.
106. Zapp (1979): Albert Zapp, Untersuchungen zum Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund (NSDÄB), Kiel 1979.
107. Zimmermann (2007): Clemens Zimmermann, Medien im Nationalsozialismus. Deutschland 1933-1945, Italien 1922-1943, Spanien 1936-1951, Wien 2007.

Diese Untersuchung der beiden nationalsozialistischen Tageszeitungen „Westdeutscher Beobachter“ und „Völkischer Beobachter“ widmet sich der Frequenzanalyse medizinbezogener Artikel im Zeitraum zwischen 1931/32 und 1935. Der Medizin wurde im Nationalsozialismus innerhalb der rassistisch-biologistischen NS-Politik ein zentraler Stellenwert zugemessen. Vor diesem Hintergrund steht die Intensität der Vermittlung medizinischer Themen durch die Parteiblätter der NSDAP an ihre Leser im Blickpunkt dieses Buches. Während die Leserschaft beim „Völkischen Beobachter“ im gesamten Reichsgebiet zu finden war, richtete sich der „Westdeutsche Beobachter“ an das westliche Rheinland.

Analysiert werden unter anderem Quantitätsunterschiede von medizinischen Themen, darunter auch ideologisch stark polarisierende wie etwa *Erbgesundheit*, zwischen dem in ein katholisches Milieu wirkenden „Westdeutschen Beobachter“ und dem „Völkischen Beobachter“, der an ein weniger homogenes Publikum gerichtet war.

ISBN 978-3-86219-862-7



9 783862 198627 >